HEFT 4 APRIL 1983 5,- DM C 4143 E

Konkret

Kanzler Strohl

DAS GESICHT DES VIERTEN REICHES

in konkret April 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

An KONKRET

FDGOGMW* von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Die deutsche Krankheit von Erich Kuby
Eine Antwort auf die Frage, warum ein tüchtiges, intelligentes Volk in so kurzem zeitlichen Abstand wiederum seine Metzger selber gewählt hat.

»Schlicht illegal« von Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly, Otto Schily
Pausenlos tagten die frisch gewählten Bundestagsabgeordneten der Grünen in den letzten Wochen, um sich auf ihre arbeit im Deutschen Bundestag vorzubereiten. KONKRET-Mitarbeiter Tom Schimmeck sprach in Bonn mit Marieluise Beck-Oberdorf, Otto Schily und Petra Kelly, den Sprechern der neuen Fraktion

Es muß knirschen und krachen von Susanne Mersmann
Die Befürworter der für April geplanten Volkszählung haben inzwischen schlechte Karten. Immer mehr Bundesbürger schließen sich dem Boykott an.

Wahre Breuel-Märchen von Otto Köhler
In Niedersachsen gibt es eine Ministerin, die vom Staat nichts hält. Privatiserung heißt ihre Zauberformel. Jetzt gelang ihr ein neues Kabinettstück: Die Daten der Volkszählung soll eine Privatfirma auswerten.

Der Tag wird kommen von Wilhelm Schlosser
Indien, die größte Demokratie der Welt, ist wieder in die Schlagzeilen geraten. Der eine Grund sind die furchtbaren Massaker in Assam mit Tausenden von Toten und Hunderttausenden von Flüchtlingen. Der andere ist die spektakuläre Verfilmung des Lebens von Mahatma Ghandi, dem legendären Führer des asiatischen Landes. KONKRET untersucht die politische Situation in dem Vielvölkerstaat, die Zukunft Indira Ghandis und die wachsenden Chancen der marxistischen Partei.

Herrschaft von Susanne Mersmann
Mehr als hundert Jahre haben Frauen für die Freigabe der Abtreibung gekämpft. Nun soll die Reform des § 218 auf kaltem Wege unterlaufen worden. CDU und CSU wollen die Finanzierung durch die Krankenkassen beschränken.

Prophet, Ordnung... von Michael Schilling
Kann es eine »blockübergreifende Friedensbewegung« geben, wie einige Grüne sie propagieren? Gespräche mit einem Dorfpastor, einem Theologie-Professor, einem Kirchenpräsidenten und einem Friedensprediger lassen Zweifel aufkommen, ob die christliche Friedensbewegung im anderen deutschen Staat wirklich so viel mit der bundesdeutschen gemein hat. Michael Schilling berichtet von einer Reise in die DDR.

Schaltstelle Mainz von Wolfhard Klein
Nach Attentaten auf Amerikaner in der Bundesrepublik werden erst Linke gesucht, dann Rechte verhaftet. Alle Fäden laufen in Mainz zusammen.

Fahndung rechts + links von Peggy Parnass

Widerstand von Günter Amendt

Nachdem die Atomrüstung im Bundestag eine sichere Mehrheit hat, kann die Aufstellung der Raketen am Ende dieses Jahres nur noch außerparlamentarisch verhindert werden. Aber wie?

Konkret-Extra: Die Weltwirtschaftskrise von Winfried Wolf

»Jubel in Börsen und Unternehmerverbänden« meldete die »Frankfurter Rundschau«, zwei Tage nachdem die Deutschen den »Aufschwung« gewählt haben. Der wäre auch nötig, denn noch nie seit der Weltwirtschaftskrise 1930 war die Massenarbeitslosigkeit so groß wie heute. 35 Millionen Menschen sind in den Industrieländern ohne Arbeit. Doch der Aufschwung wird ausbleiben und die Krise sich weiter verschärfen. KONKRET analysiert, warum die Massenarbeitslosigkeit nicht ab-, sondern zunimmt, warum die Löhne weiter sinken und wie der internationale Bankenkrach vorprogrammiert ist

Krise - und was tun? von Ernest Mandel

Doppelleben von Hermann Sülberg

Familienvater und Frauenschreck - die Geschichte eines Exhibitionisten

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer

Horst Tomayer telefonierte als FDP-Unternehmer mit dem Siegburger CDU-Unternehmer Wolfgang Wierig

Kulturnotizen

Frei auf Zeit von Wolfgang Barthel

Die Vorstellung, bis zu seiner Pensionierung noch rund 500 Geschichten schreiben zu müssen, machte den Journalisten Wolfgang Barthel krank. Jetzt schippert er durch die griechische Inselwelt. Für KONKRET setzte er sich wieder an die Schreibmaschine und erzählt, warum er ausstieg, wie er sich in der zeit verändert hat und weshalb er zurückkehren will.

Eine Vorschau von Fatima Igramhan

Unbekannter Kino-Multi von Johannes Kaiser

Die Pariser Firma Gaumont, ohne die in Westeuropa kaum noch ein großer Kinofilm produziert werden kann, wird zum multinationalen Medienkonzern.

Eine Hexenjagd von Wolf Donner, Margarete von Trotta

Fast einhellig und ungewöhnlich scharf und aggressiv hat die deutsche Kritik den neuen Film der Regisseurin Margarete von Trotta, »Heller Wahn«, verrissen.

»Ich bin kein Kamera-Voyeur«

Ein deutscher Fotograf erregt seit einiger Zeit viel Aufsehen in New York: Miron Zownir. Jetzt werden die Arbeiten des »teutonischen Phänomenografen« (so die Zeitschrift »Village Voice«) zum ersten Mal auch bei uns ausgestellt - im »Großstadtdschungel«, einer Ausstellung des Kunstvereins München.

Die Poesie wühlt um von Max Frisch, Jan-Philipp Sendker

Max Frisch, dessen politisches Engagement nicht zuletzt auf seine Freundschaft mit Bert Brecht zurückgeht, hat sich immer auch in die Tagespolitik eingemischt. Doch seit einiger zeit hört man hierzu kaum noch etwas von dem 71jährigen Schweizer Schriftsteller. KONKRET-Mitarbeiter Jan-Philipp Sendker hat mit Max Frisch gesprochen.

Bücher: Botschaft des Hasses von Erich Kuby

Jedes Jahr bestellte sich Hitler persönlich viele hundert Eintrittskarten zu den Bayreuther Festspielen. Kann Richard Wagner was dafür? Die Dokumentation »Bayreuth im Dritten Reich«, durch die erstmals seit Jahrzehnten auch wieder

Wagners antisemitische »Urschriften« zugänglich sind, gibt eine Antwort.

Bücher: Alle bleiben auf der Strecke von Gabriele Kreis

Die österreichische Schriftstellerin Elfriede Jelinek hat einen neuen Roman veröffentlicht: »Die Klavierspielerin«.

Bücher: Der Befehl kam nicht von oben von August Kühn

Fünfzig Jahre nach dem 10. Mai 1933 veröffentlicht der Frankfurter Historiker Ulrich Walberer eine Aufsatzsammlung zum Thema Bücherverbrennung. Immer noch gibt es neue - und sehr aktuelle -Forschungsergebnisse über die Barbarei, die Heine vorausgesehen hat: »Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.«

Bücher: Latzhosen-Kitsch von Armgard Seegers

Früher hat die 28jährige ehemalige Sekretärin aus Obernkirchen bei Hannover ihre Gedichte nur verschenkt. Seit zweieinhalb Jahren werden die »Verschenktexte« von Kristiane Allert-Wybranietz auch verkauft - bisher mehr als 350.000 mal. Mit ihren beiden Büchern »Trotz alledem« und »Liebe Grüße« ist sie zur Zeit gleich zweimal in der »Spiegel«-Bestsellerliste vertreten.

Bücher: Kein Kultbuch von Karl Unger

»Seiltänze«, ein Bilderbuch aus dem Berliner Stadtteil Kreuzberg, sagt auch eine Menge über andere Städte.

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Wer immer noch geglaubt hat, 1945 sei das Dritte Reich zu Ende gegangen, der wird in diesen Wochen wieder mal eines Besseren belehrt. Was in Deutschland zwölf Jahre lang exerziert wurde, kann glatt 1000 Jahre reichen. Zwar haben sich nach Kriegsende die Formen und damit die Uniformen verändert, aber die Inhalte - und das wird immer deutlicher - leben weiter fort.

Für Kontinuität sorgten Sieger und Besiegte: Nazi-Schlächter wurden CIA-Spitzel, Lehrer blieben Lehrer, Polizisten blieben Polizisten, Unternehmer blieben Unternehmer. Mit der alten Gesinnung konnte man im neuen Staat Karriere machen.

Besonders klar wird das, wenn man das höchste Amt betrachtet, das diese Republik zu vergeben hat: Der erste Bundespräsident, der Liberale Theodor Heuss, stimmte 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz zu; sein Nachfolger, der Christdemokrat Heinrich Lübke, hatte seine Unterschrift auf Baupläne für KZ-Baracken gesetzt, der Freidemokrat Walter Scheel war Parteigenosse; darin steht ihm Karl Carstens nicht nach, der den Nationalsozialisten auch als Jurist und in der SA gedient hat. Die einzige Ausnahme in dieser ehrenwerten Galerie war Gustav Heinemann. Doch wie alles, was in seiner Amtszeit (1969 bis 1974) geschah, wird auch er als Betriebsunfall in die deutsche Geschichte eingehen, Willy Brandt inklusive. Leider.

Wie sehr unsere Vergangenheit »diese unsere« Gegenwart ist, hat uns der Spitzenkandidat der Grünen in Nordrhein-Westfalen gelehrt. Werner Vogel war Beamter im Innenministerium - vor '45 in Berlin, nach '45 in Düsseldorf, er war wie Carstens in der SA. Bei den heute koalierenden Parteien wäre das seinem

Aufstieg nicht hinderlich geworden. Bei den Grünen hat das Bekanntwerden der NS-Tätigkeit binnen 48 Stunden zu Konsequenzen geführt. Dabei hat jeder anerkannt, daß Vogel heute ein anderer ist. Dennoch kann eben niemand Volksvertreter sein, der im faschistischen Staat mitgetan hat. Der 75jährige mußte nicht gezwungen werden, er hat von sich aus auf das Mandat verzichtet.

Auch das ist eine neue Qualität, Herr Carstens.

Der sofortige Rücktritt Vogels ist ein Beispiel, was die etablierten. Parteien von grüner Konfliktlösung im Bundestag zu erwarten haben. Schmiergelder von Flick, Pershings aus Amerika, Datenschutz und saurer Regen - das können unsere Politik-Profis nicht mehr unter Ausschluß der Öffentlichkeit zurechtmauscheln. Demokratischer Widerstand ist angesagt, innerhalb und außerhalb des Parlaments. Was die Grünen im Bundestag vorhaben, fragte *Tom Schimmeck* das Spitzentrio *Petra Kelly, Marieluise Beck-Oberdorf und Otto Schily.* Das KONKRET-Interview lesen Sie ab Seite 16.

Welchen Aufschwung *die* Deutschen am 6. März gewählt haben, ist Thema mehrerer KONKRET-Autoren. Aus *der* kleinen Wende vom Oktober ist die große Wende geworden. *Erich Kuby* analysiert die deutsche Krankheit (Seite 12), der ehemalige APO-Führer *Günter Amendt* setzt sich mit der Frage des Widerstands auseinander (Seite 46). *Susanne Mersmann* sagt, warum sich die Frauen die geplante Aufweichung des § 218 nicht gefallen lassen werden.

Um ein Gesamtbild der gegenwärtigen Situation zu liefern, haben wir *Winfried Wolf* und *Ernest Mandel* gebeten, Ursachen und Folgen der Weltwirtschaftskrise in einem KONKRET-Extra darzustellen (ab Seite 49). *Max Frisch* schließlich setzt sich mit der deutschen und amerikanischen Friedensbewegung und den Ökologen auseinander: »Die Grüne Bewegung bringt eine Irritation in die Demokratie« (Seite 90).

Keiner unserer Beiträge zur Wende ist dazu geeignet, bei den Regierenden Freunde zu gewinnen. Die alten Feinde bekommen dafür Oberwasser. Sei's drum.

Schon werden die Argumente der 50er Jahre wieder hervorgekramt: Wer kritisiert, der soll »doch lieber nach drüben gehen«; wer dieser Aufforderung nicht folgt, der ist selbstverständlich »von drüben bezahlt«; wer auch damit nicht zu treffen ist, der bekommt mindestens »sein Material von drüben«. Springers konservatives Kampfblatt macht bei der Eskalation solchen Unsinns gern den Kampagnenführer. »Die Welt« brachte es wenige Tage vor der Wahl dreispaltig auf Seite 1. Um den »Welt«-Lesern auch einmal den Genuß der Wahrheit zu vermitteln, haben wir den Anwalt bemüht. Das Ergebnis stand auch auf Seite 1 (Ausriß) - allerdings erst nach der Wahl.

Einer, der auch gern verdächtigt, ist der Minister Friedrich Zimmermann. Vor allem natürlich die Linken: Da sieht er mindestens 3000 Personen, die zu Gewalttaten bereit sind. Auf der Rechten sind es nach seiner Schätzung höchstens zehn Prozent davon - ganze 300. Seit kurzem ist er allerdings nicht mehr sicher, ob er darauf schwören würde. Zu viele rechtsradikale Attentäter mußten verhaftet werden. Über die Mainzer Zentrale des Nazi-Nachwuchses berichtet *Wolfhart Klein* (Seite 42). Peggy Parnass beschreibt, wie nach Rechten (nicht) gefahndet wird (Seite 45).

Noch eine der bewährten Prognosen Zimmermanns: Bei der Volkszählung sei ein Mißbrauch der Daten nicht zu befürchten. »Dafür garantiere ich«. Die wahren Unruhestifter hat der Christdemokrat auch schon ausgemacht: Die Bundesbürger würden sich »aufhetzen lassen von Leuten, denen es in Wirklichkeit nicht um das Volkszählungsgesetz, sondern um die Bekämpfung unseres demokratischen Staatswesens geht«. Zu den Hetzern gehörten vor der Wahl Unions-Größen wie Franz-Josef Strauß, Ernst Albrecht und Uwe Barschel. Jeder wird einsehen, daß die Ministerpräsidenten sich nach der Wahl von den Vo-Bo-Initiativen wieder absetzen mußten.

Gottseidank, denn die Bewegung war ob ihrer neuen Freunde schon sehr irritiert.

Wieder war es die »Welt«, die alles ins rechte Lot brachte. Die Volksverhör-Gegner wurden sogar zu »jenen Kräften« gezählt, auf »deren Fähigkeit, die Straße zu mobilisieren, Moskau sich nach wie vor Hoffnung macht«.

So ist das. Wenn sich hierzulande einer wehrt, wird er eben automatisch in die Kommunisten-Schublade gepackt. Macht nichts. So wird Zimmermann die Boykotteure nicht mehr kleinkriegen. Dem Datenschutz tut Öffentlichkeit not.

Ein Beispiel aus Landshut: Dort hatte ein Liebespärchen auf der Straße Krankenblätter von 108 Patienten des städtischen Krankenhauses gefunden. Die Unterlagen waren keine, sechs Monate alt. Zunächst erklärte die Stadtverwaltung den Fund »als völlig unmöglich«. Als er dann doch nicht zu leugnen war, ging sie zum Angriff über: Das Ganze sei ein »gezielter Anschlag bestimmter politischer Gruppierungen, die vermeintliche Unsicherheit des Datenschutzes - eventuell mit Blick auf die Volkszählung - zu dokumentieren«. Es folgte Anzeige gegen Unbekannt. Doch schon tags darauf entpuppten sich die Unbekannten als Ordensschwestern, die innerhalb der Klinik für die Caritas Altpapier gesammelt hatten. Dabei waren auch die EDV-Listen mitgegangen.

Was aus der Anzeige geworden ist, weiß niemand. Was mit den persönlichen Daten der Volkszählung geschehen kann, das kann sich jeder ausrechnen. Wir lassen es deshalb nicht bei unserer letzten Titelgeschichte, wir »hetzen« weiter. In diesem Heft finden Sie auf Seite 22, warum der Volkszählungs-Boykott notwendig ist, und wie man den 600.000 Zählern ein Schnippchen schlagen kann.

PS. Ein Gedenktag, über den Sie in diesen Wochen manches in den Medien vorgesetzt bekommen, findet in diesem Heft nicht statt: der hundertste Geburtstag von Karl Marx. Die KONKRET-Redaktion feiert Marx nicht ab, sie liest ihn (manchmal).

Konkret 04/83, S. 6

An KONKRET

IN VINO VERITAS

*KONKRET 3/83: »Ein Volk wird verhört«*Wie gut kann man doch die Gruppen verstehen, die da sagen »Politiker fragen - Bürger antworten nicht«, und wie recht haben diejenigen,- die sich dem Volkszählungsboykott anschließen!

HARALD HERCKENRATHKÖLN

Liebe Freunde!Anbei zwei Exemplare meines Boykott-Buttons. Ich hoffe, ihr seid nicht allzu erbost darüber, daß ich eure Aufkleber-Idee leicht verändert für einen Boykott-Button übernommen habe. Aber was Besseres ist mir trotz Zuhilfenahme mehrerer Flaschen Weins leider nicht eingefallen.

KONSPIRATIVE PLAKETTEN-MANUFAKTUR WERNER RICHTERGAUSTÄDTER HAUPTSTRASSE 134 A 8600 BAMBERG

HÖCHSTE ZEIT

KONKRET 3/83: »Freiers Wirtschaft« - Kommentar von Hermann L. Gremliza

Der ganze Sachverhalt ist ein einziger Skandal! Wie lange muß eigentlich unsere tägliche Zielperspektive als Gewerkschafter noch in der täglichen Auseinandersetzung eingebunden sein, wenn wir nicht noch ein weiteres Leben lang immer wieder aufs Neue den Strategien der Kapitaleigner und ihren unmenschlichen Auswirkungen hinterherlaufen müssen? Müssen wir uns nicht erneut die Frage stellen, wer produziert zu wessen Nutzen, und daraus den Schluß ziehen, daß die Diskussion über die Sozialisierung der Banken und der großen Industrie auf die Tagesordnung gesetzt werden muß?

Wird es nicht endlich höchste Zeit, daß wir nicht gegen die uneingeschränkte Verfügung der Kapitaleigner über den technischen Fortschritt, Investition, Produktion, ihr Tempo, ihre Richtung, Strategien und Forderungen entwickeln, die darauf zielen, daß wir Herr über die Produktion werden?

RUTH KIRCHNER

WÜRZBURG

MAKABERE KONTINUITÄT

KONKRET 3/83: »Birne + Kompott- Was CDU und CSU hinter ihrer Kanzler-Attrappe verbergen« von Michael Schilling

Bonn *ist* heute Weimar - noch nicht 33, aber Brüning und die alten und neuen Faschisten sammeln sich nicht nur, sondern bekommen mehr und mehr Einfluß. Bayern (und seine CSU) spielt wieder die berüchtigte Rolle der 'Ordnungszelle' des Reiches, München ist 'Hauptstadt der Bewegung'. Wofür? Das hat M. Schilling am CSU-Statthalter in Bonn namens Spranger sehr klar gesagt. Lob.

VOLKER VEESER

NÜRNBERG

»Geistig-moralische Erneuerung« á la Kohl und Gesinnungsgenossen heißt: linke Gesellschaftskritik möglichst raus, unionschristliche Untertanenmentalität möglichst rein. Diese »Wende«-Spießer schreckt es offenbar nicht, daß auch Heinrich Himmler, verantwortlich für den Mord an zehn Millionen Menschen, Fleiß, Pflichtbewußtsein, Disziplin, Gehorsam, strenge Ordnung, Vaterlandsliebe sehr schätzte.

Das ist eine wahrlich makabre deutsche »Kontinuität« gleicher Sekundärtugenden im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und in der CDU/CSU. Der gilt Altbewährtes in ihrem Sinne schon deshalb als gut, weil's alt ist. Leider kriecht der Mehrheitsdeutsche, wie die Bundestagswahl vom 6. März gezeigt hat, derart kulturell fortschrittsfeindlichem Spießertum nach wie vor kritiklos auf den Leim. Dort vergeht ihm vollends Hören und Sehen. Und die Rechtspresse lobt ihn dafür seit jeher. Carl von Ossietzky spottete darüber 1925: »Es gibt ein spezifisch deutsches Laster, das ist: daß man die Unwissenheit in allen politischen Dingen zu einem Vorzug umschwindelt. Anstatt dem dummen Michel seine Schlafmütze um die Löffel zu hauen, bekränzt man seine Denkfaulheit mit Eichenlaubsalat.«

HANS WITTECKLEUTKIRCH

UNTER DER GÜRTELLINIE

*KONKRET 3/83: »Viele bunte Ameisen« - Die Liedermacher - »Mein Vater, mein Vater« - Die Gruppe BAP*Zwei Erklärungsansätze für Kröhers gleichermaßen dümmlichen wie überflüssigen Artikel sind mir spontan eingefallen:

Erstens: M. Kröher dilettiert selbst in Sachen Musik und mußte resignierend feststellen, daß er - beispielsweise auf der Gitarre - niemals BAP-Niveau erreichen wird, was er aber nicht verknusen kann.

Zweitens: M. Kröher war scharf auf eine Frau, die wiederum auf BAP, nicht aber auf M. Kröher stand, weshalb er seinen Frust an der Gruppe abarbeitet.

ALEXANDER EISENREICH

HAMBURG

Kritik an uns, unseren Texten, unserer Musik, unserer Kulturarbeit wäre eine echt starke Sache - wenn sie in KONKRET stattfinden würde! Solche Kritik ist Hinweis auf Schwächen, also Hilfe zum Besserwerden. Aber wie Ihr unsere Freunde bots, BAP, C. Wecker, Georg Danzer, André Heller, B. Wegener und Biermann, Wader mieszumachen versucht, hat damit nichts zu tun.

Das ist einfach unter der Gürtellinie!

UDO LINDENBERG (MUSIKER)

FRITZ RAU (KONZERTVERANSTALTER)

KLAUS LAGE (ROCKSÄNGER)

BAD HOMBURG/HAMBURG

Sie zitieren in Ihrem Artikel André Hellers Bemerkung, die Sprache sei eine Nymphomanin und finden dies ein »ekliges Bild«. Mal Karl Kraus gelesen?: »Mit heißem Herz und Hirne naht' ich ihr Nacht für Nacht. Sie war eine dreiste Dirne,

die ich zur Jungfrau gemacht.« Immer noch »eklig«? Warum werfen Sie Heller nicht eine gewisse Phantasielosigkeit in der Wahl seiner Metapher vor - die hat er nun mal und das häufig!

Ihr Artikel trifft nicht den Punkt - nörgelnd und boshaft - eben schlechter - Journalismus. Schade. Das Thema gibt mehr her.

LIOBA WALTER

DÜSSELDORF

Michael Kröher ist ziemlich dumm! Gebt ihm eine andere Arbeit!

WULF REINSHAGENGÖTTINGEN

Die Ansprüche der linken Liedermacher stimmen nicht mit der Realität überein, sie sind die Hofnarren, die sie nicht sein wollen, wie wohl jeder/jede in mindestens einem Lied bekundet hat. Über die Musik haben sie eine Ventilfunktion, die Aggressionen werden weggerockt, tanzbar gemacht; hier, in der Musik, und nicht in der Vermarktung, liegt die Ursache ihrer politischen Bedeutungslosigkeit.

HERBERT MÜLLER

AACHEN

Es gibt Leute, die wollen nicht nachdenken, oder sie sind unfähig, eine anständige Satire zu schreiben. Wenns dem »Diedrich Diedrichsen« Spaß macht, kann er sich ja sein Hirn von »puffpuff« und Punk vollkotzen lassen. Ich will Musik, die Denkanstöße gibt und genau das sagt, was ich denke, aber nicht erklären und in Worte fassen kann. Musik, die genau beschreibt. Es hat Träumer gegeben. Es gibt Träumer, und es wird sie noch lange geben. Liedermacher sind nur ein kleines Ventil dieses Wunsches. Ich träume gern, weil die Welt beschissen genug ist. Meinen Sie, ein BMW-Bandarbeiter könnte seinen Job ohne Träume aushalten?

ACHIM SCHIRMEISTERWINKELHAIDIch möchte eins der letzten unabhängigen linken Blätter mit dem wenigen stützen, was ich kann, also einem Abo. Obwohl: So einfach für unsereinen die Sache mit der Politik ist, so zwiespältig ist es mit der Kulturpolitik. Also »Viele bunte Ameisen« von Diedrich Diedrichsen finde ich arrogant, überheblich, zum Kotzen. Hält der sich für

den Literatur-Papst? Schon seine Häme am Anfang: »Jetzt, wo es die große weiche weite Friedensbewegung gibt, diese ideologische Heißmangel«. Womit meint der wohl, können überhaupt amerikanische Raketen aufgehalten werden, mit

seiner Schreibe? EVA THÖL

GÜTERSLOH

Für den frustrierten Diedrich kann ich nur Frank Zappa zitieren:

The only thing you have not tried is the sport of chumbs - that's suicide...

JÜRGEN SCHWIERS

HAMBURG

Das hatten wir doch schon mal, daß auseinanderdividiert wurde, wer denn der bessere Linke sei. Und daß sich die anderen über die Energieverschwendung der Linken freuten, weil die mal wieder das Denken wollten. Dann sorgt Phantasie tatsächlich für ein ungefährliches Anderssein.

KLAUS GEISEN

WAIBLINGEN

Wäre Euer Reporter M. Kröher einmal in einem Konzert der Gruppe BAP gewesen, hätte er ein sehr schönes Lied zu hören gekriegt. In diesem Lied heißt's: »Ne schöne Jroos (Gruß) an all die, die unfehlbar sind, von nix 'ne Ahnung haben, die aber immerhin so tun, als ob, weil auf Fassade, da steh'n sie halt drauf.«

YVONNE LUCHTER

AACHEN

Konkret 04/83, S. 8

Hermann L. Gremliza

FDGOGMW*

Es geht nicht anders, aber
so geht es auch nicht.

Älterer Dichter, neuere Fassung

Das war die Stimmung. Auch an ein anderes Wort von Brecht wird am Abend des 6. März 1983 mancher gedacht haben: Wäre es nicht besser, man löste das Volk auf und wählte ein anderes? Bei aller Skepsis, wie es sich wohl mit dem »objektiven Interesse« verhalte, war doch offenkundig: Die Mehrheit hatte gegen sich gestimmt - Arbeitslose gegen Arbeitsplätze, Arbeiter gegen ihre Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, Frauen gegen Emanzipation, Rentner gegen Rente, Jugendliche gegen Bildungschancen, Friedliebende gegen den Frieden. Scheiß Demokratie!

Was zur Wahl stand, wurde nicht gewählt. Eine garantiert konservative Sozialdemokratie, bewährt in ruhiger und ordentlicher Verteidigung des gesellschaftlichen und politischen Systems, eisern gewillt, die Lasten der Krise ausgewogen auf Multimillionäre und Sozialhilfeempfänger zu verteilen, bekam den Laufpaß. Wider alle Vernunft klammerte sich die Mehrheit an die Hoffnung auf einen »Aufschwung«, der erstens nicht kommt, zweitens - wenn ein bißchen doch - nicht wegen, sondern trotz der Bonner Wende, und der, drittens, alles mögliche nach oben bringt, die Dividenden, die Zahlungsbilanz, den Export, die Mark, doch gewiß nicht die Zahl der Arbeitsplätze, die Löhne, die Renten.

Was zur Wahl steht in diesem Jahrzehnt, wurde erst gar nicht zur Wahl gestellt: Ob die Erde bewohnbar werden und Europa bewohnbar bleiben soll. Sechzig Prozent der Bundesbürger sind gegen neue Atomraketen. In freier Wahl haben sie ein Parlament gewählt, in dem die. atomare Aufrüstung eine Dreiviertel-Mehrheit hat. Das ist Demokratie.

Ist das Demokratie, wenn von ausgehaltenen Medien idiotisierte Massen gegen ihr eigenes Leben anrennen? Die linke Intelligenz, die in den öffentlichen Dienst will oder in den privaten muß, kann sich diese Frage schon lange nicht mehr leisten. Ersatzweise beschäftigt sie sich mit teils wehleidiger, teils geheuchelter Lobpreisung des Grundgesetzes, das angeblich so viele progressive Möglichkeiten enthält. Ab und zu macht sich einer den Spaß, einem CDU-Kandidaten den Artikel 15 vorzulesen (»Grund und Boden, Naturschätze und - Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung ... in Gemeineigentum überführt werden«), und amüsiert sich fürstlich über den prompten Vorwurf, ein Verfassungsfeind zu sein. Komisch ist aber bloß der Rezitator.

Denn trotz solcher Einsprengsel scheinbar revolutionären Vokabulars ist das Grundgesetz ein Grundbuch bürgerlichen Herrschaftsbesitzes. Die bürgerliche Demokratie, deren Prinzipien darin niedergelegt wurden, ist eine Staatsform des Reichtums, gegründet auf nationale Ausbeutung und auf eine internationale, die die nationale für die Ausgebeuteten erträglich machen soll. Sie funktioniert, solange reichliche Mittel vorhanden sind, ihre maßlosen Spesen zu begleichen: Die Kosten die dadurch entstehen, daß vier Jahre in die eine und dann wieder vier Jahre in die andere Richtung regiert und gewirtschaftet wird; die Kosten für die Bauruinen aus den gesellschaftlichen und politischen Gewaltenteilungskriegen; die Kosten für das Recht auf willkürlichen Umgang mit Umwelt, Ressourcen und Gesundheit; die Kosten für das Recht auf Werbung, Irreführung und Verblödung. Während Misereor und Brot für die Welt Krümel sammeln, verhungern täglich Tausende in Afrika, Asien und Lateinamerika allein für die bundesdeutsche Freiheit, an jedem Kiosk die Geschichte vom letzten Scheidenvorfall der Prinzessin Ilsebill kaufen zu können. Den Kampf um diese Freiheit trägt Hans-Dietrich Genscher bis nach Namibia.

Kurzsichtigkeit und ein linker Opportunismus, der bis in die vom Schielen auf Wählerstimmen unabhängige Partei der Kommunisten reicht, haben die sogenannten »bürgerlichen Freiheiten« in den Fundus sozialistischer Politik aufgenommen und zu ewigen Gütern der Menschheit verklären helfen, was als Luxusartikel von Kolonialmächten entstanden ist. Lieber nicht fragen, wer das bezahlen soll - denn es sind die, die es in den letzten zweihundert Jahren auch bezahlt haben.

Ronald Reagan, der auch als Politiker ein *schlechter* Schauspieler ist, sagt die Wahrheit, wenn er seine Rapid Deployment Force zur Sturmspitze im Kampf um die bürgerlichen Freiheitsrechte (auch »Menschenrechte« genannt) erklärt. Die Behauptung, man könne alles haben: Brot für die Welt und freie Wahlen, Frieden auf Erden und den Menschen ein Gefallen am Wohlstand Mitteleuropas, gerechte wie sparsame Nutzung der Ressourcen und Freiheit am Markt der Waren und Meinungen - das ist eine schon nicht mehr so recht liebenswerte linke Lebenslüge.

Man lese die Berichte der UNO über die fortschreitende Verelendung der dritten und Unterstreichungen und vierten Welt, blicke auf die KONKRET-Karte des Atomwaffenlagers Bundesrepublik und sehe sich dann die Tagesschau an, höre die Erklärungen, Betonungen der Kohl und Mitterand, Weinberger und Kreisky, Fanfani und Lahnstein, diese Scherzchen auf das Ende der Welt, Lichtjahre entfernt von rettender Einsicht und sich täglich weiter davon entfernend, in Bonn jetzt

beschleunigt durch geistig-moralische Abwende. Und preise dann die bürgerlich-parlamentarische Demokratie als der Güter höchstes.

Das heißt ja nicht, daß auf die Grünen im Bundestag zu pfeifen wäre (solange sie das Parlament zur Unruhestiftung gebrauchen und sich selbst nicht als Parlamentarier mißbrauchen lassen). Wie sich die Bourgeoisie ihren Strauß hält - als parlamentarische Drohung mit der faschistischen Herrschaftsvariante, so sollte sich die Linke ihre parlamentarischen Grünen halten: Als - teils bewußte, teils gefühlte, teils ganz ungewollte - Propagandisten, als Werkzeuge in einem Kampf, der auch parlamentarisch zu führen, aber nur mit außerparlamentarischen Massenbewegungen zu gewinnen ist.

Dieser Kampf geht nicht um die Wende (und schon gar nicht um die Wende der Wende), er geht nicht um die »neue Gesellschaft« oder die fundamentale Alternative. Sein Ziel ist von bescheidenem Größenwahn: Sabotage an den Vorbereitungen zur Endlösung der Menschheitsfrage.

Dazu gehört der Verrat jeden Geheimnisses, das dieser Staat vor den von ihm ausgeplünderten und bedrohten Völkern bewahren will - ob es nun Nato-Übungen vor afrikanischen und lateinamerikanischen Küsten sind oder Atom- und Waffenlieferungen an Südafrikas Rassisten. Petra Kellys Ankündigung, sie wolle keine der ihr als Abgeordneter zugänglichen Informationen für sich behalten, war die erfreulichste Ankündigung aus der neuen Bundestagsfraktion.

Das Allerwichtigste aber bleibt die Verhinderung eines Atomkriegs in Europa. Er brächte nicht nur Millionen den Tod, sondern machte die Überlebenden in aller Welt zu Sklaven der amerikanischen Demokratie. Wenn die zwei Dutzend grünen Abgeordneten sich und ihren immunen Status nicht rücksichtslos in den Widerstand gegen die Stationierung der Pershing II und Cruise missiles einreihten, wäre auch die einzige kleine Freude am traurigen Abend des 6. März umsonst gewesen.

---

* Freiheitlich-demokratische Grundordnung geistig-moralischer Wende

Konkret 04/83, S. 10

Nachrichten

Beutelschneider

Seit die Pillenschluckfreudigkeit nachläßt, müssen die Apotheker neue Verdienstquellen erschließen. Als besonders wirksam erweisen sich dabei Schwangerschaftstests. Die in Rundfunkspots angepriesenen Heim-Untersuchungen (B-Test, F-S-Test), die Frauen angeblich schon wenige Tage nach der Befruchtung ein sicheres Ergebnis liefern und um 20 Mark teuer sind, erweisen sich immer häufiger als Blindgänger. Sie sind so undeutlich abzulesen und ungenau, daß viele Frauen eine Schwangerschaft vermuten, obgleich das nicht der Fall ist. Um sicher zu gehen, führt sie ihr Weg meist noch einmal zu ihrer Apotheke - um den guten alten Froschtest ausführen zu lassen. Apotheker haben dabei gut lachen: sie verdienen doppelt.

Schwarze Arbeit

Wird ein Arbeitsloser oder Kurzarbeiter beim Schwarzarbeiten geschnappt, muß er mit empfindlichen Strafen rechnen. Es kann ihm auch passieren, in der »Bild«-Zeitung als verantwortlicher Einzeltäter für die nationale Krise an den Pranger gestellt zu werden. Was aber passiert, wenn ein ganzes Unternehmen, ein Konzernbetrieb, schwarzarbeiten läßt?

Bei der Maschinenfabrik Krupp-Koppers in Essen, eine 100prozentige Tochter der Friedrich-Krupp-GmbH mit 1000 Beschäftigten, wird zur Zeit kurzgearbeitet. Die Kruppianer bekommen nur noch vier von fünf Werktagen von der Firma bezahlt. Das Kurzarbeitergeld vom Essener Arbeitsamt deckt einen Teil der Lohndifferenz. Die 32-Stunden-Woche ist Krupp-Koppers genehmigt worden, weil die Kapazitäten nicht ausgelastet sein sollen, und Entlassungen wegen Arbeitsmangel ausgesprochen worden wären.

Tatsächlich ist die Produktion der Maschinenfabrik etwas zurückgegangen. In Verwaltung und Verkauf herrscht jedoch Hochbetrieb. Die Angestellten arbeiten voll durch und bleiben an den vom Arbeitsamt bezahlten Kurzarbeitstagen nicht zu Hause. Aus Angst um ihren Job, schleichen sie sich an den Stechuhren vorbei und leisten unbezahlte Arbeit für Krupp. Vom Arbeitsamt bekommen sie keinen vollen Lohnausgleich, und bei einem Arbeitsunfall in den über die Kurzarbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden sind sie nicht versichert.

Bis zum 30. Juni 1983 hat Krupp-Koppers die Kurzarbeit beim Arbeitsamt beantragt, dann soll verlängert werden. So werden bei dieser Firma aus Geldern der Arbeitslosenversicherung die Löhne und Gehälter subventioniert. Und alle machen mit im Aufschwung-Frühling. Betriebsrat Göhlmann: »Ich weiß von nichts, nach meinem Wissensstand ist hier noch nie kurzgearbeitet worden.« Der Leiter der Stabsabteilung Information der Friedrich Krupp GmbH, Herr Lommatzsch: »Bei Krupp wird nicht kurzgearbeitet«. Direktor Fischerdick vom Essener Arbeitsamt berief sich auf den Datenschutz: »Was meinen Sie, wie empfindlich solche Firmen sind. Das ist wie bei jedem Arbeitslosen auch, ich kann nichts weitergeben ohne Einverständnis der Firma Krupp-Koppers«, und sibyllinisch: »Ich weiß, was da läuft.« Der Krupp-Betriebsrat Wagenknecht weiß es auch: »Kurzarbeit in der ganzen Firma«.

Job-Killer

Weil sie die nächste große Welle strukturbedingter Arbeitslosigkeit erwarten, wollen sich die Sozialdemokraten an die Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts begeben, das langfristig die Weichen zur Zurückgewinnung der Macht stellen soll. In einer internen Studie zur Bundestagswahl heißt es: »Sollte es nicht gelingen, im Bewußtsein der Wähler den wirtschaftspolitischen Kompetenzvorsprung der Unions-Parteien zu neutralisieren«, seien auch die letzten sozialdemokratischen Bastionen Hessen und Nordrhein-Westfalen verloren. Die SPD-Wirtschaftsexperten malen gleichzeitig ein düsteres Bild zur künftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes. Denn Wirtschaft und Industrie erwarten jetzt von der Union die Einlösung von Versprechungen an zwei arbeitsmarktpolitisch wichtigen strategischen Punkten: Ausbau der Kernenergie und Verkabelung der Republik. Beide Entscheidungen aber werden unmittelbar auf bislang von Arbeitslosigkeit weitgehend verschont gebliebene Wirtschaftsbereiche einwirken. Bei der Verkabelung geht es dabei um die Anbindung industrieller Dienstleistungsbereiche an moderne Kommunikationssysteme. Damit würden allein in Handel, Banken, Versicherungen und industrieller Verwaltung in wenigen Jahren rund ein Drittel der Arbeitsplätze vernichtet. Der Ausbau der Kernenergie, so die Erwartung, wird kurzfristig die Kohleabsatzkrise verschärfen. »Wenn wir da nichts anbieten, können wir einpacken«, heißt es im SPD-Parteivorstand.

»1983 darf kein Raketenjahr werden«

Tausend Menschen marschierten 1960 von Hamburg in die Lüneburger Heide und demonstrierten vor dem Raketenübungsplatz Bergenlohe. Es war der erste bundesdeutsche Ostermarsch. 1968 gingen bereits 300.000 Menschen gegen die atomare Aufrüstung auf die Straße. Der NATO-Doppelbeschluß mobilisierte im letzten Jahr fast eine halbe Million Bürger. Im Herbst dieses Jahres sollen die neuen amerikanischen Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden. KONKRET druckt Ostermarsch-Termine, soweit sie bis Redaktionsschluß feststanden. Bei den angegebenen Kontaktadressen können die neuesten Informationen bis Ostern abgefordert werden.

Konkret 04/83, S. 12

Erich Kuby

Die deutsche Krankheit

Eine Antwort auf die Frage, warum ein tüchtiges, intelligentes Volk in so kurzem zeitlichen Abstand wiederum seine Metzger selber gewählt hat.

Wir haben hören und lesen können, mit der »Wende« von 1982/83 habe sich ein politischer Kurswechsel vollzogen, der an den von 1932/ 33 erinnere. Ich sehe darin eine leichtfertige Betrachtungsweise.

Vor einem halben Jahrhundert hat die politische »Wende« den Weg zum zweiten Weltkrieg freigemacht. Er war in seinem Ursprung und in seiner Planung ein rein deutsches, hausgemachtes Ereignis. Kraft eigenen Rechts, von niemandem dazu angestiftet, zerstörten wir große Teile Europas, versuchten wir, ganze Völker auszutilgen. Hingegen bringt uns zwar die »Wende« von heute wiederum einem Krieg, dem dritten Welt- und ersten Atomkrieg um ein erhebliches Stück näher. An seiner Vorbereitung sind wir jedoch nur als Hilfskraft beteiligt - dank der »Wende« mit erheblich erhöhter Entschlossenheit - und werden an seiner Ausführung deshalb nicht als Täter, sondern »nur« als mitschuldige Opfer beteiligt sein, weil wir, die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland, seinen Ausbruch kaum um Stunden überleben dürften.

Auch was die damals und heute in die »Wende« verwickelten Hauptpersonen angeht, wäre es ganz abwegig, Parallelen psychologischer Art zu ziehen. Genscher hat als der Intrigenspinner vom Dienst bei weitem nicht die Statur des Herrn v. Papen, und was gar Franz Josef Strauß betrifft, so hieße es ihn gewaltig überschätzen, wollten wir ihn in seinen hervorstechenden Qualitäten: politisches Geschick, Machtgeilheit, Skrupellosigkeit, mit dem verflossenen Idol des deutschen Volkes vergleichen.

Dennoch ...! Hinter dem immerhin weit verbreiteten, wenn auch vagen Gefühl, was jetzt großmäulig als »Wende« proklamiert wird, stelle auf gespenstische Weise eine Wiederholung dar, versteckt sich etwas Faktisches. Wir stoßen darauf, wenn wir fragen, warum unser Volk in relativ so kurzem zeitlichen Abstand wieder nach der Maxime handelt: nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber. Daß es dazu 1933 willens und fähig war, braucht wohl nicht mehr nachgewiesen zu werden.

Was mich glauben läßt, es habe, wenn auch in variierter Form, am 6. März den gleichen Fehler begangen, werde ich versuchen zu erklären. Überzeugt, dem sei so, stelle ich zuvor die Frage: Wie kommt ein tüchtiges, intelligentes, derzeit sogar in ziemlich angenehmen Verhältnissen lebendes Volk dazu, sich den »Metzgern« anzuvertrauen, womit ich politische Führer und Verführer meine, die es ins Verderben stoßen - wobei ihnen eine derartige Absicht selbstverständlich sternenfern liegt, aber das macht ihre Sache nur schlimmer und entschuldigt sie in keiner Weise.

Meine Antwort ist, daß unser Volk (nie zu vergessen: dessen Teil ich selbst bin), und nun genauer gesagt: das Wahlvolk vom 6. März, ganz genauso wie das Wahlvolk von 1932/33 in seinen politischen Entscheidungen von der Furcht vor einem Feind bestimmt wird, den es zum Teil aus sich selbst heraus geschaffen hat, zum Teil von verängstigten Neurotikern hat aufschwätzen lassen. Das heißt also, von einem Feind, den es nicht gibt, der eine bloße Erfindung ist. Gerechterweise ist zu sagen, daß es damals Wie heute Minderheiten gegeben hat (und gibt), die von dieser Art Geisteskrankheit nicht befallen sind. Seinerzeit wollten sie die Nationalsozialisten nicht an die Macht kommen lassen, derzeit wollen sie vom eigenen Staatsgebiet Raketen fernhalten, mit denen die Sowjetunion in die Knie gezwungen werden soll.

Vor fünfzig Jahren war der erfundene, alles bewegende Feind der Jude. Ich setze voraus, daß ich selbst gegenüber deutschen Lesern nicht auszuführen brauche, daß dieser Feind nicht existent gewesen ist. Es werden unerachtet neuen deutschen Erwachens doch nur wenige sein, welche glauben, der zweite Weltkrieg und die Ausrottung der Juden sei so nötig gewesen, weil ohnedem eine jüdische Weltverschwörung das deutsche Volk vernichtet hätte.

Der für den heutigen Gebrauch der in der NATO zusammengeschlossenen Kriegsvorbereiter erfundene Feind ist die Sowjetmacht. Die allermeisten von uns - und das ist nicht nur ein westdeutscher Wahn, es ist auch ein allgemein kapitalistischer Irrsinn - halten die Gefahr, die sie für die ganze westliche Welt darstellt, für genau ebenso real wie damals wir Deutschen die jüdische. Im Anfang war die Sache mit den Juden wie die mit den Russen nur ein taktischer Schwindel, aber was ist daraus geworden?! Eine alle beherrschende Ideologie, der mit keinem Gegenbeweis mehr beizukommen ist. (Eine jüngste, nicht dementierte Meldung, der amerikanische Geheimdienst habe über Jahre Lügen über die sowjetische Rüstung vorbereitet, hat nicht einen der derzeit an die Spitze gewählten Politiker veranlaßt, sich dazu öffentlich Gedanken zu machen.)

Um die Ideologie von der auf die Weltherrschaft versessenen Sowjetmacht glaubhaft zu machen, wird eine Rechnung aufgestellt, in der die militärischen Aktionen Moskaus - von Ungarn bis Afghanistan - als Schritte auf dieses Ziel hin figurieren, obschon es sich in Wahrheit um die gewaltsame Konsolidierung ihres Einflußgebietes handelt, für das die Sowjets im 2. Weltkrieg den höchsten Preis bezahlt haben, und das weltweit von der amerikanischen Gegenmacht bedroht ist.

Diese Interpretation sowjetischer Machtpolitik wird in unserer Öffentlichkeit als unentschuldbare Entschuldigung unentschuldbaren Handelns aufgefaßt, und wer sie sich zu eigen macht, ist fraglos ein Agent Moskaus. Den Agenten Washingtons gibt es deshalb nicht, weil die Amerikaner in den Jahrzehnten seit Weltkrieg II ja niemals irgend etwas getan haben, was darauf schließen ließe, sie hätten aggressive Absichten. Daß sie den Korea- und den Vietnamkrieg geführt haben - da bleibt ihnen, tief bedroht, gar nichts anderes übrig. Daß beide Kriege in Umfang und Brutalität mit nichts vergleichbar sind, was auf das russische Konto geht - Schwamm drüber! Vorsichtig gerechnet, haben amerikanische Aktionen seit 1945 ums Tausendfache mehr Menschenleben gekostet als die sowjetischen und zu einer entsetzlichen Verelendung der betroffenen Gebiete vor allem in Mittelamerika geführt. Daß in Ostblockstaaten solche Zustände wie dort herrschten, wird sich niemand getrauen zu behaupten.

Die physikalische Zerstörung weiter Teile Vietnams und der dort en gros betriebene Völkermord durch Amerikaner haben nur westdeutsche Studenten in Harnisch gebracht, die sich dafür von den Politikern und von der Volksmehrheit Chaoten und Kommunisten schimpfen lassen mußten. Die seinerzeitige Berichterstattung in einer angeblich freien Presse hat objektive Aufklärung vermieden.

Damit berühre ich den Punkt, um dessentwillen ich diese Ost-West-Verbrechensskizze entwerfe. Es geht nicht darum, Herrschaftspraktiken der kapitalistischen Seite zugunsten der kommunistischen auszuspielen oder gar andeuten zu wollen, um wieviel ruhiger wir im Schoße der Sowjets existieren könnten. Es soll nur dargetan werden, daß wir, das westdeutsche Volk, uns mittels Betrugs und Selbstbetrugs in eine Ecke haben manövrieren lassen, von der aus wir die tatsächlichen Weltverhältnisse nicht mehr erkennen können. (Was den besonderen Sektor »Rüstung des Feindes« betrifft, so hat nicht ein einziger dieser Politiker, die uns erzählen, wieviel Raketen, welche Raketen und wo die Sowjets täglich aufstellen, andere Unterlagen für sein Geschrei als jene, die ihm die interessierten Militärs des Feindes des Feindes liefern! Das ist eine tolle Art der Wahrheitsfindung!) Und hier liegt die eigentliche Übereinstimmung mit den Jahren des Nationalsozialismus: jeder Schwindel wird geglaubt, der geeignet ist, den Feind aufzuwerten, die eigene Furcht aufzupeitschen.

Daß es wieder dahin kommen konnte, daran ist jene »Macht« ganz zentral beteiligt, die eigentlich für die Vermittlung des Faktischen sorgen sollte - wir nennen sie heute pauschal »die Medien«. Was so neutralistisch-funktional bezeichnet wird, sind Tausende und Abertausende von Redakteuren, Reportern, Kommentatoren, Sprechern und Schreibern, die sich nahezu ausnahmslos der Feind-Ideologie unterworfen haben.

Wer in diesem Wahlkampf beobachtet hat, wie sich der Gesichtsausdruck, die Wortwahl und der Tonfall von bekannten Journalisten verändert haben, wenn sie mit oder über die Grünen sprachen; wer die Sendung verfolgt hat, in der zwei prominente Moderatoren sich mit Strauß, Genscher und Kohl gegen Vogel verbündet haben, und wie in dieser Kumpanei ständig über die Grünen hergezogen worden ist, obwohl nicht einer von ihnen am Tisch sitzen durfte - der hat einen unauslöschlichen Eindruck von der Verdummungsmaschine, genannt »die Medien« gewonnen, die an der »Wende« mindestens so beteiligt ist wie die Wirtschaft mit ihren indirekten und direkten Pressionen.

Da ich einen erheblichen Teil des Jahres in Italien lebe, die Nachrichten von RAI bekomme, »Repubblica« lese, kann ich mit Fug behaupten, daß eine derartige schweinische - ich sage: schweinische! - Unfairness in diesem von uns verachteten Land einfach unmöglich ist. Es handelt sich um eine ganz und gar westdeutsche (ostdeutsche?) Spezialität, kurz, es handelt sich um die Ideologie vom erfundenen Feind. Ein Beispiel: der Außendäumling Genscher entblödete sich nicht, im Fernsehen zu sagen, wenn in Genf nichts herauskäme, »dann rüsten wir auf«! Wir! Niemand fiel ihm ins Wort, seine Verinnerlichung der amerikanischen Atomkriegs-Planung rauschte unwidersprochen über die Bevölkerung hinweg.

Journalistisch gesehen, war es eine Wahlkampfvermittlung der Devotion vor den »Wendern«, um nicht zu sagen eine fortgesetzte Kriecherei im amerikanischen Hintern. Und noch eines: seitdem der Tarnbegriff »Nachrüstung« tückisch in die Öffentlichkeit gebracht wurde, ist von niemandem eine Sprachanalyse unternommen worden derart, daß es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen »Entsorgung«, »Endlösung« oder »Nachrüstung« gibt (und so weiter, das Wörterbuch der Verharmloser, der Betrüger) - es sind Schwindelworte zur Täuschung der Öffentlichkeit. Die »Medien« benützen sie wie Goldstücke zum Kurswert ohne Abstrich.

Ja, das Feindbild hat keine Trübung, sondern durch die »Wende« eine Aufwertung erfahren, wie es sie zuletzt zu Adenauers Zeiten besessen hat, als dieser noch der Überzeugung war, seine amerikanischen Macher würden die »Sofjets« wieder aus Mitteleuropa hinauswerfen. (Und weil er dies glaubte, hat ihn Kohl zu seinem Guru erklärt). Ohne dieses Feindbild würde einer Politik der Boden entzogen, die gewiß auch vor der »Wende« betrieben worden ist - die beiden Helmuts liegen so weit nicht auseinander! -, die aber dank der »Wende« nun ihrer Hemmungen ledig geworden ist.

Wie weit die Verblendung fortgeschritten ist, läßt sich unter anderem auch daran erkennen, daß die »Wende«, die ja die völlige Auslieferung westdeutscher Interessen an die amerikanischen bedeutet, in einem Augenblick von der Bevölkerung ermöglicht worden ist, in dem ein Reagan, ein Weinberger und ähnlich abenteuerliche Politiker in Washington das Heft in der Hand haben. Da beschlich das Wahlvolk nicht die Angst, wem es ausgeliefert ist? Da hat niemand überlegt, von welcher Statur die drei Nachfolger Stalins gewesen sind und sind, niemandem Wurde klar, daß im sowjetischen System der

hierarchischen Auswahl ein Reagan über Kiew nie hinausgekommen wäre, als Provinzschauspieler und allenfalls als Bezirkssekretär?

Kürzlich hat ein bekannter Journalist, Theo Sommer, ein paar Wochen in Moskau verbracht, um herauszufinden, was prominente Russen in der politischen Führung denken. In seinem Bericht (»Die Zeit« vom 11. März) ist zu lesen: »Die Russen wollen keinen Krieg. Sie sind so wenig Kriegstreiber wie die Amerikaner ... «. Donnerwetter, das nenne ich fein gespielt! Hier wird die politische Null-Lösung aus dem Zylinder gezaubert. Wenn anzuerkennen ist, daß die Russen den Krieg nicht wollen, dürfen Reagan und seine intimsten Berater auch keine Kriegstreiber sein. Hurra - wozu Raketen, wozu überhaupt Rüstung!? Wozu eine »Wende«? So muß man argumentieren, wenn man das Feindbild vorübergehend von der Wand nimmt. Nur stimmt dann leider überhaupt nichts mehr, vor allem nicht diese frei in die Landschaft gesetzte Kurzformel von der weltweiten Friedfertigkeit, die pro Tag für eine Milliarde Rüstung erfordert.

Es mag Leser geben, denen in meinem Beitrag zur »Wende« zu wenig vom Wende-Propheten Strauß die Rede ist. In der Tat, für mich ist die »Wende« kein personalistisches Problem. Wäre ich genötigt gewesen, zum Jubiläum des 30. Januar 1933 einen Artikel zu schreiben, so wäre darin Hitler zwar erwähnt worden, aber doch nur am Rande. Vom Volk muß gesprochen werden, vom Volk damals und heute! Und von denen, die des Volkes Meinung machen. Mir ist klar, daß ich mir damit den immer nur höhnisch vorgebrachten Einwand einhandle, daß jener, dem die ganze Richtung nicht paßt, sich eigentlich ein anderes Volk, nicht nur eine andere Regierung wünschen sollte. Genau so ist es - ein freilich unerfüllbarer Wunsch. Wenn Kohl jubelnd ausrief, der Wahlausgang vom 6. März sei ein Sieg der Demokratie, womit er meinte: sei die Bestätigung, es gebe den mündigen Bürger haufenweise, dann ist das just das Gegenteil von dem, was wirklich an den Tag gekommen ist: der Bürger als verängstigtes Geschöpf, der keinen eigenen Zugang zur Weltwirklichkeit mehr besitzt!

Ich fürchte, er wird um die Chance gebracht werden, sie noch einmal zu erkennen (1945 wurde sie ihm ein letztes Mal zuteil, wenn auch mit wenig Nutzen). Ich denke bei dieser Bemerkung an einen Tag Ende Juni 1945. Aus Gefangenschaft heimkehrend, stand ich vor der Ruine des elterlichen Hauses. Mir näherte sich ein alter Nachbar, der nicht mehr hatte Soldat werden müssen, und sagte: »Jetzt würden wir Gott auf den Knien danken, wenn es noch so wäre wie es bis 1933 gewesen ist. Damals erschien es uns unerträglich, wir wählten Hitler.«

Jetzt erscheint es den Amerikanern, und mit den Amerikanern unter anderen auch uns, unerträglich, mit den Russen Wand an Wand *vertrauend* leben zu müssen, die selbstverschuldete deutsche Teilung hinzunehmen und uns jedes darüber hinausgehenden Anspruches zu begeben. Wenn wir das nächstemal mit Hilfe jener, die wir uns jetzt als politische Wegweiser erkoren haben, antreten - sowohl auf Geheiß unserer Schutzmacht wie aus eigenem Antrieb -, um wieder einem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, werden wir keine Gelegenheit mehr haben, ihm nachzuweinen. Mit dieser Vorstellung, so möchte man meinen, sei es schwer, Raketenpolitik zu machen - aber im Unterbewußtsein spielt sich ein ganz anderer Prozeß ab: die Raketenpolitiker können sicher sein, daß kein Weltgericht sie mehr an den Pranger stellen kann, wenn die Sache, die sie vertreten, schief geht.

Konkret 04/83, S. 16

Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly, Otto Schily

»Schlicht illegal«

Pausenlos tagten die frisch gewählten Bundestagsabgeordneten der Grünen in den letzten Wochen, um sich auf ihre arbeit im Deutschen Bundestag vorzubereiten. KONKRET-Mitarbeiter Tom Schimmeck sprach in Bonn mit Marieluise Beck-Oberdorf, Otto Schily und Petra Kelly, den Sprechern der neuen Fraktion

KONKRET: Die Grünen haben mit der Wahl in den Bundestag eines ihrer Ziele erreicht. Sie werden jedoch nicht viel ausrichten können. Es gibt eine klare rechte Mehrheit. Welche Rolle können Sie da im Parlament überhaupt spielen?

Kelly: Jetzt haben wir die Möglichkeit, die Opposition zu sein, die wir immer sein wollten. Vielleicht ist das das beste, was uns passieren konnte. Diese Oppositionsrolle kann die Grünen am Leben erhalten, wenn sie sie in den nächsten vier Jahren richtig spielen. Auf der anderen Seite ist die Gefahr groß, daß die SPD in ihrer Opposition gegen Strauß/ Kohl/Zimmermann/Genscher versucht, ökologische Forderungen sehr radikal darzustellen und uns zu überholen. Ich glaube, daß die Grünen eine Reihe von Initiativen ergreifen können, die den Unterschied zwischen uns und linken Sozialdemokraten deutlich machen, wie ich auch glaube, daß eine Reihe von Sozialdemokraten mit uns abstimmen werden. Es gibt bestimmt häufig auch Zusammenarbeit.

KONKRET: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat gesagt, es solle zwischen Grünen und SPD kein Kuddelmuddel geben, Helmut Kohl prophezeit den langsamen Übergang der grünen Abgeordneten zur SPD binnen zwei Jahren...

Schily: Von solchen Prophezeiungen halte ich nichts. Es kann nicht unsere Hauptaufgabe sein, ständig nach dem Profil zu suchen, nach der Abgrenzung zur SPD. Wir bestimmen unsere Politik durch die Inhalte. Wir haben zum Beispiel eine kristallklare Haltung zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa. Da habe ich überhaupt keine Kuddelmuddel-Sorgen wie Willy Brandt, da teile ich auch nicht die Angst von Petra. Wenn die SPD uns in diesem Punkt überholen würde, sollte mir das sehr recht sein. Ich glaube, daß in der SPD starke Kräfte existieren, die unsere Auffassung in diesem Punkt teilen. Natürlich ist es ein Problem für die Fraktionsführung der SPD, damit fertig zu werden.

Beck-Oberdorf: Noch schwerer wird sich die SPD im wirtschaftspolitischen Bereich tun, wo sie, wie im übrigen auch rechte Gewerkschafter, nach dem Motto verfährt, 'Investitionen lösen unsere Probleme - wir brauchen Wachstum', und dabei stets die Grube gräbt, in die die Arbeiter hinterher hineinfallen. Die Verkabelung der Bundesrepublik ist das beste Beispiel dafür.

Schily: Das ist *ein* gewerkschaftlicher Kurs. Nicht wenige Gewerkschafter haben immerhin zur Wahl der Grünen aufgerufen.

Beck-Oberdorf: Ich meine den bisher noch abgesegneten Hauptkurs. Wir müssen raus aus dieser Struktur, daß die Gewerkschaften parallel zu dem kapitalistischen Kurs fahren und nur versuchen, einen Teil vom Kuchen des Profits für die Arbeitnehmer abzuknapsen.

KONKRET: Haben Sie nicht den Eindruck, daß sich da in den Gewerkschaften etwas ändert?

Beck-Oberdorf: Doch schon. Die Debatte um die neuen Medien ist in den Gewerkschaften - wenn auch sehr spät - angelaufen, und genau diese Überlegungen werden in den gewerkschaftlichen Kreisen sehr hart diskutiert. Da gibt es sehr unterschiedliche Haltungen, die wir auch bei der Atomenergie hätten brauchen können - statt des Slogans »Atomenergie schafft Arbeitsplätze«.

KONKRET: Hat die Landtagswahl in Schleswig-Holstein nicht gezeigt, daß von einer oppositionellen SPD für die Grünen durchaus eine Gefahr ausgeht, wenn sie sich fortschrittlich und umweltbewußt gibt?

Schily: Wenn wir von der Hypothese ausgehen, daß die SPD sich soweit umformt, daß sie alle unsere Forderungen übernimmt, dann können wir uns natürlich getreu der Voraussage von Herrn Kohl alle unter einem gemeinsamen Dach versammeln. Das ist nur, fürchte ich, völlig unrealistisch.

KONKRET: Gab es dafür in Schleswig-Holstein nicht doch Anzeichen?

Schily: Nein. Es gibt da einige Tupfer im Bild der SPD, Engholm hatte für seine Kabinettsgruppe einige kluge Entscheidungen getroffen, zum Beispiel die Berufung von Sophie von Behr. Aber die SPD in ihren Aussagen und Versprechungen ist eine andere, als die SPD, die später agiert und Verantwortung trägt. Als wir noch darüber geredet haben, ob wir eventuell eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unterstützen, habe ich sehr deutlich gesagt: wenn man denn hofft, daß einige der schönen Versprechungen und Vorsätze der SPD in Erfüllung gehen, muß -man die Grünen in den Bundestag wählen. Alle anderen Konstellationen haben immer nur dazu geführt, daß sich die SPD von ihren Versprechungen verabschiedet hat.

Kelly: Ich habe im Wahlkampf erlebt, wie Egon Bahr gesagt hat: Wenn ein Herr Kohl die Nachrüstung gegen unseren Willen durchsetzt, dann werden wir, die SPD, wie in den 50er Jahren auf die Straße ziehen und Widerstand leisten. Da

kommen einem doch Gedanken an das Ende dieser »Kampf dem Atomtod«-Bewegung. Ich glaube, die SPD bleibt eine NATO-Partei. Die wird auf der Straße doch nicht ernst genommen.

KONKRET: Ihre Fraktion nennt sich recht verheißungsvoll »Die Grünen im Bundestag«. In den Zeitungen lesen wir bisher fast nur von Schlips-und-Kragen-Problemen. Was ist von Ihrer Fraktion konkret zu erwarten, was kann sie überhaupt schaffen? Mittlerweile hat sich doch herausgestellt, daß zum Beispiel bei der Abstimmung über die Volkszählung zahlreiche aufgeweckte Volksvertreter offenbar geschlafen haben. Drohen den Grünen bei der Fülle von Themen im Bundestag nicht ähnliche Pannen?

Schily: Ich bin ganz sicher, daß wir manche Fehler machen werden, weil wir reichlich unerfahren sind. Aber wir werden versuchen, unsere Unerfahrenheit durch mehr Disziplin, mehr Arbeitseifer und mehr Einfallsreichtum wettzumachen.

Beck-Oberdorf: Die Kunst wird sein, sich nicht voll in die vorgegebenen Strukturen einzupassen und nicht zu jedem und allem etwas zu sagen.

KONKRET: Wo wollen Sie den Schwerpunkt setzen?

Bock-Oberdorf: Eindeutig im Bereich der Nachrüstung in diesem Jahr...

Schily: ... Friedenspolitik...

Kelly: ... Mikroelektronik, Gentechnologie...

Beck-Oberdorf: ... die neuen Medien, das ist sehr wichtig und natürlich der ökologische Bereich. Ich hab manchmal fast die Furcht, daß dieser Bereich über die Nachrüstungsdiskussion hinten runterrutscht. Ganz entscheidend ist auch die Wirtschaftspolitik.

KONKRET: Noch immer herrscht der Eindruck vor, daß die Vorstellungen der Grünen im wirtschaftspolitischen Bereich ziemlich verschwommen sind. Welche konkreten Initiativen sind zu erwarten?

Kelly: Zum Beispiel der Bereich Rüstungs-Konversion. Wir hätten eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen, die Rüstungsschraube zurückzudrehen und Arbeitsplätze zu konvertieren. Auch im Frauenbereich ist genügend zu tun, gleiche Bezahlung, die getrennten Stellenmärkte, die Quotierung.

Schily: Ich finde es ein bißchen früh, nachdem wir ein paar Tage in der Fraktion beraten haben, von uns Mitteilungen darüber zu erwarten, in welcher Plenar-, in. welcher Ausschußsitzung welcher Vorstoß stattfinden wird.

Beck-Oberdorf: Ich habe im Wahlkampf sehr viele Veranstaltungen zu wirtschaftspolitischen Fragen gemacht. Es ist ungeheuer, welches Interesse bis in die letzten Dörfer dagewesen ist, und wie sehr unsere Argumentation eingeschlagen hat, daß man nicht über Investitionsanreize und mehr Wachstum die Arbeitslosigkeit beheben kann, daß da Bumerang-Effekte entstehen. Es wird auch in gewerkschaftlichen Kreisen ganz klar aufgenommen, daß wir tatsächlich eine Reorganisation der Arbeit brauchen. Ich sehe da eine ungeheure Chance für uns.

KONKRET: Glauben Sie wirklich, daß Sie eine Chance haben, die Vorschläge der Grünen als kleiner Minderheit im parlamentarischen Alltagsgeschäft über die Medien zu vermitteln?

Schily: Vorerst können wir nur Forderungen stellen und Kritik üben, ohne die Chance zu haben, unsere Vorstellungen über Mehrheiten durchzusetzen. Aber wir sind zuversichtlich, daß eine radikale und zugleich konstruktive Kritik an der etablierten Regierungs- und Gesetzgebungspraxis auch in den Medien ihre Wirkung haben wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Schärfe der Kritik - auch auf einem Forum wie dem Bundestag - ihre Wirkung hat.

KONKRET: Von den Abgeordneten Hansen und Coppik hat man in den Medien wenig gehört...**Schily:** Eine grüne Fraktion hat mehr politisches Gewicht als zwei fraktionslose Abgeordnete. Daran werden auch die Medien nicht vorbeikommen.

KONKRET: Besteht nicht die Gefahr, daß Sie mit der Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Raketenstationierung durch relativ simple Attacken - zum Beispiel, Sie seien von Kommunisten gesteuert - im Bundestag unter einen ungeheuren Distanzierungsdruck zu außerparlamentarischen Bewegungen geraten und an die Wand gedrückt werden?

Schily: Ich meine, daß wir auf all dieses Gekeife gewisser Leute viel gelassener reagieren sollten. Wenn wir bei jedem roten Tuch, das uns vor die Nase gehalten wird, die Hörner senken, schnauben wir ja nur noch durch die Arena.

KONKRET: Es könnte sehr viel handfester werden, wenn die Stationierung näherrückt und die ersten Vorwürfe wegen der Beteiligung an gewalttätigen Ausschreitungen, wegen Verstoßes gegen diverse Strafparagraphen laut werden.

Beck-Oberdorf: Man darf nicht unterschätzen, welcher Druck in der Bevölkerung gegen die »Nachrüstung« da ist. Wenn man alle die, die sich vehement gegen diese Nachrüstung wehren, bis in die ganz bürgerlichen Kreise hinein, bis in die kirchlichen Kreise hinein, diffamiert und sagt: »Das sind alles Kommunisten«, wird das irgendwann auch gefährlich und schlägt zurück.

Kelly: Ich glaube, daß auch viele Leute, die nicht grün gewählt haben, recht froh sind, daß wir im Bundestag sind. Wir dürfen nicht so beschützt dasitzen und sagen »Jetzt sitzen wir da drin«, weil ich denke, daß im Oktober/ November die ersten Marschflugkörper oder die ersten Pershing hierherkommen werden. Und wenn man so fragt, erlebt man es ja bis in die CSU hinein, daß die Leute dagegen sind. Es ist unglaublich, daß das mit der Wahlentscheidung nicht gekoppelt war.

KONKRET: Sie haben in unterschiedlichen Stellungnahmen angekündigt, daß sie Geheimnisse, sofern sie interessant sind, aus dem Bundestag heraustragen werden. Von interessierter Seite ist daraufhin angekündigt worden, dafür Sorge zu tragen, die Grünen am Zutritt zu den entsprechenden Ausschüssen zu hindern. Wie verhalten Sie sich dann?

Schily: So haben wir das nicht gesagt. Auch die Grünen werden die geltenden Gesetze beachten. Eine andere Frage ist, ob nicht von Generalklauseln in bestimmten gesetzlichen Bestimmungen ein zu extensiver Gebrauch gemacht wird und manches, was verantwortliche Politiker meinen dem Bürger verschleiern zu sollen, einfach kurzerhand für geheimhaltungsbedürftig erklärt wird. An einer solchen Verfahrensweise werden wir uns nicht beteiligen.

KONKRET: Ein Beispiel?

Schily: Die Information, daß beim Bundesnachrichtendienst ehemalige SS-Verbrecher engagiert und von dort besoldet werden. Ein Grüner, der eine solche Information erhält, könnte irgendeine formelle Geheimhaltung, die verlangt würde, nicht akzeptieren. Wenn daraus eine Verschlußsache gemacht werden würde, hielte ich das schlicht für illegal.

Kelly: Wir sind gefragt worden und hatten es noch nie diskutiert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir die Leute nicht informieren, wenn wir erfahren, wo neue Giftgaslager gebaut werden sollen. Zum Beispiel ist es eine Verschlußsache, wenn Strahlenwerte für Arbeitsplätze herabgesetzt werden, damit Arbeiter im Schnellen Brüter beschäftigt werden können. Das wissen gewisse Ärzte, gewisse Verbände, gewisse Wirtschaftslobbys. Da werden Menschen Dingen ausgesetzt, von denen sie keine Ahnung haben. Da versteckt sich der Staat. Teilweise ist es auch einfach bescheuert, was die Bürger nicht erfahren dürfen.

Schily: Ich glaube, daß unsere Forderung nach mehr Transparenz in der Bevölkerung positiv beurteilt wird. Ein Signal dafür ist, daß im Zusammenhang mit der von einigen Leuten angefachten Diskussion über Geheimhaltungsvorschriften, Offenbarung und Transparenz von den verschiedensten Seiten, von denen man es gar nicht erwartet hätte, auf einmal die Bekanntgabe der Raketenstandorte gefordert wird. Von Herrn Mertes, von der Jungen Union, auf einmal sind sie alle dabei. Das ist offenbar eine Reaktion darauf.

KONKRET: Wenig haben wir bislang von den Grünen zur Außenpolitik gehört. Einer der Vorstöße, die bisher bekannt wurden, fand in Libyen bei Herrn Ghadafi statt. Was haben Sie da noch auf dem Programm?

Schily: Ich war in Libyen zu einer privaten Informationsreise ohne Auftrag der Grünen.

KONKRET: Wo liegt der Unterschied zwischen einem Gemeinderat, der auf Kosten der KWU nach La Hague fährt und einigen Grünen, die auf Kosten von Herrn Ghadafi nach Libyen fahren?

Schily: Da gibt es einen ganz großen Unterschied, weil ich kein Mandatsträger war und mir als Privatperson das Recht nehme, meinen politischen Horizont so zu vervollständigen, wie ich das für richtig halte. Ich bin nicht auf Einladung von Ghadafi, sondern auf Einladung der libyschen Revolutionskomitees nach Tripolis geflogen. Libyen ist bei weitem nicht das einzige Land, das ich besucht habe, ich bin auch in Indien oder in den Vereinigten Staaten gewesen...

Kelly: Du hast Reagan besucht! (lacht)

Schily: ... und würde es mir verbitten, mir deswegen Vorschriften machen zu lassen. Ob die angesprochene Reise nach Libyen angesichts der Medienaufbereitung und der Tatsache, daß ein damaliges Bundesvorstandsmitglied mitgereist ist, sehr weise war, mag mit Recht bezweifelt werden.

In der Außenpolitik gibt es zwei Ansätze, die für uns wichtig sind. Der eine betrifft Europa. Wir wollen eine Perspektive für den Ausstieg aus den Blöcken entwickeln, wobei wir nicht so naiv sind anzunehmen, daß wir das heute oder morgen schon verwirklichen können. Der zweite Punkt ist eine Orientierung auf ein stärkeres europäisches Selbstbewußtsein und auf die Herstellung engerer Beziehungen zu den blockfreien Staaten. Insbesondere bessere und solidarischere Beziehungen zu den arabischen Völkern könnten für die Zukunft Europas entscheidende Bedeutung gewinnen.

KONKRET: Die Beziehungen zu den arabischen Völkern in der Bundesrepublik zu diskutieren, ist, wie wir im letzten Jahr wieder gesehen haben, ein ganz neuralgischer Punkt - bis weit hinein in die Linke. Wie ist die Position der Grünen bezüglich des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts?

Schily: Der Klärungsprozeß ist mit Sicherheit nicht abgeschlossen, aber es ist richtig, daß das ein sehr sensibler Punkt ist. Da bekommt man die Füße auch nur auf den Boden, wenn wir unsere politische Praxis und unser Grundverständnis in der Tradition des antifaschistischen Widerstandes bestimmen, das ist eine unverzichtbare Voraussetzung. Wir müssen, wenn wir mit Arabern reden, herausstellen - und ich habe eigentlich auch keine Schwierigkeiten damit -, daß wir die

grauenvollen Verbrechen an dem jüdischen Volk während der Nazi-Herrschaft als etwas empfinden, was unser politisches Handeln bestimmt und unsere Zielsetzungen wesentlich beeinflußt.

KONKRET: Sie haben angekündigt, demnächst auch bei den beiden Supermächten vorbeizuschauen. Wie soll das vor sich gehen?

Kelly: Die Reaktionen auf unsere Wahl in den Bundestag waren bis nach Neuseeland ungeheuer positiv. Es hat mich beinahe geschockt, was für ungeheure Erwartungen von den Bewegungen in den verschiedenen Ländern mit uns verbunden sind. Es ist so viel, daß man es fast nicht bewältigen kann. Auch in Amerika denkt man in der Freeze-Bewegung, daß die Grünen die einzigen sind, die eine Chance haben, die Rüstungsspirale runterzudrücken. Wir werden da ein bißchen überschätzt. Der amerikanische Botschafter hat mir ins Gesicht gesagt, wenn die Grünen an den Machthebel kommen, ziehen wir symbolisch dieses Jahr Truppen ab. Wir wollen versuchen, die Abrüstungsposition der Grünen offen und offensiv darzustellen. Meine Idee ist, damit in Genf symbolisch zu beginnen, weil bislang alle Abrüstungsverhandlungen fehlgeschlagen sind. Es ist pervers, da sitzen zwei Männer in Genf und »rüsten ab«. Wir wollen die Verlogenheit dieser Verhandlungen dokumentieren und sollten das auch einmal in Moskau und Washington versuchen. Alles was uns betrifft, See-, Land- und Luftraketen müssen auf den Tisch. Und wenn der neue US-Verhandlungschef sagt, daß das ganze sowieso nur dazu gedacht ist, die Leute zu beruhigen, sollten wir das dramatisieren, damit die Leute nicht glauben, daß da noch verhandelt wird.

KONKRET: Sie haben knapp eine Woche nach der Wahl ihren ersten »Skandal« gehabt. Werner Vogel, der Alterspräsident des Bundestages in spe ist zurückgetreten, weil er eine braune Vergangenheit hat. Wie konnte so etwas geschehen?

Bock-Oberdorf: Ich möchte den Begriff »Skandal« zurückweisen. Es hat eine sehr faire Diskussion gegeben, und die Sache ist korrigiert worden. Werner Vogel hat in seinem Landesverband nie verdeckt, was er für eine Vergangenheit hat. Insofern trifft den Landesverband Nordrhein-Westfalen ein Teil der Schuld, weil er dies nicht thematisiert hat. Die Mehrheit der Delegierten, die ihn gewählt haben, hat davon nichts gewußt.

Schily: Es ist in der NRW-Delegiertenversammlung kein Wort darüber gesagt worden, Werner Vogel war nicht anwesend. Wir müssen an den Entscheidungsstrukturen der Grünen etwas verändern. Es war kein Skandal, aber es war ein krasser Fehler. Es war ein Fehler, einen abwesenden Kandidaten zu wählen, der nicht zur Person befragt werden konnte. Ich weiß nicht, ob die Versammlung die notwendige Sorgfalt aufgebracht hätte, eine solche Befragung vorzunehmen. Aber wenn sie stattgefunden hätte, wäre die Entscheidung anders ausgefallen.

Beck-Oberdorf: Werner Vogel hat diesen Teil seiner Vergangenheit in seiner Bewerbung ausgelassen. Die Tatsache, daß er das weggelassen hat, ist im Grunde ein Spiegelbild der Diskussion, wie sie in der Bundesrepublik seit '45 gelaufen ist, nämlich, daß keine Bewältigungsarbeit stattgefunden hat, daß Leute ihre Vergangenheit einfach unter den Tisch geschoben haben.

Und ich muß noch eins dazu sagen: Meine politische Tradition ist sehr eng angebunden an Menschen, die im Faschismus Widerstand geleistet haben. Für mich ist es ungeheuer schwierig, in einer Situation, wo ich noch nicht weiß, wieviel Mut ich selbst habe, zum Beispiel jetzt bei der Raketenstationierung, zu sagen, das und das und das hättet ihr tun müssen. Ich habe menschlich ungeheure Schwierigkeiten damit.

Schily: Wir sind ja eine Partei mit sehr vielen jungen Mitgliedern. Der unmittelbare Erfahrungshorizont reicht nicht in diese Vergangenheit. Ein junger Grüner kommt ersteinmal gar nicht auf den Gedanken, daß ein freundlicher Mensch wie der Werner Vogel, der sehr entschieden gegen Ausländerfeindlichkeit eintritt, der sich nicht scheut von Zärtlichkeit zu sprechen, was ja bei einem ehemaligen Ministerialbeamten eher eine Seltenheit ist, daß so ein Mann eine leider sehr gewöhnliche Vergangenheit hat. Daraus ist dieser Fehler entstanden. Wir haben einen Fehler gemacht, aber wir sehen ihn ein und wir haben ihn - und das unterscheidet uns von anderen Parteien - sehr schnell bereinigt. Andere Parteien gehen damit anders um. Da wird jemand Ehrenvorsitzender, der in unvergleichlich schlimmerer Weise belastet ist.

Konkret 04/83, S. 22

Susanne Mersmann

Es mu knirschen und krachen

Die Bef rworter der f r April geplanten Volks hlung haben in wischen schlechte Karten. Immer mehr Bundesb rger schlie en sich dem Bo kott an.

Hinten im Raum erhebt sich eine ältere Dame mit grauen Haaren von ihrem Platz und stellt eindringlich die Frage: »Nun sehen Sie sich doch den Bogen an. Da wird nach der Religionszugehörigkeit gefragt. Da gibt es die Rubriken katholisch, evangelisch, evangelische Freikirche, jüdisch, einer anderen oder keiner Religion zugehörig. Nach Moslems, von denen inzwischen Hunderttausende bei uns leben, wird zum Beispiel nicht gefragt. Sind wir schon wieder so weit, daß wir nach Juden fragen in diesem Land?«

Eine Antwort hat sie nicht erhalten. War das sekundenlange, betretene . Schweigen Antwort genug?

Die Situation. entstand auf einer Veranstaltung zur Volkszählung. Ein Streitgespräch sollte stattfinden zwischen Dichter Grass und Datenschützer Bull (der nicht die Bürgerrechte verteidigt, sondern die Volkszählung), nachmittags im Hamburger Literaturzentrum »lit«, geleitet vom SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve, noch im Wahlkampf. »Als einer der Abgeordneten, der der Volkszählung zugestimmt hat, ohne es so richtig zu merken«, streute er ob seiner Nachlässigkeit »Asche auf sein Haupt«.

Freimut Duve liegt gut im Trend. Denn eines läßt sich nicht mehr leugnen: Die Volkszählung ist in aller Munde. Ob auf Parties oder Parteiveranstaltungen, ob mit Freunden beim Frühstück oder mit Kollegen beim Kneipenbummel, ob in der Alternativ-Szene oder unter »normalen« Bürgern - aus dem Schneeball ist eine Lawine des Protestes und der Verweigerung .geworden. Immer mehr Bundesbürger sind bereit, dem Aufruf »Laß' dich nicht, erfassen« zu folgen. Günther Grass: »Selbst in kleinsten Gemeinden sind Leute verunsichert und empört, wenn sie das hören. Die Ablehnung ist allgemein.« Fritz Hansen, Mitinitiator des Boykotts, meint. »Das ist inzwischen zu einer riesigen Volksbewegung geworden, das ist keine Szene-Bewegung mehr. Wir sind auf Sieg programmiert.«

Sieg, das heißt die Gesetzgeber dazu zu bringen, selbst auf die Volkszählung zu verzichten oder so viele Leute zum Boykott zu bewegen, daß das Volksverhör für Behörden und Statistiker kein verwertbares Ergebnis bringt. Dafür reichten schon rund eine Million Verweigerer.

Euphorie darf sein. Denn erst Anfang Dezember 1982 hatte in der Hamburger Hochschule für Bildende Künste eine Theatergruppe die Szenen »Personalinformationssystem« gespielt. Spontan meldete sich eine der Zuschauerinnen, berichtete, sie sei Zählerin und erklärte Einzelheiten über die für den 27. April geplante Volkszählung. Empört über die drohende Schnüffelei des Staates in unser aller Privatleben, bildete sich noch am selben Abend die »Keimzelle« der Boykott-Bewegung. Jetzt gibt es im Bundesgebiet schon mehr als 300 Initiativen mit rund 10.000 Aktivisten. Die Hamburger, denen die bundesweite Koordination übertragen worden ist, verteilten seit Ende Januar mehr als 200.000 Flugblätter und rund 70.000 Broschüren. Das Telefon der VoBo-Initiative (040/4300070), »Telefonzählsorge« genannt und inzwischen ganztags in Betrieb, steht kaum noch still. »Und seit der KONKRET-Geschichte«, erzählt einer der Initiativler, »rennen uns die Leute endgültig die Bude ein.«

Wo so viele Menschen aktiv sind, ist die Prominenz natürlich auch dabei (siehe Vorwort Seite 4). Ortsverbände der GEW und der IG Druck, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der Bund der Steuerzahler und Wissenschaftler der FU Berlin, der Personalrat der Juristischen Referendare in Hamburg und die Humanistische Union unterstützen den Boykott. Fritz Hansen: »Damit die Zahlen für die Statistiker unbrauchbar sind, müßten zwei Prozent der Bundesbürger die Auskünfte verweigern.«

Und weil sich inzwischen -überall herumgesprochen hat, daß kleine Scherze wie Marmeladen- oder Honigkleckse auf den Fragebogen zu schmieren, den Bogen falsch, unvollständig oder nicht mit Bleistift auszufüllen oder den Bogen zu knicken zwar das Herz erfreuen, daß solche Computer-Spielchen aber die Zählung keinesfalls so stören können, daß die ganze Aktion kippt, hilft nur der totale Boykott. Wer den Zählern nicht die Tür weisen mag, kann den Fragebogen annehmen und bei der Abholung sagen, er sei schon mit der Post geschickt.

Die Bereitschaft, sich dem Wissensdurst des Staates zu verweigern, ist besonders bei älteren Leuten groß. »So hat das auch damals bei Hitler angefangen ... « und »Das erinnert mich alles ans Dritte Reich ... « sind Einwände, die nicht nur die Telefonzählsorger zu hören bekommen, sondern auch erstaunte Rundfunkmoderatoren, die in ihren lockeren Vormittagsfrageaktionen mächtig ins Schleudern geraten. Junge Leute, die noch bei ihren Eltern leben, beschweren sich am häufigsten bei der Initiative. »Ich will nicht, . daß mein Vater das ausfüllt«, ist ein Einwand, der ihnen nicht viel nützt. Mit den Fragen kommt nämlich auch das 19. Jahrhundert wieder ins Haus: Die Bögen sollen vom »Haushaltungsvorstand« ausgefüllt werden, Papa macht's für alle gleich mit. Der Volkszählungs-Kritiker Günter Grass: »Die Art und Weise der Befragung ist eine Beleidigung der Bürger.«

Ausgehorcht und für dumm verkauft zu werden - das ist auch für brave Deutsche einfach zuviel. Was Statistiker, Behörden und Datenschützer in lauter Eintracht an verharmlosenden Sprüchen vom Stapel lassen, ist eine Zumutung. immer wieder wird versichert, es seien in diesem Jahr weniger Fragen als 1970. Es wird immer wieder versichert, der melderechtliche Teil werde abgetrennt. Es wird immer wieder versichert, die Daten würden nur zu statistischen Zwecken benützt. Woran Juristen (Gesetzesmacher/innen wie Datenschützer) noch glauben mögen, Computerspezialisten können über soviel Naivität nur lachen. Daß alles mit rechten Dingen zugehen wird, dafür verbürgt sich - na? - Innenminister Friedrich Zimmermann. Nach der möglichen Weitergabe auch der personenbezogenen Daten befragt, sagte er im Deutschen Fernsehen: »Ich garantiere dafür, daß nichts Unrechtes damit geschieht. « Womöglich schwört er's noch.

Bei der letzten Volkszählung 1970 wurden insgesamt 39 Fragen gestellt, die aber nur von rund zehn Prozent der Bevölkerung beantwortet werden mußten. Die anderen kamen mit 18 Antworten über die Runden. Dieses Mal sind es 36 Fragen, hinzu kommen noch Zusatzfragen der Gemeinden.

Der melderechtliche Teil des Fragebogens - bis einschließlich Frage 6 - endet mitten auf der zweiten Seite. Auf die Frage, ob das mit »einer Schere gelöst werden soll«, lassen Datenschützer bisher nur wissen, daß es da »noch ein technisches Problem gibt« (Bull) oder »Es gibt da noch bestimmte Schwierigkeiten mit der Adresse« (sein Kieler Kollege Becker). Verschwiegen wird, daß in vielen Städten die Bogen zuerst zur melderechtlichen »Abgleichung« in die Gemeindeverwaltungen geschickt werden. Verschwiegen wird auch, daß im Bundesland Niedersachsen das Verfahren geplant ist, die Bögen von Privatfirmen auswerten zu lassen (siehe auch Seite 26). Und in Hamburg gehen die Bögen in die Großrechenanlage der Finanzbehörde, ein Nebengebäude des Polizeihochhauses, über einen Gang und Kontrollschleuse mit der Kantine der obersten Polizeidienststelle verbunden. Datenschutz klein geschrieben.

Das Schlimmste ist, daß die Computer die Namen der Bürger überhaupt nicht brauchen. Jede Seite des Fragebogens enthält eine Kennummer, die Bundesland, Kreis, Gemeinde, Ort, Straße und Gebäudeteil so bezeichnet, daß es weder für Polizist Meier noch für Verfassungsschützer Müller ein Problem sein wird, herauszufinden, ob Herr Schulze in der Berliner Straße 159 III.. in Köln eine Kochnische und ein Klo hat.

Interessant wäre es auch für den Chemiekonzern Lehmann zu erfahren, wo wegen einer besonders hohen Arbeitslosenquote mit wenig Bürgerprotest gegen ein umweltbelastendes Werk und obendrein noch mit billigen Arbeitskräften gerechnet werden kann. Und wie gern würden doch Hauseigentümer wissen, wieviel Miete für welche Ausstattung der Wohnung in der Nachbarschaft verlangt wird, wenn sie staatliche Mietenspiegel schon nicht mögen. Wundert es wirklich noch, daß der »Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer« gegen die Politiker wettert, die sich »opportunistisch der von den Grünen ausgelösten Abneigungskampagne gegen das Zählwerk anschließen?« Igitt. Sie haben Angst vor Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe in der Bauwirtschaft der kommenden Jahre. Aber haben sie nicht, trotz Volksbefragung und vieler Untersuchungen, so schöne Dinge gebaut wie Chorweiler und Neu-Perlach? Boykotteur Hansen: »Es werden überhaupt keine Bedürfnisse erfragt, lediglich der Ist-Zustand wird erfaßt. Bei der Volkszählung 1970 ist auch nach Wohnungen gefragt worden - und was ist herausgekommen?« Viele Bürgerinitiativler fürchten darüber hinaus, daß die Verwaltung gerade bei geplanten Bauvorhaben einen großen Informationsvorsprung bekommt und mit Zahlen jonglieren kann, so daß Einsprüche fast aussichtslos werden.

Fritz Hansen ist deshalb für einen vollkommenen Verzicht auf die Befragung. Andere sind bescheidener. Günter Grass: »Es ist eine Gegenleistung des Staates notwendig. Auf die Beantwortung persönlicher Daten sollte verzichtet werden. Alles sollte ohne Namen laufen.« Und Professor Ulrich Klug, Vorsitzender der Humanistischen Union: »Fragen, deren Antworten für die Statistik notwendig sind, werden mit Fragen nach den Personalien der Bürger verbunden. Es ist unnötig und sogar gefährlich, beides miteinander zu verknüpfen.« Der jetzige Fragebogen sollte »eingestampft« werden.

Klugs Meinung war 1979 auch Datenschützer Bull. In seiner Stellungnahme zum Volkszählungsgesetz (Bundestagsdrucksache 8/2460) schreibt er: »Problematisch ist auch die vorgesehene Regelung des sog. Abgleichs mit den Melderegistern der Gemeinden. Dennoch bestehen grundsätzliche Bedenken, weil es sich auch hier um eine Durchbrechung des Prinzips der strikten Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug handelt, die durch die bezweckte administrative Erleichterung nicht gerechtfertigt wird.«

Weil es dem »Gesetzgeber aber wichtiger erschien, daß die Melderegister aktualisiert und berichtigt werden« (Bull-Presseerklärung vom 23. Februar), zog Herr Bull, oberster Walter der Bürgerinteressen, den Schwanz ein. Bull heute: »Die Volkszählung gefährdet nicht die Interessen des einzelnen. Der Fragenkatalog ist erträglich.« Und er empfiehlt »mit gutem Gewissen«, die Fragebögen auszufüllen. So wurde aus dem »wandelnden Mißtrauen«, wie er bezeichnet wurde und was er so gern zitiert, das schlafwandelnde Mißtrauen. Datenschutz hat Pause. Bürgerinitiativen machen die Arbeit.

Ganz anderer Meinung als Datenschützer Bull ist der Berliner Rechtsanwalt Reiner Geulen, der für die VoBo-Initiative ein Gutachten erarbeitet hat. Er hält die Zählung für verfassungsrechtlich zweifelhaft. Im Gutachten heißt es: »Das Volkszählungsgesetz 1983 sowie die verwaltungsmäßige Durchführung dieser Volkszählung in der gegenwärtig geplanten Form verletzen aus mehreren Gründen die Verfassungsgrundrechte der Menschenwürde (Art. 11 GG) sowie der freien

Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 1 GG)... Der weitgehende faktische Ausschluß des gerichtlichen Rechtsschutzes gegenüber der Weitergabe und Weiterverwertung der erhobenen sowie der zufällig gewonnenen Beobachtungen und Daten verletzt insbesondere durch die mögliche Speicherung in den zentralen elektronischen Informationssystemen des Bundes sowie durch die mögliche Kombination mit weiteren bereits vorhandenen personenbezogenen Daten des Betroffenen die materielle Rechtsweggarantie des Artikels 19 IV GG.«

Viele Fragen hält Geulen »für sich genommen für verfassungsrechtlich unproblematisch«. Die Fragen nach untervermieteten Räumen, benutzten Verkehrsmitteln oder der »stichwortartigen Beschreibung des Arbeitsplatzes« hält er »bereits bei isolierter Betrachtung für verfassungsrechtlich bedenklich«. Das Gutachten: »Sie erscheinen noch problematischer durch die stattfindende Kombination dieser Daten und ihrer Zuordnung zu der jeweiligen Person... So ergibt bereits der 'Wohnungs- und Haushaltsbogen' in seiner Gesamtheit ein umfassendes und detailliertes Charakterprofil der jeweiligen Person unter Einschluß von Daten, die... nicht nur den 'Privatbereich', sondern vielmehr den Intimbereich der jeweiligen Person in vollem Umfang trifft.«

Geulen hält auch für zweifelhaft, daß »die vollständige Verweigerung der Ausfüllung (Boykott) eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 14 des Bundesstatistikgesetzes darstellt, da die vollständige Verweigerung der Auskunft in dem Tatbestand nicht erwähnt« sei. Reiner Geulen: »Analogieschlüsse zuungunsten des Betroffenen sind im Bußgeldverfahren ausnahmslos ausgeschlossen.«

Das Gutachten des Berliner Anwalts könnte auch das Herz mancher Zähler erleichtern. Viele von ihnen haben sich uninformiert und gutgläubig gemeldet. »Wir haben das Schreiben, daß Zähler gesucht werden, im Dezember bei unserer Gehaltsabrechnung gehabt. Viele haben das auch ihren erwachsenen Kindern gesagt. Schließlich gibt es in Hamburg 400 Mark dafür ... « erzählt ein junger Krankenhaus-Arzt, der sich jetzt den VoBos angeschlossen hat. Wie ihm ging es vielen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes. Nun treffen sich schon mehrere Hundert in getrennten Initiativen und diskutieren, wie sie die Volkszählung von Zählerseite untergraben können. Erst an Schulungen teilnehmen oder sich sofort abmelden, alle gemeinsam oder möglichst spät zurücktreten oder sogar die leeren Fragebögen annehmen und verbrennen, vergessen oder wegschmeißen - das sind die Fragen, die in den Gruppen nicht ohne Bangen diskutiert werden. Eine Zählerin: »Wenn ich da doppeltes Bußgeld zahlen muß, einmal für die Verweigerung, meinen eigenen Fragebogen auszufüllen, und dann für die Verweigerung zu zählen, das wird mir zuviel, ehrlich gesagt.«

Zähler sind, so Geulen im Gutachten, zur Zählung nicht verpflichtet, wenn ihnen dies aus »gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen nicht zugemutet werden« kann. Geulen: »Wer eine Tätigkeit mit subjektiv guten Gründen für verfassungswidrig hält, dem kann die Durchführung dieser Tätigkeit 'nicht zugemutet werden'.«

Viele der Zähler hoffen nun, daß ihnen ein Rückzug zu einem so späten Zeitpunkt gelingt, daß nur schwer Ersatz beschafft werden kann. In Hamburg müßten demnach mehr als 2.000 Zähler nach den Schulungen einen Rückzieher machen, damit die Rechnung aufgeht und »die auf dem Schlauch stehen«: Geworben wurden 13.000 Leute, gebraucht werden rund 11.000. Trotzdem bleibt das Motto der Boykott-Zähler: »Es muß knirschen und krachen.«

Besser wäre es natürlich, die Staatsmacht zeigte sich bei soviel Protest einsichtig. Doch die hohen Herren sind zerstritten. Einig sind sich nur alle, die in Innenressorts sitzen: Zimmermann (CSU) will die Volkszählung so unbedingt wie NRW-Schnoor (SPD). Der Hamburger Pawelczyk (SPD) so dringend wie der Bayer Hillermeier (CSU). Und ihr rheinland-pfälzischer Kollege Böckmann will sogar Polizisten als Zähler einsetzen. Diese Herren, die über Polizei und Verfassungsschutz gebieten, die über Asylrecht und Datenschutz befinden, die Melderegister unter sich haben und Ausländern den Aufenthalt genehmigen dürfen, sie wollen die Daten haben, und zwar so bald wie möglich und so komplett wie möglich.

Oder sollte es ein Zufall sein, daß das Auswertungsergebnis genau zu dem Zeitpunkt vorliegen wird, zu dem es die neuen, fälschungssicheren Personalausweise geben soll? Oder ist es Zufall, daß wir nach Quadratmetern der Wohnung gefragt werden, wo doch 12 Quadratmeter Mindestfläche pro Person vorhanden sein müssen, um als Ausländer den weiteren Aufenthalt genehmigt zu bekommen? Oder ist es Zufall, daß die Behörden »Kopfgelder« für aufgespürte, nicht gemeldete Ausländer zahlen, wenn gleichzeitig das Asylrecht verschärft wird? Oder ist es Zufall, daß danach gefragt wird, womit wir hauptsächlich unseren Lebensunterhalt verdienen, wenn gleichzeitig Wohngemeinschaften einen »Haushaltungsvorstand« haben sollen, der den gemeinsamen Wohnungs-Bogen ausfüllt?

Die Daten dienen nur statistischen Zwecken. Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczyk (»Knallfons«) zur »Bild-Zeitung«: »Wenn durch die Volkszählung rauskommt, daß jemand staatliche Leistungen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen kassiert hat, verlangen wir nicht, daß er das Geld zurückzahlt. Dies wird aber nicht für die Zukunft hingenommen.« Vielen Dank für so viel Deutlichkeit. Auch Constantin Freiherr von Heereman, Bauernführer und neuerdings CDU-Bundestagsabgeordneter, sei Dank für seine offenen Worte: »Wir werden all denen auf die Finger klopfen, die unseren freiheitlichen Rechtsstaat zerstören wollen.« Im Gegensatz zu den Grünen, die (zwar spät, aber dann doch noch) einen

»Volksaufstand gegen die Volkszählung« wollten, ist Heereman der Auffassung, »daß wir sie brauchen, um festzustellen, wo die Feinde unserer freiheitlichen Demokratie stecken.«

Konkret 04/83, S. 26

Otto Köhler

Wahre Breuel-Märchen

In Niedersachsen gibt es eine Ministerin, die vom Staat nichts hält. Privatisierung heißt ihre Zauberformel. Jetzt gelang ihr ein neues Kabinettstück: Die Daten der Volkszählung soll eine Privatfirma auswerten.

Pünktlich zur März-Super-Wende publizierte eine hanseatische Millionärstochter Selbstgedachtes zur jetzt überfälligen »Beseitigung von tabuisierten wirtschafts- und sozialpolitischen Mißständen«. Dies: »Es ist zweifellos folgerichtig, wenn jemand auf den Bau eines privaten Schwimmbades verzichtet, weil gleich nebenan ein öffentliches Schwimmbad gebaut wird. Dieses Vorgehen unterscheidet sich allenfalls graduell, aber nicht prinzipiell, von der Verhaltensweise eines von baldiger Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmers, der durch möglichst viele Überstunden und Zuschläge sein Arbeitslosengeld nicht 'aufbessern' will.«

Mit solch schädlichen Folgen des Sozialstaates will Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel in ihren frisch erschienenen »Perspektiven des Aufbruchs« radikal aufräumen. Jeder Millionär, jeder Arbeitslose soll im eigenen Swimmingpool plantschen und nicht durch ausschweifende Überstunden sein Stempelgeld hochmanipulieren. Frau Birgit weiß und will es nicht anders. Denn die CDU-Wirtschaftsführerin ist eine legitime Tochter des Hamburger Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., und sie blieb auch - Ministeramt hin, Ministeramt her - Kommanditistin des hochangesehenen Unternehmens. Sie war auch dabei, als bei den Wahlen 1980 ihr Papa Alwyn Münchmeyer in seiner Villa den damaligen Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß zu einem Benefiz-Stelldichein mit Hamburgs Unternehmer-Creme lud. 48 Jahre zuvor hatte Bankier Kurt von Schröder ein ähnliches Treffen für Adolf Hitler veranstaltet, das sich als sehr erfolgreich erwies. Dieser Schröder kam aus dem Hamburger Bankhaus Schröder & Co., mit dem Vater Münchmeyer fusionierte.

Tochter Birgit kann da natürlich nichts für. Doch in ihrem ersten Buch von 1976 »Es gibt kein Butterbrot umsonst« (160 Seiten, 8,80 Mark - bei Abnahme von 5000 Exemplaren jedoch nur 2,20 pro Stück) ging sie mit wachem Sinn für Geschichte der Frage nach, »Woher wir kommen...«. Und unter der Überschrift »Weichenstellung damals« entdeckte sie - was KONKRET-Leser wissen -, daß ihr Polit-Idol Ludwig Erhard im Auftrag des NS-Massenmörders und SS-Wirtschaftsführers Otto Ohlendorf schon 1944 die Währungsreform vorbereitete, um die Kriegsfinanzierungskosten von der Industrie aufs Volk umzuverteilen. Bei Birgit Breuel liest es sich allerdings diskreter als in KONKRET (2/1983): Erhard und andere hatten »schon zum teil im Krieg mit der Entwicklung einer Alternative zur zentralen Planwirtschaft begonnen.«

Die Alternative heißt Soziale Marktwirtschaft, und man kann Birgit Breuel bestimmt nicht nachsagen, daß sie in jedem Fall die soziale Komponente dieser profitablen Einrichtung vernachlässigte. Da ist der Sozialfall des begnadeten Mißmanagers Carl H. Hahn, dem Parteifreundin Breuel zuerst für viele Steuermillionen ein »Institut für Kautschuktechnologie« bescherte und dann den VW-Vorstandsvorsitz. Auch dem Stahl-Pleitier Willy Korf warf sie Steuer-Millionen nach. Zum Ausgleich bittet sie ausgesuchte Ölkonzerne weit weniger an die Steuerkasse, als es nach dem Gesetz nötig und geboten wäre - die Bankierstochter ist Schutzpatronin für Windfallprofits aller Art. So nennt man die saftigen Sondergewinne, die Öl-Multis dadurch erzielen, daß sie Niedersachsen Öl für sich weit billiger als zum Weltmarkt-Preis aus dem Boden holen. Nach dem Bundesgesetz könnte die Ministerin diese Sonderprofite mit 40 Prozent besteuern - sie verlangte nur 22, schließlich 28 Prozent und schenkte damit den Multis Milliarden. Doch die Proteste in Bund und Land gegen so viel Gemeinsinn mit den Konzernen sind unbegründet. Damit alles korrekt zugeht, hat sich Birgit Breuel für den richtigen Umgang mit den Windfallprofits einen Berater engagiert, der sich auskennt: Johannes E. Welbergen, den pensionierten Chef der Deutschen Shell, die die dicksten Profite aus Niedersachsens Erde holt.

So gefällig ist die Dame auch gegenüber den Herren der Atomenergie. Denn es ist nicht nur milieubedingt, sondern entspricht tiefer Überzeugung, wenn Birgit Breuel in deren Dienst auch zum Mittel der Nötigung greift. Falls Hamburg Brokdorf ablehne, so erklärte sie 1981, bekomme es keinen Standort in Niedersachsen für ein Kohlekraftwerk. Wenn es aber das Atomkraftwerk mitbaue, könne man auch über weitere Standorte reden.

Reibungslos - wie geschmiert - funktioniert die Ministerin in Geschäftsinteressen von Parteifreunden. Um deren Werbeetats zu entlasten, verschickt sie - wie am 9. Juli 1981 - auch schon mal amtliche Briefe an die Kommunen Niedersachsens, in denen es heißt: »Zu der Frage der Kosten und Anschlußgebühren bei einer Verkabelung durch andere als die Post, z.B. die PKK, wird Ihnen die PKK direkt Unterlagen zusenden. Sie hat darauf hingewiesen, daß ihre Anschlußgebühren niedriger als die der Deutschen Bundespost seien.« Diese warm empfohlene PKK ist die »Projektgesellschaft für Kabel-Kommunikation m.b.H.«, gegründet von einem gewissen Christian Schwarz-Schilling.

Daß der sich schon bei der kleinen Oktober-Wende im letzten Jahr kurzerhand zum Postminister machen ließ, muß auch einer geübten Parteigängerin jeglicher Privatwirtschaft Bewunderung abnötigen. Tatsächlich hat sich Birgit Breuel schon

immer energisch für die Kommerzialisierung öffentlicher Dienste eingesetzt. Sie nennt das Privatisierung und fordert in ihren neuen »Perspektiven des Aufbruchs« auch die entschiedene Begrenzung des »Fernmeldemonopols der Post«.

Doch jetzt hat sich die Heilige Jungfrau der Privatisierung bei ihren nicht immer sehr keuschen Beziehungen zur Privatwirtschaft etwas ganz Perverses ausgedacht. Niedersachsen soll auf Anregung ihres Ministeriums das einzige Bundesland sein, das die kompletten Bögen der Volksausfragung mit Name, Adresse und Telefon-Nummer der Ausgeforschten und mit allen persönlichen Daten an eine Privatfirma ausliefert und dafür auch noch mit den Steuergeldern der Betroffenen bezahlt. Angeblich geht es dabei »nur« - wie es heißt - um die Verschlüsselung bestimmter Daten, damit die Ausforschungsbögen in den Computer eingegeben werden können. Doch die angeblich öffentlichen Ausschreibungsbedingungen für die Privat-Firmen, die diese delikate Aufgabe übernehmen, sind streng geheim. Sowohl das für die Volkszählung zuständige niedersächsische Verwaltungsamt als auch das Wirtschaftsministerium der Birgit Breuel weigern sich hartnäckig, die Ausschreibungsbedingungen an die Presse herauszugeben. Eine öffentliche Kontrolle dieses Privatgeschäfts mit den persönlichen Daten wird damit sabotiert. Und das kann Folgen haben. Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz sind bekannt dafür, daß sie zur Tarnung ihrer Untergrundarbeit Scheinfirmen gründen. Niemand ist davor sicher, daß solch ein Unternehmen bei der Ausschreibung den Zuschlag bekommt und sich damit - ohne Umweg - den sofortigen und unmittelbaren Zugriff auf unsere Daten sichert. Aber auch wenn ds Gerücht stimmt, daß die von jedermann zu mietende Leiharbeitsfirma Adia Interim das günstigste Angebot machte und damit am 31. März den Zuschlag bekommt - wer weiß schon, aus welchen Leuten sich das wechselnde Personal dieser Arbeitshandels-Firma zusammensetzt?

Dem Bürger, der so von der Ministerin per Privatisierung an jegliche Schnüffelbürokratie ausgeliefert wird, hilft nur eines: Sich zu Herzen zu nehmen, was Birgit Breuel in völlig anderem Zusammenhang mal geschrieben hat: »Die Bürger richten ihre Intelligenz, ihre Innovationsfähigkeit, ihren Erfindungsgeist darauf, diese Bürokratie zu unterlaufen. Sie verwenden also ihre Energie darauf, sich gegen ein überwucherndes System zu behaupten...«

Konkret 04/83, S. 28

Wilhelm Schlosser

Der Tag wird kommen

Indien, die größte Demokratie der Welt, ist wieder in die Schlagzeilen geraten. Der eine Grund sind die furchtbaren Massaker in Assam mit Tausenden von Toten und Hunderttausenden von Flüchtlingen. Der andere ist die spektakuläre Verfilmung des Lebens von Mahatma Ghandi, dem legendären Führer des asiatischen Landes. KONKRET untersucht die politische Situation in dem Vielvölkerstaat, die Zukunft Indira Ghandis und die wachsenden Chancen der marxistischen Partei.

Assam war noch nicht ausgestanden und ein Ende des Blutvergießens dort noch gar nicht abzusehen, als es in Goa losging: Wieder solch ein »Aufruhr aus heiterem Himmel«, wie die indischen Zeitungen zu melden pflegen.

Aus heiterem Himmel?

Einheimische Goanesen rotteten sich in Gruppen zusammen, überfielen die Elendsquartiere der zugewanderten Arbeiter aus Karnataka, brannten die Hütten nieder, schlugen Männer, Frauen und Kinder zusammen. Tausende von Kannadigas flüchteten heim in den Nachbarstaat Karnataka.

Den Krawallen zugrunde lag auch diesmal, das ist ja bekannt aus Indien, eine wachsende Zuwanderung von »foreigners« - von Fremden, Ausländern. Als Indien 1961 in das damals portugiesische Goa einmarschierte, lebten dort nur einige hundert Kannadigas und andere Südinder. Heute machen sie 20 Prozent der Bevölkerung aus.

Jeder Absatz in einem Bericht über Indien läßt sich mit den Wörtern »im Prinzip« beginnen. Im Prinzip hat jeder Inder das von der Verfassung garantierte Recht, sich innerhalb der Republik an einem Ort seiner Wahl niederzulassen. Im Prinzip gibt es also das, was die Goanesen als »Fremde« bezeichnen, gar nicht. Im Prinzip gibt es auch keine »Ausländer« in Assam.

Die Realität, demonstriert am Beispiel Goa: Die Kannadigas sind von Arbeitsvermittlern aus dem unterentwickelten und verarmten Nachbarstaat herbeigekarrt worden. Sie arbeiten zu extrem niedrigen Löhnen im Hoch- und Tiefbau, im Hafen und in den Erzminen. Unter unglaublich schlechten Bedingungen vegetieren sie in Slums am Rande der Städte vor sich hin. Keiner der Vermittler, an die die Arbeitssklaven immer einen Teil ihres Lohnes zahlen müssen, hat sich je um Unterkünfte gekümmert. Keiner wird von der Regierung auch je dazu gezwungen.

Goa ist ein - für indische Verhältnisse - prosperierendes Gebiet. Goanesen, in der Regel gewerkschaftlich organisiert, fordern gesetzliche Mindestlöhne, bevor sie einen Job annehmen, während die Kannadigas, unorganisiert und in Not, billig und willig sind. Die Arbeiter aus Goa und Karnataka können über ihre Probleme nicht einmal miteinander diskutieren, ohne auf die Fremdsprache Englisch zurückgreifen zu müssen. Deshalb fällt es beiden schwer, den anderen als Landsmann zu akzeptieren - eine Situation, die typisch ist für ein Land, in dem mindestens 40 Sprachen gesprochen werden.

Die Indische Union bedeckt einen halben Kontinent, in dem die Völker so verschieden voneinander sind wie in Europa die Skandinavier von den Griechen. Für viele Inder ist die Hauptstadt New-Delhi so fern wie Moskau für die Bewohner der westfranzösischen Stadt Brest. Staaten vergleichbarer Größenordnung sind auf der Erde nur noch China, die Sowjetunion und die USA - Nationen, in denen jeweils eine Sprache dominiert.

Verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation in einer der indischen Regionen, so verstärkt sich jedesmal der Ruf nach Abschottung vom restlichen Indien: »Assam den Assamesen«, »Pandschab den Sikhs«, »Tamil Nadu den Tamilen«, »Bombay den Marathen«, »Andhra den Telenganern«, »Goa den Goanesen«.

Auf dem Papier müßte das alles viel besser funktionieren. Indien hat sich 1950, zweieinhalb Jahre nach Ausrufung der Unabhängigkeit, hoffnungsfroh zur demokratischen Republik erklärt. Die Verfassung von damals ist bis heute gültig. Experimenten mit immer neuen Verfassungs- und Regierungsformen, in die sich Nachbarländer wie Pakistan und Bangladesh stürzten, ist Indien aus dem Wege gegangen. Es bleibt - mit über 700 Millionen Einwohnern - »die größte Demokratie der Welt«.

Unfair wäre es, diesen Begriff nur mit höhnischem Unterton auszusprechen. Es ist keineswegs bewiesen, daß ein anderes Regierungssystem erfolgreicher gewesen wäre. Die vielen autoritären, parlamentarisch unkontrollierten Regierungen in anderen Teilen der Dritten Welt sind vom hehren Ziel der Gleichheit, Brüderlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit oft noch weiter entfernt als die Inder.

Aber - Demokratie hin, Demokratie her - die Zweifel wachsen, ob das »Westminster-Modell« angesichts wachsender wirtschaftlicher und sozialer Probleme und angesichts zunehmender ethnischer Spannungen auch in Zukunft noch funktionsfähig sein wird.

Seit 1950 ist das indische Zentral-Parlament siebenmal gewählt worden. Im Laufe der Jahre bildete sich ein Mehrparteiensystem heraus, in dem die Kongreß-Partei dominiert. Sie hat mit Ausnahme der Jahre zwischen 1977 und 1979 stets die Zentralregierung in New-Delhi gestellt. Sie regiert heute auch in 16 der 22 Bundesstaaten, die mit den westdeutschen Bundesländern verglichen werden können.

Diese Vorherrschaft ist auf die Führungsrolle der Partei im Unabhängigkeitskampf gegen England, auf die 17 Jahre unter der unbestechlichen Führung Jawaharlal Nehrus, aber auch schlicht auf das Mehrheitswahlrecht zurückzuführen. Bei den Wahlen von 1980 errang die Partei Indira Gandhis, der Tochter Nehrus, mit knapp 42 Prozent der Stimmen 69 Prozent der Parlamentssitze, nämlich 351 von 525. Im Falle eines Verhältniswahlrechts hätte sie nur 223 Sitze bekommen, also 128 weniger.

Keine der Oppositionsparteien konnte sich bisher in allen Teilen Indiens durchsetzen. Einige sind nichts anderes als Absplitterungen vom Kongreß. Nur die kommunistischen Parteien haben eine eigenständige, in die zwanziger Jahre zurückreichende Geschichte. Sie sind auch die einzigen Parteien mit einer festgefügten Organisation.

In der letzten Zeit haben sich nun, besonders in den Bundesstaaten an der Peripherie, auf Sprach- und Kulturregionen begrenzte Parteien durchgesetzt. Im südlichen Tamil Nadu sind es die zwei Flügel der »Davidischen Fortschrittspartei« (DMK und AIDMK), in Pandschab ist es die Sikh-Partei »Akali Dal«, in Andhra Pradesh (wo Telugu gesprochen wird) die »Telugu Desham«. In Westbengalen hat die Marxistische Kommunistische Partei inzwischen ebenfalls die Rolle einer Regionalpartei übernommen. Sie genießt Sympathien quer durch alle Kasten und Klassen. Sie wird genauso von Hindus wie von Muslimen gewählt. Die einst nach Peking orientierte, jetzt eher Moskau-Peking-neutrale »Communist Party of India (Marxist)«, abgekürzt CPI (M), ist seit 1977 in Westbengalen an der Regierung und bei den Regionalwahlen 1982 mit großer Mehrheit im Amt bestätigt worden. Bei der Wahl zum Zentral-Parlament 1980 fielen 37 der 41 westbengalischen Sitze an die CPI (M).

Die Kommunisten haben sich in Indien, angesichts der Massenarmut eigentlich erstaunlich, bisher nur an den Rändern etablieren können: in Westbengalen, im kleinen nordöstlichen Bundesstaat Tripura und im südlichen Kerala. Zwar gelang es der Kongreß-Partei 1982, das Volksfrontbündnis - bestehend aus der CPI (M) und der kleineren, von Moskau unterstützten nationalkommunistischen Partei - in Kerala zu erschüttern, aber die marxistische Zitadelle in Kalkutta hielt bisher jeglichem Beschuß stand.

Der entscheidende Grund: In Westbengalen haben die Marxisten eine konsequente Landreform verwirklicht. Im Prinzip gibt es in Indien eine ganze Reihe von Landreformgesetzen. In den meisten Bundesstaaten ist jedoch in der Praxis nichts geschehen. In Bihar zum Beispiel, das an Westbengalen grenzt, wird die Regierung von einer Clique von Großgrundbesitzern kontrolliert, die jede Reform abblockt.

Die Gesetze legen eine Höchstgrenze für den Grundbesitz fest: etwas über neun Hektar, bei bewässertem und besonders fruchtbarem Land weniger. Wer mehr besitzt, muß die überschüssige Fläche an den Staat verkaufen, der den Boden dann an landlose Bauern verteilt. Das ist in Westbengalen in großem Ausmaß geschehen. Der zunächst skeptische Jörg Fischer berichtet in der »Neuen Zürcher Zeitung« nach einem längeren Aufenthalt in Westbengalen: »Jedenfalls treffe ich viele Grundbesitzer, die tatsächlich Land verkauft haben, und keinen, der wesentlich mehr als die erlaubte Fläche besitzt.«

Der Boden wird intensiv bewirtschaftet und erlaubt bei Bewässerung drei bis vier Ernten pro Jahr. Den Bauern geht es, auch nach europäischen Maßstäben, recht gut. Der Strom von Zuwanderern, der sich täglich in die Slums von Kalkutta ergießt, kommt nicht aus den Dörfern des marxistisch regierten Westbengalen, sondern aus den Dörfern des konservativ regierten Nachbarstaates Bihar.

Dort finden sich, wie auch in der fruchtbaren Ganges-Ebene, weit größere landwirtschaftliche Einheiten: 50 bis 100 Hektar je »Landlord« sind keine Seltenheit. Niemand kümmert sich um Reformgesetze. Hier gibt es noch ein in geradezu klassischer Armut lebendes landloses Proletariat, das außerhalb der Erntezeit in anderen Gegenden Indiens Arbeit suchen muß, wenn es nicht verrecken will.

Während sich die Lage in den ländlichen Gebieten Westbengalens langsam bessert, wird sie für die Landarbeiter Bihars immer unerträglicher. Viel ist geschrieben und laut ist gejubelt worden über Indiens »grüne Revolution«, über die Zunahme der Getreideproduktion, etwa in Bihar. Selten ist darauf hingewiesen worden, daß der technische Fortschritt - größere Flächen, größere Dreschmaschinen, größere Traktoren - auch größeres soziales Elend bedeutet. Der Reichtum des Landes wird ausschließlich zugunsten der Reichen umverteilt.

Die marxistische Regierung in Kalkutta hat im Grunde eine »konservative« Politik betrieben, durch die die traditionelle Sozialstruktur auf dem Dorf weniger in Mitleidenschaft gezogen wurde als durch die Politik ihrer reaktionären Gegenspieler in Bihar: Hier verschärft die schnellere Mechanisierung die Arbeitslosigkeit, und es stellt sich die Frage, wieso die sichtbare und noch immer weitergehende Verelendung der Unterschichten nicht längst zu einer revolutionären Explosion geführt hat.

Kein Zweifel: Marxisten sind populär. Ihre Politiker gelten als die integersten Indiens. Chefminister Basu und alle CPI (M)-Abgeordneten liefern -ihre Diäten an die Partei ab, die ihnen - recht bescheidene - Gehälter zahlt. Ihre nachweisbaren Leistungen - die Bodenreform, die Volksspeisungen, die Garantie von Mindestlöhnen und schmalen Altersrenten - sichern der CPI (M) für die voraussehbare Zukunft einen Massenrückhalt auf dem Lande, wo drei Viertel aller Bengalen leben. Westbengalen hat mehr als 50 Millionen Einwohner.

Das erste klassische Beispiel einer erfolgreichen Linkspolitik in Indien ist das »Kerala-Experiment«. In Kerala mit seinen 25 Millionen Menschen wurde schon 1957 zum erstenmal eine kommunistische Regierung gewählt. Seitdem haben marxistisch geführte und von der Kongreß-Partei geführte Regierungen einander mehrfach abgelöst. Die CPI (M) ist seit Jahren Keralas stärkste Partei. 1981 wurde sie, in einem Volksfrontbündnis mit den anderen Kommunisten, von einer Zwölf-Parteien-Koalition (!) unter Führung der Kongreß-Partei ausgetrickst.

Kerala erscheint in den indischen Statistiken immer unter den ärmsten Bundesstaaten: weil es keine Schwerindustrie hat. In der Realität ist Kerala aber jener Bundesstaat, in dem am wenigsten Armut sichtbar wird. In Kerala sind die Unterschiede zwischen Reich und Arm heute am geringsten. Es ist der Staat mit dem höchsten Bildungsniveau. 70 Prozent der Bevölkerung können lesen und schreiben; der indische Durchschnitt liegt bei 36 Prozent. Der Anteil der Arbeiter, die in Gewerkschaften organisiert sind, ist der höchste in Indien, und so verwundert es nicht, daß in Kerala die höchsten Durchschnittslöhne Indiens gezahlt werden. Die Folge ist, daß in jüngster Zeit viele Unternehmer in die Nachbarstaaten »auswandern«, wo sich die Regionalregierungen wenig oder gar nicht um Mindestlöhne, Arbeitszeit, Sicherheit am Arbeitsplatz kümmern. Staatliche Industrien gibt es in Kerala kaum: Die Kongreß-Regierungen in New-Delhi verspüren wenig Lust, das immer wieder marxistisch wählende Ländchen mit großen Projekten auszustatten und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Es ist dies eine Erfahrung, die auch Westbengalen macht: Die Zentralregierung in New-Dehli benachteiligt, wo es eben geht, jene Bundesstaaten, die nicht die Kongreß-Partei wählen.

Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist es den marxistisch regierten Bundesstaaten gelungen, so etwas wie sozialen Frieden zu schaffen - der im übrigen Indien nicht einmal ansatzweise spürbar ist. Wo Linke die Politik bestimmen, gibt es auch keinen Fremdenhaß - nicht einmal in Kalkutta, wo der Zustrom von Biharis nun wirklich gigantische Probleme schafft. Kerala zeichnet sich bis heute durch ein harmonisches Zusammenleben von Hindus, Muslimen und Christen aus. Selbst in der brodelnden »Ausländer«-Diskussion im Bundesstaat Assam haben die Kommunisten eine Ausweisung der Immigranten stets abgelehnt. Sie sind damit viel konsequenter und viel menschlicher als die europäische Linke, die weitgehend bereit war, Verständnis für die armen, »überfremdeten« Assamesen aufzubringen, als die während des letzten Wahlkampfs mehr als 3000 Bengalen abschlachteten.

Premierministerin Indira Gandhi, die mit ihrem ausgeprägten politischen Instinkt die zunehmende»Gefahr von links« wittert, hat die Linkskräfte in der letzten Zeit zur Zielscheibe heftiger Angriffe gemacht. Sie hat sich dabei nicht auf eine Auseinandersetzung mit den Parteiorganisationen beschränkt, sondern gleich die Ideologie frontal angegriffen. »Marxismus ist überholt!« ist ihre neue These. Die indische Presse spekuliert bereits, ob Indira aus innenpolitischen Gründen sogar bereit ist, die recht guten Beziehungen zur Sowjetunion zu opfern.

»Aus innenpolitischen Gründen« heißt: aus Gründen der Machterhaltung. Die noch von den Briten geprägten politischen Eliten und Institutionen, verkörpert in der Dynastie Nehria, verwelken. Der Widerstand gegen den von Indira Gandhi gepflegten Zentralismus äußert sich immer deutlicher, in Wahlen, Protesten, Demonstrationen, Unruhen, Agitationen. Ein neues Kräfteverhältnis zwischen Delhi und den an Selbstbewußtsein gewinnenden Regionen des riesigen Landes entwickelt sich. Das Ancien Regime, das System der zentralistischen Wahlmonarchie, zerbröselt. Ein Wahlsieg wie der in Assam, wo nur zehn Prozent der Wahlberechtigten überhaupt an die Urnen gingen, kann den Niedergang der Kongreß-Partei gewiß nicht aufhalten.

Bisher waren Indira Gandhi und ihre Gefolgsleute davon ausgegangen, daß es einen Ersatz für den Kongreß als eine das ganze Land umfassende Organisation gar nicht gäbe. Plötzlich bieten sich die Linkskräfte als überregionale Alternative an. Deshalb die neue antimarxistische Aggressivität der Premierministerin.

Noch einmal: Die Zeit des Ancien Regime geht mit Indira Gandhi zu Ende. Ihr Sohn Rajiv, den sie als Nachfolger aufzubauen versucht, ist in keiner Weise qualifiziert, die Führungsgeschäfte zu übernehmen, weder heute noch später. Mit einer Explosion, mit einer Revolution - wie 1789 in Frankreich, als schon einmal ein Ancien Regime zu Ende ging, ist nun allerdings nicht zu rechnen. Die verelendeten Volksmassen in Bihar, in Uttar Pradesh, in Andhra Pradesh, in Haryana werden sich nicht erheben und ihre Unterdrücker zum Teufel jagen - jedenfalls nicht in absehbarer Zeit. Zu groß ist die Duldungs- und Leidensfähigkeit dieser weitgehend hinduistisch bestimmten agrarischen Gesellschaft.

Die wichtigste Lehre der Hindu-Religion ist der Glaube an die Wiedergeburt und das Karma. »Karma« bedeutet, daß jeder Mensch sein gegenwärtiges Schicksal durch gute und schlechte Taten in seinem früheren Leben selbst verursacht hat. Er besitzt nur dann Aussicht auf ein besseres Leben nach der nächsten Wiedergeburt und auf die endliche Erlösung aus der Qual immer neuer Lebensabläufe, wenn er die durch sein Karma vorgeschriebenen Pflichten gewissenhaft erfüllt. Das Leben der gläubigen Hindus unterliegt also einer gnadenlosen Vergeltungsmechanik. Sie protestieren einfach nicht gegen ihre Zugehörigkeit zu einer niedrigen Kaste oder zur großen Gruppe der kastenlosen Unberührbaren, weil sie glauben, daß Auflehnung mit einem noch schlimmeren Schicksal bestraft wird. In den Dörfern des zentralen Indiens, im Hindu-Kernland, wo sich das politische Leben in totaler Stagnation befindet, werden fast durchweg nur die reichen Grundbesitzer

gewählt, die sich die Gefolgschaft ihrer Wähler durch patriarchalische Protektion erkaufen können. Diese Ordnung entspricht den Lehnsverhältnissen des europäischen Mittelalters. Im Prinzip soll die Verfassung Indiens eine soziale Demokratie verwirklichen. Eine einigermaßen gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist aber nicht zu realisieren, solange die Kastenstruktur der alten Feudalgesellschaft intakt bleibt.

Dort, wo die Marxisten regieren, wo die Bodenreform wirklich durchgeführt worden ist, gibt es neben den Hindus größere Bevölkerungsgruppen von Muslimen (Westbengalen) oder Christen (Kerala): Menschen also, die Besitzunterschiede nicht »schicksalhaft« empfinden und die sich über soziale Gegensätze erregen können.

Die Erfolge in Westbengalen, durch mehrere freie Wahlen bestätigt, zeigen an, zu welcher Entwicklung es in einer ganzen Reihe von indischen Regionen kommen könnte, wenn dort folgende vier Faktoren zusammentreffen: erstens die katastrophale Vermehrung einer Bevölkerung ohne Existenzgrundlage; zweitens ein hoher Grad von Bildung und intellektuellem Erwachen; drittens Korruption, Unfähigkeit und Uneinigkeit der konservativen Kräfte; viertens tatkräftige konsequente Führungskader der Marxisten.

Bengalen hat schon einmal eine entscheidende Rolle in der indischen Geschichte gespielt. Im 19. Jahrhundert brachte dieses Land die ersten Blüten des indischen Nationalismus hervor. Und hier ertönte 1943 - vor den Soldaten seiner Befreiungsarmee - Subhas Chandra Bose's Schlachtruf: »Chalo Delhi!« - »Auf nach Delhi!« Der Tag, an dem dieser Ruf wieder ertönt, wird kommen, und viele von uns werden ihn noch erleben.

Konkret 04/83, S. 38

Susanne Mersmann

Herrschaft

Mehr als hundert Jahre haben Frauen für die Freigabe der Abtreibung gekämpft. Nun soll die Reform des § 218 auf kaltem Wege unterlaufen worden. CDU und CSU wollen die Finanzierung durch die Krankenkassen beschränken.

Soll das ganze Elend von vorn losgehen? Wieder Kardinal Höffner zitieren und Frauenarzt Holzgartner? Die Sprüche von Rita Waschbüsch entmotten und die von Heiner Geißler neu dazumischen? Muß es wirklich sein?

Es sieht ganz so aus. Denn wir sind schon wieder mittendrin in der Debatte um den Abtreibungsparagraphen 218. Und mit der GMW, der geistig-moralischen Wende des Ober-Apostels Helmut Kohl, mit dem Aufbruch in die neue schwarze Zeit, können alle Gegner der Liberalisierung des 218 wieder hoffen. Hoffen auf bessere Zeiten der Frauenunterdrückung.

CSU-Mann Holzgartner hatte die Neuregelung des § 218 mit den Massenmorden der Juden verglichen, CDU-Frau Rita Waschbüsch, ehemals Familienministerin im Saarland, hatte von Holocaust gesprochen, und Kardinal Höffner hatte seinen .Segen gegeben. Die Zeitschrift »Kirche und Leben« des Bistums Münster fand jüngst, daß die Tötung aus rücksichtsloser Selbstsucht (Abtreibung) moralisch noch niedriger anzusetzen« sei »als der Massenmord der Nazis«.

»Liebe deinen Embryo wie dich selbst« stand auf einem der Plakate, das die kaum 500 Demonstranten »Für das Leben« Anfang März in Karlsruhe mitführten. Es waren zumeist Herren mittleren Alters. Sie hatten auch wieder haufenweise Broschüren dabei. Sie sprechen darin von »modernen KZs«, wettern gegen die »stimulierende Sexualerziehung an den Schulen« und bilden die »in Stücke gerissenen« Embryos nach einer Abtreibung ab. Vermutlich wird auch der katholische Pfarrer Pietrek sein Holzkreuz, in dessen Schnittpunkt ein fünf Monate alter in Gießharz eingeschlossener Embryo angebracht ist, wieder herausholen und vor einer »Abtreibungsklinik« fasten und beten.

Bundesfamilienminister Heiner Geißler darf in der Reihe der Demagogen natürlich nicht fehlen. Dem SFB sagte er im Januar: »Wenn eine Frau ein Kind erwartet und sie merkt, nicht wahr, das stört vielleicht den Skiurlaub im April, nicht wahr, das zum Anlaß nehmen, abzutreiben, das halte ich in der Tat für verkehrt.«

In der Tat, das ist es auch. Aber diese Frau sollte uns Herr Geißler doch einmal zeigen. Haben denn die Moralapostel und Besserwisser immer noch nicht begriffen, daß keine Frau einfach »nur so« abtreibt? Hat ihnen die Geschichte des Paragraphen 218 nicht bewiesen, daß Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch für unausweichlich halten, keine Demütigung, keinen Weg und auch keine Gefahr für ihr Leben scheuen? Sollen denn, Herr Geißler, die Kurpfuscher und die Engelmacherinnen wieder Konjunktur bekommen? Oder sollen die Ärzte nur wieder mehr verdienen?

Da lamentieren sie über eine »Reform«, die die kleinste Lösung aller möglichen war. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Fristenlösung verworfen. Die sozialliberale Regierung mußte das Gesetz ändern, straffrei ist die Abtreibung jetzt nur, wenn eine der Indikationen erfüllt ist (medizinische - Gefahr für das Leben der Schwangeren; kriminologische - nach einer Vergewaltigung; eugenische - Gefahr, daß das Kind behindert geboren wird; soziale oder Notlagenindikation). Die Indikation, die Erlaubnis zum Abbruch, muß eine Ärztin oder ein Arzt erteilen. Außerdem muß sich die Frau einer »sozialen Beratung« unterziehen, die derselbe Arzt machen kann, die aber auch in einer anerkannten Beratungsstelle, etwa bei der »Pro Familia«, stattfinden kann. Diese Zwangsberatung soll nicht nur über Hilfen aufklären, sie dient in einigen Bundesländern ausdrücklich »dem Schutz des ungeborenen Lebens« und »soll die Schwangere in die Lage versetzen, ihre Not- und Konfliktlage zu bewältigen und ihr die Fortsetzung der Schwangerschaft ermöglichen« (Ausführungsbestimmungen Baden-Württemberg).

Bevor die Frau ihre beiden Persilscheine für den Abbruch erhält, soll ihr also erst einmal Angst gemacht werden. Denn einen Rechtsanspruch auf den Abbruch einer Schwangerschaft gibt es nicht. Die »Pro Familia« spricht von einem »blühenden Abbruch-Tourismus« innerhalb der Bundesrepublik. Die Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen müßten Frauen aus Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Niedersachsen aufnehmen, weil es dort keine Möglichkeit zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch gäbe. In Bayern zum Beispiel werden Frauen meist acht Tage im Krankenhaus behalten. Und es ist oft schwierig genug, dort überhaupt ein Krankenhausbett zu finden, denn der Arzt, der den Abbruch ausführt, kann erneut die Indikation prüfen. Renate Sadrozinski vom Familienplanungszentrum in Hamburg: »Vor dem Abbruch. muß die Frau also zwei oder drei wildfremden Menschen ihre Konfliktsituation und ihre Lebensgeschichte schildern. Wer mag das schon gern.« Weil Frauen immer noch der Gnade des Arztes ausgeliefert sind, der die »Erlaubnis« erteilt, kann das Beratungsgespräch überhaupt nicht angstfrei verlaufen. »Meine Freundin sagte mir, ich soll anfangen zu weinen, dann werden Sie mir bestimmt glauben«, bekam eine Beraterin im Familienplanungszentrum erst neulich wieder zu hören.

Das sind doch wohl Szenen aus einer Zeit, als viele Frauen Namenslistchen mit Ärzten im Portemonnaie trugen, falls eine Freundin einen Arzt brauchte, »der es macht«. Oder sie selber. Zeiten des Schwarzmarkts.

Daß diese wahrhaft goldenen Zeiten für die Ärzte vorüber sind, haben manche des Standes noch immer nicht so recht verkraften können. Eine 38jährige Juristin bekam kürzlich von ihrem Frauenarzt zu hören: »Sie wissen ja selbst, daß das illegal ist. Aber das kostet was.« Pro Familia: »Neben teils illegalen Praktiken in der Privatbehandlung floriert vor allem südlich der Mainlinie das Geschäft mit Zahlungen, die Ärzte von den Frauen zusätzlich zu den von den Krankenkassen erstatteten Kosten fordern.«

Gerade um die Kosten für die Krankenkassen entzündet sich jetzt der Streit. Innenminister Zimmermann will Beamtinnen die Behörden-Beihilfe streichen und lediglich die medizinische Indikation ausnehmen. Beim Bundesverfassungsgericht ist ein Verfahren anhängig, das klären soll, ob die Mitglieder der Krankenkassen weiterhin Abbrüche nach der sozialen Indikation finanzieren müssen. Angestrengt hat das Verfahren eine Redakteurin des katholischen Blattes »Neue Bildpost«. Das Dortmunder Sozialgericht hatte ihr Recht gegeben und einen Vorlagebeschluß formuliert, der sich - so die »Zeit« - »liest, als sei er von einem Konsortium katholischer Bischöfe verfaßt«.

Die Ex-Regierung fand die Klage nicht zulässig. Der jetzigen kommt sie äußerst gelegen. Denn an das Gesetz selbst will die CDU nicht ran, sondern es »über die Kostenfrage regeln« (Norbert Blüm). Helmut Kohl teilt die »Empörung« der Krankenkassenklägerin. Und für Kardinal Höffner ist die »Zwangsfinanzierung der Abtreibung« ein »Ärgernis«. Die von der Katholischen Kirche in Umlauf gebrachte Zahl von 260 Millionen Mark jährlicher Kosten nennt Renate Sadrozinski, Geschäftsführerin des Hamburger Familienplanungszentrums, eine »demagogische Zahl«. Darin eingerechnet seien alle flankierenden Maßnahmen des Reformgesetzes zum § 218, das heißt jedes Pillenrezept und jede Spirale, jede Beratung über Empfängnisverhütung, Indikationenstellungen, Untersuchungskosten und Sterilisationen.

In das Hamburger Familienplanungszentrum, das wie das Bremer sowohl Beratungen als auch ambulante Abbrüche macht, kommen »rund siebzig Prozent der Frauen immer noch mit Angst« (Sadrozinski). Darunter sind auch gestandene Frauen, wie eine Universitätsassistentin, die bereits zwei erwachsene Kinder hat. Ihre Ärztin in einer norddeutschen Stadt hatte ihr die Indikation verweigert. Die Frau: »Ich hätte nicht gedacht, daß ich mich noch einmal so einschüchtern lassen würde in meinem Leben.«

Wie lange soll es mit den Demütigungen weitergehen? Renate Sadrozinski fordert - wie die meisten Frauen - die Abschaffung des Gängelungsparagraphen 218, denn »die Praxis ändert sich nicht, solange sich die Ärzte nicht ändern, solange sie entscheiden, ob ein Abbruch genehmigt wird.« Um dem nicht ausgeliefert zu sein, gehen immer noch jedes Jahr fast 30.000 Frauen nach Holland.

Schwangerschaftsabbruch ist kein Verhütungsmittel. Aber sein Verbot verhütet keine Abtreibung. In der Bundesrepublik werden, berechnet auf die Bevölkerung, viel weniger Schwangerschaften unterbrochen als in europäischen Nachbarländern oder den USA. Im katholischen Portugal kommen auf eine Geburt vier Abtreibungen. »Mein Bauch gehört mir« ist eine Forderung, die heute so gültig ist wie vor hundert Jahren. Renate Sadrozinski: »Der größte Skandal ist, wenn das Gesetz oder die Finanzierung geändert wird, daß Männer dann wieder völlig aus der Verantwortung entlassen sind.«

Das werden wir Frauen uns nicht gefallen lassen.

Konkret 04/83, S. 40

Michael Schilling

Prophet, Ordnung...

Kann es eine »blocküber greifende Friedensbewegung« geben, wie einige Grüne sie propagieren? Gespräche mit einem Dorfpastor, einem Theologie-Professor, einem Kirchenpräsidenten und einem Friedensprediger lassen Zweifel aufkommen, ob die christliche Friedensbewegung im anderen deutschen Staat wirklich so viel mit der bundesdeutschen gemein hat. Michael Schilling berichtet von einer Reise in die DDR.

Das Kaff heißt Reinkenhagen. Es liegt ein paar Kilometer südlich von Schwerin, gehört zum Bezirk Rostock. Früher nannte man die Gegend Vorpommern. Reinkenhagen hat 1.100 Einwohner, darunter ein Dutzend Katholiken. Bei 600 Einwohnern kann das evangelische Rentamt, das in Grimmen sitzt, Kirchensteuer eintreiben.

Der Pastor heißt Prophet, Dietmar mit Vornamen - das bedeutet »der im Volk Berühmte«. Er ist 36 Jahre alt. Seine Frau, Fachärztin an der Klinik von Greifswald, ist die Tochter kommunistischer Eltern und bis heute nicht konfirmiert. Konformiert auch nicht. Ihre drei Kinder gehen zur Schule.

Der »Herr Pastor« ist im Volk von Reinkenhagen berühmt. Jeder grüßt, winkt ihm zu, spricht ihn an. Obwohl die Gegend seit je als ziemlich heidnisch galt, und erst die Flüchtlinge aus dem Osten die evangelische Gemeinde ein wenig in Schwung gebracht haben. Zum Gottesdienst am Sonntag kommen in der Regel zwanzig Gläubige in die Dorfkirche, es gibt drei oder vier Taufen im Jahr, die Junge Gemeinde trifft sich zu sechst oder acht im Pfarrhaus, und erst bei den Begräbnissen wird das christliche Leben ganz lebendig.

Dietmar Prophet ist parteilos. Er ist kein »christlicher Marxist«, denn ihm fehlt der Glaube, »daß der Mensch die Welt in den Griff bekommen kann«. Aber »eine andere Welt als die, in der die Produktionsmittel den Werktätigen gehören«, kann er sich »nicht mehr vorstellen«, jedenfalls nicht in Reinkenhagen, Bezirk Rostock, DDR.

Ob es einen persönlichen Gott gibt? Die Antwort gerät ihm sehr, sehr lang. Es bleibt die »gute Nachricht«: »Ändert Euern Sinn, damit Friede auf Erden sei.« Und die schlichte Nachricht, daß Pastor Prophet Mitglied im Ausschuß Friedensarbeit der evangelischen Landessynode ist.

Er nennt den Namen so oft, bis man merkt: Dieser Pfarrer gehört zur Kirche des großen Reformators Martin Luther King und predigt die »intelligente Feindesliebe« der Bergpredigt. Und er haßt die Taktierer, die kirchlichen wie die politischen.

Er mag Biermanns Gedichte, doch als er sah, daß die Kommilitonen, die sie sich und ihm vorlasen, sonst kein Interesse für Literatur zeigten, hat ihn das »skeptisch gemacht«. Er hilft den Totalverweigerern, aber als ein Mitglied seiner Jungen Gemeinde ausgelacht wird, weil es »Friedensdienst in der NVA« (Nationale Volksarmee) tun will, protestiert der Pastor. Die Kirche ist Kirche, seinetwegen auch Friedenskirche - sie ist der organisatorische Rahmen zur Verbreitung der »guten Nachricht«, nötig, damit »nicht alles auseinanderfließt«; sie ist nicht Oppositionsersatz.

Dietmar Prophet stammt von der Halbinsel Rügen. Jede Gelegenheit, mit seinem »Trabbi« die 35 Kilometer dorthin zu überwinden, nimmt er wahr. Ich bin eine Gelegenheit. Er zeigt die Freilichtbühne, wo er als jugendlicher Komparse in Kurt Bartels »Störtebecker« mitgespielt hat (noch unter »KuBas« Leitung), er führt zu seinem Caspar David Friedrich-Baum auf den Kreidefelsen. Er erzählt von seinem Vater, der hier Pfarrer war, ein Nazi erst und später ein Hörer der BBC, der den russischen Befreiern dennoch zu spät entgegenging, um anders als mit einem Tritt in den Hintern begrüßt zu werden. Aus den Söhnen dieses Vaters konnte alles werden - ein SED-Mitglied, einer, der in den Westen ging, und ein Pastor. Das sind sie geworden.

Der Pastor hat es wohl am besten getroffen. So frei kann sich keiner seiner Brüder sein Reich gestalten. Wenn er Berliner wäre, könnte er mit Recht sagen: »Mir kann keener« - und so ähnlich sagt ers auch. Das Pfarrhaus mit dem großen baumbestandenen Pfarrgarten birgt gewiß die bestsortierte Biblio- und Discothek der Gemeinde. Beim Taufgespräch mit einer jungen Frau, deren künftige Schwiegereltern sich und ihrem Sohn eine kirchliche Trauung wünschen, erzählt der Pfarrer die Geschichte des Kleinen Prinzen und ein Märchen von Andersen. Ich werde mit Günter de Bruyns Jean Paul-Biographie ins Bett geschickt. Beim Nachfeuern der Zentralheizung pfeift der Pastor das Rondo aus Beethovens D-Dur-Violinkonzert, an der Orgel der Dorfkirche (er hat in den letzten Jahren hunderttausend Mark an ihr und am Pfarrhaus verbauen können) spielt er Bachs Toccata in D-Moll und ein bißchen Händel, am Abend singt er zur Gitarre die »Palästinareise Wilhelms II« von Frank Wedekind: »... seit Wochen freun sich Millionen Christen/ Wie wird von nun an Golgatha sich brüsten/Das einst vernahm das letzte Wort vom Kreuz/Und heute nun das erste deinerseits/Tatü tata ... « Und das Lied von den Diplomaten, die immer nur rüsten wollen, »Menschen gibts dann keine mehr/Überall nur Militär/Ach wie schön ists auf der Welt/Wo man hinspuckt, steht ein Held.«

Als Frank Wedekind vor 65 Jahren starb, hat ihn kein Pfarrer begleitet, schon gar nicht auf der Gitarre.

»Der verrückte Kerl«, sagt Manfred Stolpe, der Konsistorialpräsident der evangelisch/lutherischen Kirche von Berlin-Brandenburg, als er hört, bei wem ich war. Er meint es anerkennend-kritisch, es ist nicht herauszuhören, welche Meinung

überwiegt. Der Jurist Stolpe arbeitet »seit zehn Jahren im Generalstab der Kirche«. Schon äußerlich ein Mann, der jede Vorstandssitzung eines Elektronik-Konzerns zieren würde, liegen ihm die Management-Fragen des kirchlichen Lebens viel näher als dem selbstgestrickten Evangelisten von Reinkenhagen.

Wie war das mit der neuen Friedensbewegung? »Das hat 1980 mit einemmal begonnen. Es waren vor allem Mitglieder der reformierten Kirche Hollands, die auf Touristenvisa zu Friedensmissionsfahrten in die DDR gekommen waren.« Worum geht es der christlichen Friedensbewegung? »Erstens um Wehrdienstverweigerung und um Verweigerung des Ersatzdienstes bei den Bausoldaten. Also christlicher, besonders pietistischer Pazifismus. Zweitens um die Demilitarisierung des gesellschaftlichen Lebens - vom Kriegsspielzeug bis zum Wehrkundeunterricht. Also Frieden als gesellschaftliche Verantwortung und gesellschaftliche Veränderung. Dann kommt lange nichts, und dann drittens die Gesamtzusammenhänge, Atomrüstung und so. Aber das wird nicht ganz ernst genommen.« Warum? »Das liegt an der DDR-Krankheit, nur auf den eigenen Nabel zu sehn. Die Leute hier glauben: Wir haben eigentlich ganz allein den Krieg verloren.« Ruck, zuck, bumm - alles klar? Noch nicht ganz. Also dann: »Wir leben von den Fehlern der Gesellschaft. Honecker glaubt, wenn man den Leuten die genügende Tonnage Papier hinwirft, dann wirkt das schon. Bei der evangelischen Kirche aber kann man sich irgendwie angenommen vorkommen, die kirchlichen Amtsträger genießen ein Urvertrauen. In der evangelischen Jugendarbeit sind weniger als fünfzig Prozent Getaufte.«

Und was ist mit der Jungen Gemeinde in Jena, mit der Friedensgruppe, deren Mitglieder verhaftet und in die Bundesrepublik abgeschoben wurden? Präsident Stolpe ist gewiß kein »Linker« (in der DDR nennt auch die Kirche die SED »links«), aber am liebsten hätte er wohl gesagt: Vergessen Sie's! Noch hält der Staat an den Vereinbarungen zwischen Honecker und Bischof Schönherr vom 6. März 1978 fest. Der Staat lobte die Kirche für ihre Friedensarbeit, die Partner akzeptierten die Formel »Kirche im Sozialismus«; in der Folge hagelte es Genehmigungen für Kirchenbauten in Neubauvierteln. Kirchenleitung und Staatsführung sind in diesen Jahren ganz gut miteinander gefahren. Insbesondere hat die Regierung im engeren Umkreis der Kirche mehr ertragen, als die Staatssicherheits-Polizei sonst erlaubt. Und das haben manche Leute spitzgekriegt. Präsident Stolpe hat es recherchiert: »Die Zahl der Ausreisewilligen überwiegt in der Jenaer Gruppierung.« Es ging dort nicht um Kirche und nicht um Frieden, sondern um den kürzesten Weg über die Grenze. Eine legitime Notlüge. Aber muß denn nach gehabtem Erfolg vor den Kameras von »Report« weitergelogen werden?

»Jena zeigt unsere beschissene Situation«: Ein gut lutherisch Wort des Professors Heinrich Fink, Direktor der Sektion Theologie an der Berliner Humboldt-Universität. In Jena gab es einst ein Institut zur Arisierung des Christentums, die thüringische Landeskirche war eine Hochburg der nazistischen deutschen Christen. Mit dieser Tradition wurde radikal gebrochen, die »bürgerliche Mentalität«, in der evangelischen Kirche sonst noch dominierend, wurde zurückgedrängt - und ausgerechnet dieser thüringischen Kirche werfen die Jenaer Dissidenten vor, sie stehe in der deutsch-christlichen Tradition. Darüber hat sich Fink »wahnsinnig geärgert«. Die auch in der Springer-Presse beliebte Argumentation, daß die Bekämpfung des Faschismus und seiner bürgerlichen Voraussetzungen ein Zeichen »totalitärer« rot = brauner Tradition sei: »Das ist der Deckel zur Bosheit. «

Das »Eigentliche« der Kirche sei die Verkündigung des Evangeliums - die »gute Nachricht« so zu predigen, daß sie eine Lebenshilfe ist, für ein Leben in der DDR. Dabei gibt es drei Schwierigkeiten:

Erstens: »Die Fleischtöpfe der Kirche stehen in der BRD.« Die Haushalte der evangelischen Kirchen in der DDR werden zu 10 bis 60 Prozent von denen in der Bundesrepublik mit Devisen finanziert. Das gesamte kirchliche Sonderbauprogramm lebt davon.

Zweitens: »Nichts, was wir in Sachen Frieden tun, ist ohne Relation zum Westen. Jena ist auch Wahlhilfe für Strauß.« Als sich am 37. Jahrestag der Bombardierung Dresdens, im Februar 1981, in der dortigen Kreuzkirche Christen zum Friedensforum trafen, schwenkten die Kameras der ARD auf das Emblem »Schwerter zu Pflugscharen«, und der Korrespondent Fritz Pleitgen sprach: »Das ist das Zeichen der unabhängigen Friedensbewegung der DDR.« Am Tag darauf war es das schon - am Tag zuvor hatte es kaum jemand beachtet, weil das Motto von der als staatsfromm geltenden »Christlichen Friedenskonferenz« propagiert worden war und alle Schriften der Kirchenleitungen zur Friedensdekade geschmückt hatte.

Drittens: Nur fünf oder sechs Prozent der DDR-Bevölkerung sind aktive Mitglieder christlicher Gemeinden, die schönen großen Kirchen bleiben leer. So mancher Pfarrer fragt sich: Wie krieg ich meine Kirche voll? Und der Reiz ist groß, »alle Opposition auf die Mühlen der Kirche zu leiten«: »Aber die Entertainer-Funktion des Pfarrers ist die große Versuchung des Teufels schlechthin«, sagt der Theologe Fink. Und »die erfolgreichsten Prediger sind die mit der schlechtesten Theologie«.

Als der Sandinist Ernesto Cardenal die DDR besuchte, war er entsetzt über die Provinzialität der christlichen Friedensdiskussion. In Nicaragua müsse das Volk gerade Pflugscharen zu Schwertern umschmieden. Auch Heinrich Fink

hält die Pazifismus-Diskussion für »ein Zeichen, daß wir ganz ungeschichtlich leben«: »Die Vision Schwerter zu Pflugscharen müssen wir gemeinsam mit anderen haben und nicht gegen uns.«

Carl Ordnung ist Methodist und Laienprediger seiner Kirche. Deshalb wurde der einstige Sozialdemokrat anläßlich einer Säuberung aus der Mitgliederliste der SED gestrichen. Jetzt ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sekretariat des Hauptvorstands der CDU und - vor allem - Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR. »Wenn man seit 25 Jahren Friedensarbeit macht und die Reserviertheit der Kirchen kennengelernt hat, wenn man daran denkt, daß 'Friedenspfarrer' ein Schimpfwort war, wenn man an den Beschluß der sächsischen Kirchenleitung von 1952 denkt, wonach Pfarrer nicht in der Friedensbewegung mitmachen durften ... «

Dennoch versteht Carl Ordnung »die jungen Leute sehr gut«. Erstens ist es dem Staat »wenig gelungen, bewußte junge Sozialisten zu erziehen«, und zweitens ist es ja tatsächlich schwer zu verdauen, daß am Ende von 30 Jahren kommunistischer Friedensarbeit die größte atomare Kriegsgefahr entstanden ist. Und auch die staatliche Antwort auf die Frage »Was kannst du für den Frieden tun?« - »Arbeite gut und stärke die DDR«: die »reicht nicht aus«.

Andererseits fehle der kirchlichen Friedensbewegung »die globale Sicht«. Sie erkenne nicht »den Versuch der USA, die DDR jetzt zu destabilisieren«, und den »gewaltigen Druck der westdeutschen Massenmedien«. Weil die Kirche die einzige legale Organisation in der DDR sei, die nicht dem System von Staat und Gesellschaft zugehört, sammle sich in ihr unter dem Stichwort Frieden auch eine »potentielle Konterrevolution«. Denn bis heute »ist es in der Kirche nicht normal, daß man etwas Positives über diese Gesellschaft sagt«.

Hat Präsident Stolpe den Pastor Dietmar Prophet auch deshalb einen »verrückten Kerl« genannt? Daran werde ich denken müssen, wenn es Petra Kelly wieder mal nach einer blockübergreifenden Friedensbewegung verlangt.

Konkret 04/83, S. 42

Wolfhard Klein

Schaltstelle Mainz

Nach Attentaten auf Amerikaner in der Bundesrepublik werden erst Linke gesucht, dann Rechte verhaftet. Alle Fäden laufen in Mainz zusammen.

Am 14. Dezember 1982 wird in der Tiefgarage eines Hochhauses in Eschborn bei Frankfurt eine Bombe entdeckt. Sie kann entschärft werden. Die meisten Mieter des Hauses sind Amerikaner. Am 14. und 15. Dezember werden unter die Fahrersitze von US-Autos in Butzbach, Fechenheim und Darmstadt Bomben mit einem Druckzünder gelegt. Eine wird entdeckt, zwei explodieren und verletzen die Autobesitzer schwer. Terror von rechts.

Die Polizei hatte zuerst nach links ermittelt. Dann bekam sie einen Tip, observierte in Frankfurt das Haus in der Hanauer Landstraße 497 und nahm in einem Appartement drei Neo-Nazis fest. Helge Blasche (41), Dieter Sporleder (22) und Hans Peter Fraas (22). In der Nähe von London wurden die Rechtsextremisten Walther Kexel (21) und Ullrich Tillmann (21) verhaftet. Odfried Hepp aus Achern in Baden entkam. Der 24jährige soll der Anführer der Gruppe sein. Von den Verhafteten sagte einer aus. Die Folge: jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Nazi-Gruppe auch noch wegen verschiedener Anschläge auf amerikanische Siedlungen in Frankfurt und Gießen, gegen Frankfurter Reisebüros und wegen eines Bombenanschlags auf die israelische Fluggesellschaft EI Al in München. Es streiten sich Generalbundesanwalt Rebmann und Innenminister Zimmermann, ob Hepp durch Zimmermanns voreilige Erfolgsmeldungen über die Festnahme gewarnt wurde und deshalb entkommen konnte. Und in den Medien herrscht allgemeines Erstaunen über die »neue Gruppe«, über deren Militanz (in der Frankfurter Wohnung wurde Material für Bomben, in einem Waldgebiet bei Dietzenbach ein Waffendepot gefunden) und auch über ihr konspiratives Vorgehen. Aber alles ist so neu nicht. Das Nazi-Netz hat Schaltstellen. Eine ist in Mainz.

Der Gärtner Curt Müller aus Mainz-Gonsenheim sitzt zur Zeit für 13 Monate in Haft : Er ist seit 1964 in der rechtsradikalen Szene aktiv und hat mehrere Vorstrafen. Ehefrau Ursula und Sohn Harald sind mit dabei. 1974 wurden bei Müller Schußwaffen und Munition sichergestellt. Bei einer anderen Haussuchung fand die Polizei im Labor des Chemie-Studenten Harald Müller 500 Gramm roten Phosphor, verwendbar als Basis für die zehnfache Menge Sprengstoff. Immer wieder wird NS-Propagandamaterial beschlagnahmt, zuletzt im Dezember vergangenen Jahres. Müllers Gärtnerei bleibt Anlaufstelle für militante Rechte. Für den Amerikaner Gary Lauck etwa, Führer der NSDAP/AO, der auf dem Weg zu Müller verhaftet wird. Für Frank Schubert, der über einen längeren Zeitraum in Müllers Gärtnerei wohnte und arbeitete. Schubert erschoß am 24. Dezember 1980 beim Versuch, Waffen zu schmuggeln, zwei Schweizer Grenzbeamte. Dann beging er Selbstmord. Zur gleichen Zeit wie Schubert war Odfried Hepp Gast bei Müller.

Erste Kontakte zur Nazi-Szene bekamen auch zwei weitere der im Februar Verhafteten über die Anlaufstelle Müller in Mainz: Walter Kexel aus Frankfurt und Dieter Sporleder aus Gießen. Sporleder feierte noch im Dezember mit Müller und 80 anderen Rechtsextremisten Wintersonnenwende. Sporleder war Vorsitzender der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD) in Hessen. Kexel war sein Stellvertreter.

Als der Elektriker Kexel im April 1981 unter anderem wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung in Frankfurt vor Gericht stand und zu zwei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt wurde, war Müller im Gerichtssaal. Die Neo-Nazis feierten ihren Kameraden Walter, der sich vor Gericht zum Nationalsozialismus bekannt hatte, mit Heil- und Sieg-Rufen. Curt Müller rief: »Täuscht euch nicht, ihr Demokröten, der Kampf geht weiter.« Als Kexel in England im Haus des britischen Ex-Fallschirmjäger-Majors Ian Souter Clarence festgenommen wurde, war er auf dem Weg, sich besondere Fähigkeiten anzueignen. Der britische Oberst unterhält ein Camp, in dem Rechtsradikale aus verschiedenen Ländern unter dem Kampfgruppennamen »Edelweis« geschult werden. Als ein anderer in U-Haft kam, sagte er zur Polizei: »Mit meiner Verhaftung ist der Zeitpunkt der Abrechnung gekommen. Ich persönlich werde veranlassen, daß sie umgelegt werden.«

Über Mainz laufen auch die Bestrebungen, die militanten Gruppen der Rechten zusammenzuschließen. Im Januar gab es eine Demonstration von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Grünen und Kommunisten gegen das Mainzer Nazi-Nest. Das war erneut Anlaß für rund 100 militante Rechte, sich auf dem Müller-Gelände zu verbarrikadieren. Aus allen Teilen der Republik hatten die Nazi-Gruppen Delegierte geschickt. Von den prominenten deutschen Neo-Nazis waren der Berliner Gruppenführer Michael Pohl und die drei Top-Leute der neuen Rechten, Michael Kühnen, Hamburg, Arndt-Heinz Marx aus Frankfurt und Thomas Brehl aus Fulda dabei. Brehl will seine »Nationalen Aktivisten« mit den Resten von Kühnens »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) zusammenbringen. Arndt Marx, Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann bringt in die neue Organisation die Reste der WSG ein. Marx auf einem Treffen im November 1982 in Frankfurt Harheim: »Wollt ihr den bevorstehenden Kampf selbst unter Aufgabe eurer persönlichen Freiheit, eures Besitzes und eures Lebens fahren, wenn es sein muß, bis zum letzten Atemzug?«

Die drei neuen Führer sind viel unterwegs. Es gab in diesem Jahr gemeinsame Treffen mit jeweils 80 bis 100 Leuten in Mainz, Frankfurt und Hüttenberg. Das jüngste war ein gemeinsames Treffen von ANS, Nationalen Aktivisten und der HNG, der braunen Gefangenenhilfe, in deren Vorstand auch Ursula Müller ist. Zu einem Journalisten sagte Kühnen: »Natürlich wollen wir dieses System beseitigen und einen autoritären Staat errichten. Die politischen Gegner werden wir ausschalten. Wer sich nicht fügt, bekommt eins auf den Kopf.« Und weiter: »Bei uns machen Leute mit, die nichts mehr zu verlieren haben. Wir gehen für unsere Ziele auch in den Tod, wenn es sein muß.«

Kühnen ist eine Schlüsselfigur der militanten Rechten. In der Haft in Celle verfaßte er ein 316-Seiten-Manuskript. Titel: »Die zweite Revolution«. Wohin die geht, sagte er in der Fernsehsendung »Panorama«: Die Hauptaufgabe der rechten Kräfte sei die Bekämpfung des US-Imperialismus. Da schließt sich der Kreis zu den Anschlägen auf Amerikaner, den der Theoretiker den geheimen Kampfgruppen überläßt. Daß sich Kühnen in Hüttenberg von Kexel und Sporleder mit der Bemerkung »das sind Putschisten« distanzierte, ist wohl Taktik. Denn noch im Dezember tagte er mit Sporleder und 80 anderen gemeinsam bei Müller in Mainz.

Militärisch ausgebildete Rechte wie Hepp und Marx, fleißige Organisatoren wie Brehl und zu allem entschlossene Theoretiker wie Kühnen, dazu erfahrene langjährige Koordinatoren mit vielen Helfern wie das Ehepaar Müller - sie bilden ein militantes Neo-Nazi-Netz, daß sich völlig abgeschottet hat. Die Anschläge des vergangenen Jahres sind eher Auftakt als Ende des blutigen Terrors.

Konkret 04/83, S. 45

Peggy Parnass

Fahndung rechts + links

Seit 1970 schreibe ich Gerichtsreportagen. Im Grunde nur, weil ich es nicht mehr ertragen hab zu sehen, wie massenmordende Nazis in der Presse geschont werden. Im Gericht selbst sehe ich dann, daß die Horrorspiele der Justiz die Profis schon lange nicht mehr vom Stuhl reißen. Ich kriege mit, wie Prozesse so gut es ging verschleppt wurden. Kriege mit, wie Angeklagte, die trotz allem vor Gericht landen, für alle Fälle von befreundeten Ärzten haftunfähig geschrieben werden. Kriege mit, wie schwerkranke und invalide Kleinsttäter jahrelang, oft bis zu ihrem dadurch frühzeitigen Tod, in Haft gehalten werden. Eben keine Nazis. Pech für sie.

Die ganze Zeit frage ich mich, warum nie ein Fahndungsplakat mit den Köpfen der Massenmörder irgendwo aushing. Die ganzen Jahre nach dem Krieg - nie ein Plakat oder eine versprochene Belohnung. Dann saß ich immer öfter in Demonstrationsprozessen. Dort wurden die Angeklagten, die nur für verbesserte Zustände hier im Land kämpfen wollten, nicht ganz so höflich behandelt. Es standen auch immer häufiger Strafverteidiger als Angeklagte vor Gericht. Weil sie ihre Arbeit und ihre Mandanten ernstgenommen hatten. Das war in und nach der Zeit der Terrorismushysterie. Damals und seitdem können wir endlich sehen, wer gesucht wird. Ein Gesicht neben dem anderen. In Bahnhofshallen und Behörden, an Flughäfen und beim Zoll, an Grenzstationen und im Finanzamt, in Gerichten und Polizeidienststellen, bei Friseuren und Taxifahrern. Vom Fernsehen und dem hochbezahlten, übereifrigen XY-Zimmermann ganz zu schweigen. Warum hat der denn noch nie nach einem Nazi gefahndet?

Die verschleppten NS-Prozesse werden weiterhin breitgewalzt und plattgetreten. Zeugen werden kaputtgemacht und Nazis verschont. Urteile, daß einem die Tränen in die Augen kommen. Urteile, die niemanden wundem können. Denn kein mörderischer, verbrecherischer, arschkriechender Richter der Nazi-Zeit ist jemals zur Rechenschaft gezogen worden. Ganz im Gegenteil. Sie konnten auch nach dem Krieg ihre Täterschaft fortsetzen, weiter Urteile sprechen, auch unter Adenauer Kommunisten verfolgen und einsperren. Dabei gehörten sie alle einer großen terroristischen Vereinigung an, was ja genügen müßte, um für lange Jahre in den Knast zu wandern. Aber die Sympathisanten dieser Richter waren wohl zu viele und zu stark. Nicht nur innerhalb der Justiz.

Mir wurde immer wieder gesagt: »Laß doch die alten Geschichten ruhen! Das ist doch alles längst vorbei.«

Vorbei? Wenn das wahr wäre, wäre es ja gut. Nur, wir hatten vor zwei Jahren das Massaker auf der Oktoberwiese. Da waren Polizei und Justiz froh, einen Täter zu haben, der in seinem Blut schwamm. Der wurde schnell zum Einzeltäter ernannt.

Bei den jungen Nazis ist es, wie schon bei den alten gehabt: Nie erfährt die Bevölkerung, wie die Gesuchten aussehen. Weil in diesen Fällen von Waffenfunden, Terror und Mord nicht mitgesucht werden soll.

Fahndung hat Methode. Fahndung, die stattfindet, und Fahndung, die nicht stattfindet. Also keine Porträts von alten, keine Porträts von jungen Nazis. Keine Belohnungen als Köder. Sonst würde es vielleicht doch ab und zu zu einer Anzeige kommen.

So, wie vor einigen Jahren in Hamburg alles getan wurde, um den damaligen radikalliberalen Justizsenator Ulrich Klug zu stürzen, wird seit kurzem alles unternommen, die Justizsenatorin Eva Leithäuser loszuwerden. Es wird ihr angelastet, daß sie mit gestatteten Hafturlauben einigen Bankräubern die Flucht erleichterte. Die paar Entlaufenen werden immer aufs Neue gesucht, via Tagespresse, per Foto. Als hinge unser aller Wohl von ihrer Ergreifung ab. Wie der wegen Bankraub verurteilte Musiker Uwe Ackermann zum Beispiel, der sowieso nur noch zwei Jahre zu sitzen gehabt hätte. Auf die Tour sollen die hart erkämpften Lockerungen des Strafvollzugs wieder rückgängig gemacht werden.

Neue Großfahndung des BKA nach mutmaßlichen Terroristen. Elf Frauen- und fünf Männerköpfe. Auch die alle am 18. Februar 1983 in der Tagespresse abgebildet. Einige Tage später, Meldungen von Festnahmen rechter Terroristen, ihren Waffen, internationalen Verbindungen etc. In der gleichen Presse. Kein einziges Foto, obwohl sonst jeder Schmarren seitauf seitab illustriert ist. Ich rufe an. Die Kollegen bedanken sich für den Hinweis. Es sei ihnen selber nicht aufgefallen, sie hätten nur gebracht, was ihnen geliefert wurde.

Im Hamburger Strafjustizgebäude hing mal neben dem üblichen Vielkopfplakat tatsächlich noch eins. Abgebildet waren ne Leiter und ne Knarre. Das war die ganze Suche nach den Karry-Mördern. Die Beamten im Gericht fanden meine Fragen und meinen Plakat-Vergleich absonderlich und nicht zu beantworten.

Vom Landeskriminalamt der Hansestadt gab es die Antwort: »Fragen Sie beim Bundeskriminalamt Wiesbaden nach.« Beim BKA hieß es: »Fahndungsplakate von Rechtsextremisten? Da müssen Sie beim Landeskriminalamt nachfragen.«

Nach wem sucht wohl XY-Zimmermann in diesem Jahr?

Wenn schon niemand von allein auf die Idee kommt, daß was faul ist bei so einer Such-Diskrepanz - ich rede ja nicht erst jetzt davon. Nicht nur in der Presse, auch im Fernsehen hab ich versucht, auf die Rechtslastigkeit unseres Staates, mit Hinweis auf Fahndungsmängel, aufmerksam zu machen. Es geht mir nicht darum, kleine Mitläufer zu hetzen, damit es dann womöglich heißt: »Guckt mal, welche Erfolge wir haben«. Ich möchte die Drahtzieher rankriegen.

Konkret 04/83, S. 46

G□ nter Amendt

Widerstand

Nachdem die Atomr□ stung im Bundestag eine sichere Mehrheit hat, kann die Aufstellung der Raketen am Ende dieses Jahres nur noch au□ erparlamentarisch verhindert werden. Aber wie?

Das Reizwort fiel, als das Wahlergebnis auf der Kippe stand, als die Gewißheit absolut zu werden begann, daß die absolute Mehrheit der Stimmbürger »die Pershing im Garten dem Steuerfahnder im Haus« vorziehen würde. Es entfuhr einem Vertreter der Grünen vor den Kameras des Fernsehens scharf, unversöhnlich und in einem Ton, den die gerade durch Wahlen in ihrer Macht Bestätigten nur als Drohung verstanden haben können: *Widerstand.*

Und während noch Reporter begriffsstutzig herauszufinden versuchten, ob sich eine neue Apo ankündige, hatte sich die Situation schon wieder geändert, ohne daß sich die Lage verbessert hätte. Die Partei der Grünen war zur innerparlamentarischen Opposition geworden. Das Reizwort aber wurde nicht zurückgenommen, die message blieb die gleiche: *Widerstand.*

Von einem Signal über den Fernsehkanal zu sprechen, wäre übertrieben, denn die Frage des Widerstands und seiner Formen muß als Thema der Friedensbewegung nicht erst entdeckt werden. Die abstrakte Gewaltdiskussion aber, wie sie in der Bundesrepublik noch jeder Protestbewegung aufgezwungen wurde - vom Staat als Verfassungs-, von Pazifisten als Glaubensfrage -, hat es in der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, mit der und deren Sprecher sich so viele Angehörige der Friedensbewegung hier identifizieren, nie gegeben. Meine Frage, ob er Pazifist sei, verneint Harry Belafonte, ohne einen Augenblick zu zögern. Auch Martin Luther King habe, wie Belafonte später einmal erzählt, auf eine ähnliche Frage nicht anders geantwortet. Wie er einem Hitler entgegengetreten wäre, wollte man von ihm wissen. »Mit der Waffe in der Hand«, habe er geantwortet.

Auch die 68er Protestbewegung war in ihrer militanten Gewaltlosigkeit nicht pazifistisch. Trotz seiner religiös geprägten Vorstellungen vom Sozialismus war auch Rudi Dutschke kein Pazifist. Keiner der sogenannten Studentenführer war es. Wir waren schon damals mit einer massiven polizeilichen Aufrüstung konfrontiert, die bei der Entwicklung von Aktionsformen immer neue 'flexible Antworten' verlangte. Die 68er Bewegung begann zu zerfallen, als ihre Strategie gezielter und begrenzter Regelverletzungen die Gewalt des Staates immer mehr ignorierte, als Militanz zum Selbstzweck und von Gewaltlosigkeit abgekoppelt wurde.

Heute erreichen Polizeiaktionen nicht selten den Charakter militärischer Einsätze. Um den Widerstand der Friedensbewegung zu brechen, wird der Staat einer Konfrontation nicht ausweichen. Er wird sie suchen, auf allen Ebenen, an allen Fronten, Provokationen eingeschlossen. Tote einkalkuliert.

Das kann nicht ohne Einfluß auf die Formen des Widerstandes bleiben. An der Ausgangslage hat auch das Ergebnis der März-Wahlen nichts geändert. Nur eine Massenbewegung, wie sie dieses Land noch nicht gesehen hat, wird in ihrem Widerstand gegen die NATO-Aufrüstung erfolgreich sein können.

Nicht alle, die vom Widerstand reden, steuern dieses Ziel an. Wohl auch jener Unbekannte nicht, der »Heil Adolf Kohl« an eine Wand des Altonaer Einkaufszentrums sprayte und auf die gegenüberliegende Wand: »1983 CDU - 1933 NSDAP = Krisengewinnler«. Wer sich so »mit Wahlen und so beschäftigt«, wie auch der punkige Grünenwähler, den die »TAZ« zitierte, kommt schnell dahin, immer mehr »Verständnis für die Politik der RAF« zu kriegen.

In dieser Regierung mögen Lügner sitzen und Kriminelle, asozial sind sie alle durch die Regierungsbank, auch mag man den einen unwidersprochen in KONKRET einen Faschisten nennen dürfen und den anderen unter Strafandrohung einen Halbfaschisten, am 6. März aber hat in der Bundesrepublik Deutschland kein faschistisches Regime die Macht ergriffen.

Zugegeben: die äußeren Umstände begünstigen falsche historische Analogien. Ein Wahlverlauf so geschmiert wie nie zuvor, und der Name eines big spenders, der schon einmal in eine »Parteifinanzierungs-Affaire« verwickelt war.

Dennoch ist auch die geflickte Bundesrepublik eine Form indirekter bürgerlicher Demokratie, kein faschistischer Staat. Noch weniger sind Kohls Wähler Faschisten. Sie sind in ihrer Mehrheit nicht einmal Befürworter der Raketenstationierung. Es wäre ein katastrophaler Irrtum der Friedensbewegung, sie für solche zu halten. Wer auf eine Massenbewegung setzt, und worauf sonst soll man setzen?, sollte wenigstens den Versuch machen, auch CDU-Wähler in den Friedenskampf einzubeziehen. Kohls Wahlerfolg als »einen Sieg der Dummheit« zu sehen, geht nur an, wenn man ihn auch als Folge von Verdummung begreift.

Aufklärung bereits ist eine Form des Widerstands, wäre sie es nicht, würde sie nicht behindert. Verweigerung, Boykott und direkte Aktionen sind weitere Formen. Auch der Boykott der Volkszählung ist ein Akt des Widerstands, weil er die Planbarkeit eines Krieges und den Aufbau des sogenannten Zivilschutzes beeinträchtigt.

Neue Formen des Widerstands müssen sich herausbilden - müssen in einer breiten Diskussion herausgebildet werden. Die Ostermärsche '83 sind dazu eine gute Gelegenheit.

Wer aber Aktionen anregt und dabei bewußt in Kauf nimmt, sich in der Friedensbewegung und die Friedensbewegung in der Bevölkerung zu isolieren, arbeitet der Strategie der anderen Seite zu. Das gilt auch für die Überängstlichen, die uns weismachen wollen, der Raketenstop sei umsonst und ohne persönliches Risiko zu haben. Die Militanz der Gewaltlosigkeit liegt in der Radikalität des Bewußtseins und der Kraft der Überzeugung. Die mächtigsten Demonstrationen der antiautoritären Studentenbewegung waren gewaltlos. Sie waren gewaltig, weil sie in diesem Sinne militant waren.

Sich bei einer Sitzblockade von groben Polizistenhänden ohne Gegenwehr wegschleifen zu lassen, kann als ein Akt der Körperverletzung ohnmächtig erlebt werden, aber auch als Demonstration selbstbewußter Überlegenheit. Es kommt darauf an, ob der Schwerpunkt des Bewußtseins in einem erhobenen Kopf oder einem schlaffen Hintern sitzt.

Konkret 04/83, S. 49

Winfried Wolf

Konkret-Extra: Die Weltwirtschaftskrise

»Jubel in Börsen und Unternehmerverbänden« meldete die »Frankfurter Rundschau«, zwei Tage nachdem die Deutschen den »Aufschwung« gewählt haben. Der wäre auch nötig, denn noch nie seit der Weltwirtschaftskrise 1930 war die Massenarbeitslosigkeit so groß wie heute. 35 Millionen Menschen sind in den Industrieländern ohne Arbeit. Doch der Aufschwung wird ausbleiben und die Krise sich weiter verschärfen. KONKRET analysiert, warum die Massenarbeitslosigkeit nicht ab-, sondern zunimmt, warum die Löhne weiter sinken und wie der internationale Bankenkrach vorprogrammiert ist

Auch Helmut Schmidt ahnt die Gefahr. Ende Februar meldete er sich als »Weltwirtschaftsfachmann, nicht als Parteipolitiker«, gleichzeitig in fünf internationalen Zeitungen zu Wort: »Wenn wir die Zeichen der Zeit mißdeuten, werden unsere Kinder diese Rezession mit der Katastrophe der dreißiger Jahre vergleichen ... «

Das Deuten von Zeichen ist angesichts weltweiter Massenarbeitslosigkeit und des drohenden Sturzes in die Depression ebenso angebracht wie verbreitet. Aber alle Erklärungen der Krise, alle Spekulationen über »ein neues 1929«, sind seltsam unzulänglich.

Wenn die kapitalistische Produktion in Zyklen auf immer neue Tiefpunkte zutreibt, dann darf nicht stimmen, was Karl Marx vor über hundert Jahren entdeckte. Dann darf alles und jeder schuld haben an der Krise, nur nicht der Verursacher - das kapitalistische Produktionssystem. Seit den zwanziger Jahren wurde nie die Richtigkeit der Marxschen Überlegungen zur Krise so eindringlich belegt, wie durch die gegenwärtige Rezession. Sie begann mit Überproduktion und sinkenden Gewinnen, als müßten die Unternehmer weltweit Marx' Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate neu beweisen.

Aber Helmut Schmidt sucht die Schuldigen an der Krise immer noch bei den Ölscheichs: »Die zweite exorbitante (Öl-) Preiserhöhung wurde zur entscheidenden Ursache für die tiefe Rezession 1979-1982.« Doch das kann nicht stimmen.

Die neue Weltwirtschaftskrise begann in der zweiten Jahreshälfte 1979 in den USA. 1980 erfaßte sie alle großen westlichen Industrieländer. 1981 geriet der Welthandel ins Stocken, 1982 wurde er rückläufig. Die Wirtschaftskraft aller kapitalistischen Industriestaaten stagniert seit drei Jahren. Fast alle dieser in der OECD zusammengefaßten Länder registrierten einen absoluten Rückgang der industriellen Produktion.

Das Ausmaß der Krise und wer von ihr betroffen ist, zeigt sich am deutlichsten in der gestiegenen Massenarbeitslosigkeit. Heute sind in den Industrieländern mehr Menschen arbeitslos als auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise von 1929-32.

Nach dieser Statistik der OECD hat sich die Arbeitslosenzahl in nur einem Jahrzehnt in den Industrieländern verdreifacht, gegenüber der Rezession von 1974/75 mehr als verdoppelt. 1970/71 wurden in Nordamerika, Japan, Australien und Westeuropa rund 11 Millionen Arbeitslose registriert. 1975, auf dem Höhepunkt der letzten Rezession, waren es rund 16 Millionen. Ende 1982 stieg die Zahl auf 33 Millionen Arbeitslose an und erreichte jetzt im Frühjahr 35 Millionen (siehe Grafik 1).

Diese Statistik umfaßt nur die offiziell gemeldeten Arbeitslosen, und sie berücksichtigt nicht Länder wie die Türkei mit offiziell drei und geschätzten fünf Millionen Arbeitslosen. Nicht berücksichtigt sind auch der gesamte afrikanische Kontinent, Lateinamerika und ein großer Teil des kapitalistischen Asiens - Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit oft noch schneller wuchs als in den Industriezentren.

1980, zu Beginn der Krise, gewann Ronald Reagan seinen Wahlkampf noch mit der Frage: »Geht es Ihnen heute besser als vor vier Jahren?« Das wird nicht wiederholbar sein, denn aus der Unzufriedenheit ist Not geworden. In den USA sind heute über 12 Millionen Arbeitslose registriert. Und diese Zahl gibt nur eine Momentaufnahme wieder, die Anzahl der Betroffenen ist größer. 1982 waren 28 Millionen US-Bürger vorübergehend oder dauerhaft arbeitslos. Dazu kamen sieben Millionen Kurzarbeiter. In einzelnen Industriegebieten erreichte die Arbeitslosigkeit Rekorde. In Youngstown, Ohio, einer der traditionsreichsten Stahl-Städte der USA, stieg die Arbeitslosenquote auf 90 Prozent. Ende 1982 waren die US-Industriekapazitäten durchschnittlich nur zu 65 Prozent ausgelastet, der Stahl-Gigant US-Steel nur zu 47 Prozent. Mit 44.000 Firmenpleiten wurde die größte Bankrott-Welle seit 1930/31 erreicht. Auch wenn von diesem tiefen Stand der Wirtschaft für 1983 ein bescheidenes Wachstum von ein bis drei Prozent prognostiziert wird, bleibt die Massenarbeitslosigkeit.

In Japan wirkte sich die Krise später aus als in den übrigen Ländern der OECD. Die japanische Regierung konnte eine Weile mit expansiver Haushaltspolitik, das heißt mit wachsenden Staatsausgaben, die Konjunktur stützen. Doch dann geriet der Export ins Stocken. Im Oktober 1982 lagen die Ausfuhren um 11,5 Prozent unter dem Vorjahresstand, Japans Autoindustrie mußte in Westeuropa Absatzeinbußen von 25 Prozent hinnehmen. Damit stieß auch die Politik der Staatsverschuldung an Grenzen. Angesichts eines Haushaltsdefizits von 150 Milliarden Mark erklärte die Regierung im Herbst letzten Jahres den »fiskalischen Notstand«, Ministerpräsident Suzuki trat zurück.

Zwar pumpte die neue Regierung unter Nakasone nochmal 20 Milliarden Mark Kredite in die Volkswirtschaft, aber das ist nicht beliebig wiederholbar. Die Staatsschulden betragen inzwischen 900 Milliarden Mark (Bundesrepublik: 300 Milliarden). Das sind 50 Prozent des japanischen Bruttosozialprodukts. Tilgung und Zinszahlungen werden 1983 bereits 20 Prozent der staatlichen Einnahmen verschlingen.

In Westeuropa versuchten die Regierungen in Rom, Paris, London und Bonn mit unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Methoden der Krise zu begegnen, doch die Massenarbeitslosigkeit stieg in allen Ländern. In Italien folgt jedem festen Versprechen, ab sofort einen rigiden Sparkurs zu steuern, immer wieder der »Sündenfall« in eine expansive, die Krise beschönigende Haushaltspolitik. Das Resultat: eine Staatsverschuldung, die letztes Jahr 650 Milliarden Mark oder 66 Prozent des Bruttosozialproduktes erreichte. Trotz dieser Politik und trotz der guten Einnahmen aus dem Tourismus stieg die Arbeitslosenzahl 1982 auf 2,5 Millionen und liegt mit über 11 Prozent hinter Großbritannien und Belgien auf dem dritten Platz in der Europäischen Gemeinschaft. Die Wirtschaftszeitung »Il Mondo« rechnete letztes Jahr die Gewinne und Verluste der 2000 größten Unternehmen aus 1981 gegeneinander auf: Die Verluste überwogen um 6,4 Milliarden Mark.

In Großbritannien war die Regierung Thatcher vor vier Jahren angetreten, mittels einer Roßkur die Wirtschaft wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen. Die damals zweistellige Inflationsrate wurde zum Hauptfeind erklärt, sie sollte mit einer rigiden Sparpolitik bekämpft werden. Das gelang auch teilweise: Ende letzten Jahres lag der Preisanstieg nur noch bei sieben Prozent. Aber weder die Staatsschulden konnten abgebaut werden, noch gab es das versprochene Wachstum. Ende 1982 lag das Niveau der industriellen Produktion nur unwesentlich über dem von 1975, und das wiederum entsprach dem von 1970. Das Geburtsland des Kapitalismus erwirtschaftete zwölf Jahre »Nullwachstum« - zu enormen sozialen Kosten. 3,5 Millionen Menschen wurden arbeitslos. Ein für 1983 vorhergesagtes schwaches Wachstum wird daran nichts ändern. Nach Schätzungen des britischen Unternehmerverbands wird die Arbeitslosigkeit bis 1987 auf über vier Millionen klettern.

Bis zum November 1982 stand die Politik, die Frankreichs sozialistisch geführte Regierung betrieb, im Gegensatz zum Thatcher-Kurs. Mitterrand wollte mit expansiver Haushaltspolitik die Konjunktur wieder in Gang bringen. Die Wochenarbeitszeit wurde auf 39 Stunden verkürzt, das Rentenalter gesenkt, eine Reihe Konzerne wurden gegen hohe Entschädigungen verstaatlicht. Trotz des um knapp ein Drittel vergrößerten Staatshaushalts stagnierte das industrielle Wachstum 1982 bei null bis ein Prozent. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 2,1 Millionen.

Dann gab es Kapitalflucht, einen Investitionsstreik der Unternehmer aus politischen Gründen und schließlich auch einen »Streik« der Hausbesitzer gegen ein neues mildes Mieterschutzgesetz. Da schwenkte im letzten November die Regierung Mitterrand auf »Sparkurs« um. Das Programm sozialer Demontage, das sie vorlegte (Kürzung des Arbeitslosengeldes, Selbstbeteiligung bei Krankenhauskosten), fand den Beifall der Konservativen und hätte, nach »Le Monde«, unter einer Rechts-Regierung einen Generalstreik zur Folge gehabt.

In der Bundesrepublik zerstörte die Krise Illusionen über eine deutsche Sonderrolle. Das Volkseinkommen stagniert bereits seit drei Jahren. 1982 gingen industrielle Produktion um 7,5 Prozent, Investitionen um 8,5 Prozent zurück. Nur 75 Prozent der Industriekapazitäten sind ausgelastet, die Rekordzahl von 15.000 Pleiten wurde erreicht. Mit einer Quote von 10,4 Prozent Arbeitslosigkeit liegt die Bundesrepublik nur noch unwesentlich unter dem EG-Durchschnitt. Für den kommenden Winter wird mit drei Millionen Arbeitslosen gerechnet.

Die vergangenen Krisen hatten den hochindustrialisierten Ländern noch Fluchtwege offengelassen. Neue Absatzmärkte konnten erobert, bestehende erweitert werden - so durch die neue Kaufkraft der OPEC-Länder, so beim Osthandel. Wo Handelskriege nicht ausreichten, wurde auch deren Fortsetzung mit anderen Mitteln vorbereitet (Aufrüstung) und praktiziert (Korea, Vietnam, Falkland, Libanon). Schließlich wurde immer wieder die Nachfrage mittels Ausweitung der Kredite und damit der privaten und öffentlichen Verschuldung angekurbelt. Alle diese Fluchtwege sind nur noch sehr eingeschränkt begehbar.

Ein Großteil des Osthandels basiert auf der wachsenden Verschuldung der RGW*-Staaten bei westlichen Banken. Zwischen 1971 und 1981 kam es in der Handelsbilanz der RGW-Staaten mit den OECD-Ländern zu einem Passivsaldo von 65 Milliarden Dollar, das heißt um diesen Betrag wurden mehr Güter importiert als exportiert. Ende 1981 erreichte die Verschuldung an die kapitalistischen Länder 75 Milliarden Dollar. Das ist absolut gesehen nicht sehr viel. Im Verhältnis zum Handelsvolumen mit dem Westen, zur Zahlungsfähigkeit mit Devisen aus Exporten, ist jedoch die Obergrenze erreicht. 1981 mußten die sechs kleineren RGW-Länder (ohne UdSSR) 8,2 Milliarden Dollar Zins und Tilgung an kapitalistische Banken zahlen. Diese Summe macht 40 Prozent aller ihrer Export-Einnahmen im OECD-Raum aus.

Der drohende Staatsbankrott in Polen 1980/81 war schließlich der Auslöser dafür, daß die West-Banker die Kreditbremse zogen. Vergleichbare Debakel in Rumänien und Jugoslawien bestärkten die Banken in ihrer Zurückhaltung. Dem Anstieg eines nicht-kreditfinanzierten, ausgeglichenen Ost-West-Handels stehen aber die kapitalistische Krise, die mangelnde Konkurrenzfähigkeit vieler Ostwaren auf den Westmärkten und Handelsbeschränkungen im Wege.

Anfang 1983 fiel der Nachfrageschub der erdölexportierenden Länder (OPEC-Staaten) weg. Der von allen »Experten« für völlig unmöglich gehaltene absolute Rückgang des Energieverbrauchs in den industrialisierten Staaten ließ den Ölpreis sinken und das OPEC-Kartell platzen. Binnen zwei Monaten ging der Preis für ein Faß Öl von 34 auf 28 Dollar zurück, nachdem Nicht-OPEC-Länder wie Mexiko und Großbritannien den Kartellpreis unterboten hatten, verabredete Fördermengen nicht eingehalten worden waren und einzelne OPEC-Länder immer größere Rabatte eingeräumt hatten.

Die Handelsbilanzüberschüsse der OPEC-Länder wurden bereits 1982 drastisch abgebaut, ihre Exporteinnahmen gingen um 16 Prozent zurück. Einzelne OPEC-Länder wie Nigeria, Algerien, Iran und Irak gerieten in tiefe innere Krisen. Sie fielen als Absatzgebiete zusätzlicher Westexporte aus. Ihre Krisen bergen zusätzliche Gefahren für die internationalen Finanz-, märkte, die von 1974 bis 1979 mit der Flut der »Öldollars« expandiert hatten.

In einigen Ländern, insbesondere in Frankreich, Großbritannien und den USA, wurden in den letzten Jahren die Rüstungsausgaben massiv gesteigert. Auch Japan setzt seit Ende 1982 auf Aufrüstung. Die Kriege im Libanon und um die Falkland-Inseln brachten den Waffenproduzenten enorme Gewinne. Aber auch diese Form der Nachfragesteigerung kann nicht beliebig ausgeweitet werden. Die Rüstungsausgaben in den staatlichen Haushalten werden zwar auch durch »Umschichtung«, also den Abbau von Sozialleistung, finanziert, darüber hinaus werden sie jedoch mit immer größerer Staatsverschuldung bezahlt. Haushaltsdefizite von annähernd der Größe des gesamten Bonner Etats zwangen die US-Regierung bereits, erste Abstriche beim gigantischen Aufrüstungsprogramm zu machen.

Ob Sparkurs oder kreditfinanzierte Wachstumspolitik: alle industrialisierten Länder erlebten gegenüber der vorangegangenen Rezession einen rasanten Anstieg der staatlichen und privaten Verschuldung. Einige von ihnen (Belgien, Dänemark, Irland, Schweden, Italien, Großbritannien) sind an einer Schwelle angelangt, bei der die trabende Verschuldung zum Galopp in den Staatsbankrott überzugehen droht. Andere (Japan, Niederlande, BRD, USA) nähern sich dieser Schwelle. Die Haushaltsanteile, die die OECD-Länder allein für die Schuldzinsen aufzuwenden haben, liegen inzwischen überall bei zehn Prozent (und mehr) der Einnahmen. In einigen Ländern stellen sie mit 15 oder 20 Prozent den zweitgrößten Haushaltsposten nach den Sozialausgaben dar.**

Die wachsende Verschuldung, die in der Praxis bewirkt, daß die Notenbanken Geld drucken, dem kein gleichwertiges Warenangebot gegenübersteht, war ein wichtiger Motor für das weltweite Ansteigen der Inflationsraten. Dieses wiederum führte zur »Hochzinspolitik«, dem Kampfinstrument vor allem konservativer Regierungen gegen Inflation und Verschuldung. Die Politik der hohen Zinsen erhöht zwar die Profite der Banken und beschleunigt den Umverteilungsprozeß von unten nach oben (»Häuslebauer« können die Zinsen nicht mehr bezahlen, Tausende mittelständischer Unternehmer gehen Jahr für Jahr pleite). Sie trägt jedoch auch zur Verschärfung der Krise bei: Die gestiegenen Zinsen erhöhen die Schuldendienste selbst dann, wenn keine weiteren Kredite aufgenommen werden. Sie zehren, wenn das ausdauernd betrieben wird, auch an den Reserven der Großkonzerne. In der Bundesrepublik lieferten AEG oder die Klöckner-Werke die jüngsten Beispiele dafür.

So sicher wie die Krisen kommen, wiederholen sich auch die Erklärungsversuche, die den »Grund« für die Krise jeweils »außerhalb« des eigenen Systems finden. Die Schuld an der Rezession 1966/67 sollte eine »falsche« Bundesbank-Politik tragen. Für die Krise 1974/75 sollten der »Ölschock« und die Inflation durch den Vietnamkrieg verantwortlich sein. Alle gängigen Erklärungsmuster trafen weder damals noch heute zu. In der gegenwärtigen Krise gab es sogar eine Reihe äußerer Faktoren, die die Industrieländer begünstigten. Seit 1978 sanken die Preise wichtiger Rohstoffe. Für alle EG-Länder verbesserte sich die Exportsituation durch die Aufwertung des Dollars um über 11 Prozent.

Es gibt vielmehr nur *eine* Erklärung der Krise, und die ist im System kapitalistischer Produktion selbst zu suchen, konkret: in der auf Profit basierenden Produktionsweise und im *Sinken der industriellen Profitrate.* Darüber muß mit Lambsdorff oder Strauß niemand streiten. Die beiden verlangen Lohnverzicht, wenn die Gewinne sinken. Es ist paradoxerweise die Arbeiterbewegung, die immer wieder mit unzulänglichen Theorien - Helmut Schmidts »Verwerfungen« auf den Weltmärkten - und entsprechend unzureichenden Lösungsvorschlägen operiert. Schon zu Beginn der vergangenen Rezession spottete der »Spiegel«: »Westdeutschlands Kapitalisten versuchen zwar, den Prozentsatz Gewinn aufzuschlagen, den sie für notwendig halten. Es gelang ihnen jedoch nicht, jenes Gesetz von der tendenziell fallenden Profitrate, das Karl Marx entdeckte und das heute nur Marxisten nicht wahrhaben wollen, aufzuhalten.«

Seither ist die langfristige Tendenz noch eindeutiger geworden: Die industriellen Profite, die die Unternehmer auf eine investierte Einheit Kapital erzielten, haben sich gegenüber den fünfziger Jahren halbiert. Sie sanken von 15 bis 30 Prozent auf fünf bis 15 Prozent (siehe Grafik 2). Hier liegt der Grund für langfristig gesunkene Investitionsraten und damit für die in allen Ländern von Zyklus zu Zyklus abnehmenden Wachstumsraten. Über diesen Trend hinaus kommt es zu kurzfristigem Absinken der Profitrate zu Beginn oder im Verlauf der Krise und - als Startsignal für einen neuen Aufschwung - zur Erholung der Profite am Ende der Krise.

In der bundesdeutschen Industrie gab es 1980 und 1981 einen absoluten Rückgang der Gewinne, nach einer Analyse der Bundesbank um insgesamt 30 Prozent. Die US-Zeitschrift »Fortune« vermeldete in ihrer letzten Liste der »500 größten

Unternehmen« (ohne US-Firmen) für 1981 »den traurigen Rekord von 93 Firmen, die Verluste ausweisen«.

Unter diesen Bedingungen und angesichts fehlender »Fluchtwege« zielt alle Unternehmerpolitik auf die Senkung der Produktionskosten. Da sind die wenig beeinflußbaren Preise für Rohstoffe, Halbfabrikate und neue Maschinen, da spielen aber auch die Pleiten in der Branche und die »Sanierung« des Staatshaushalts, die Umschichtung, eine Rolle. Der entscheidende und beeinflußbare Kostenfaktor ist jedoch der Reallohn (»real« heißt, um den Preisanstieg bereinigt), dessen Summe die Unternehmer durch Senkungen und Entlassungen zu vermindern suchen.

Daß der einzelne Unternehmer somit dazu beiträgt, daß die kaufkräftige Nachfrage sinkt, ändert nicht sein Verhalten. Marx schrieb vor über einem Jahrhundert: »Jeder Kapitalist weiß von seinem Arbeiter, daß er ihm gegenübersteht nicht als Produzent dem Konsumenten und wünscht seinen Konsum, sein Salär, möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich den Arbeiter der *anderen* Kapitalisten als möglichst großen Konsumenten seiner Waren. Aber das Verhältnis jedes Kapitalisten zu seinen Arbeitern ist *das Verhältnis überhaupt von Kapital und Arbeit.«*

Das britische Wirtschaftsblatt »Economist« rechnete Ende letzten Jahres den Unternehmern wichtiger Industrieländer vor, »how to make companies make money« - wie man die Firmen wieder Geld verdienen läßt (siehe Grafik 3, Seite 54).

Die Experten vom »Economist« verglichen den Anteil der Gewinne an den Volkseinkommen der sechziger Jahre mit dem von 1982, berechneten dann, auf welche Höhe die Gewinne steigen müßten, um wieder den Stand von früher zu haben, und machten daraus genaue Vorschläge, um wieviel Prozent die Löhne in den einzelnen Ländern zu senken sind, damit die Profitrate wieder stimmt. Die Empfehlungen liegen zwischen sieben (Japan) und 19 Prozent (Großbritannien). In der Bundesrepublik hält der »Economist« eine Lohnsenkung von 11 Prozent für angemessen, dann gäbe es wieder Wirtschaftswachstum.

Die Klassenpolitik bastelt sich ihre Eckdaten, und sie hat Erfolg. In den USA stimmten die Stahlarbeiter jüngst einer 13prozentigen Reallohnkürzung zu. in der Bundesrepublik sind die Reallöhne in den letzten drei Jahren gesunken. Begleitet von Propaganda-Kampagnen (»Bild am Sonntag«: »86 Prozent der Deutschen sind sich einig: Arbeitsplätze wichtiger als Weihnachtsgeld«) schafften die Prediger des Lohnverzichts einen überwältigenden Wahlsieg.

Der Abbau von Reallöhnen ist aber nur der sichtbare Ausdruck gesteigerter Ausbeutung in Betrieb und Büro. Für die Gewinne ebenso wirkungsvoll ist die Steigerung der Arbeitsintensität. »Immer weniger feiern krank«, jubelte der Kölner »Express«, und die »Frankfurter Allgemeine« formulierte hintersinnig: »In der Rezession sind die Grippe-Viren arbeitslos«. Nach einem zweijährigen Rückgang des Krankenstandes buchten die deutschen Unternehmer 1982 noch mal Gewinn aus 20 Prozent weniger Krankmeldungen. Jetzt werden in einzelnen Betrieben bereits zusätzliche Entlassungen mit dem Hinweis auf den gesunkenen Krankenstand begründet.

Die Verschärfung der Ausbeutung und der bisher geringe Widerstand, den die Gewerkschaften entgegensetzten - zum Beispiel der Tarifvertrag über Lohnkürzung bei Arbed Saarstahl -, läßt die besondere Kapitalfraktion vor Übermut warnen. »Der Rückzug von Positionen und Pfründen muß geordnet verlaufen können«, schrieb die »Wirtschaftswoche« im Dezember und riet den Unternehmern davon ab, »dem einst gefürchteten Giganten (DGB) das Rückrat zu brechen«. Der Gigant erhielt nicht nur an der Saar Prügel. 1982 mußte der DGB erstmals einen massiven Mitgliederschwund hinnehmen - minus 100. 000 Organisierte.

Was seit einem halben Jahr die internationalen Kapital- und Finanzkreise beunruhigt, ist nicht so sehr die allgemeine Krise. Mit der läßt sich's unterm Strich ganz gut leben, die Massenarbeitslosigkeit zeigt positive Wirkungen. Die neue Angstvision heißt »Bankenkrach«. Der »Economist«, wohl das einflußreichste Wirtschaftsblatt Europas, ließ vor sechs Monaten in einer Titelgeschichte lediglich offen, in welchem Jahr dieses Jahrzehnts der große Krach kommt: »The Crash in 198?« lautete die Titelzeile.

Als dann am 25. Januar die Konferenz der OPEC-Länder in Genf platzte und der Ölpreis absackte, war sich die Finanzwelt nicht ganz einig über die Folgen. Der »Economist« gab erst einmal Entwarnung und schrieb: »Cheaper oil makes us strong«. Die Börse an der Wall Street war nicht der Meinung, daß »billigeres Öl uns stark macht«. Mit der Nachricht aus Genf setzten heftige Angstverkäufe ein, die Kurse fielen. Die aktiven Kurse sanken laut Dow Jones Index um 15 Punkte und markierten damit den größten Einbruch seit Monaten.

Warum ein abstürzender Ölpreis einen Bankenkrach nach sich ziehen kann , zeigt ein Blick auf die Grundlagen der internationalen Finanzkrise. Ober eineinhalb Jahrzehnte hinweg wurde versucht, mit Krediten das Aufbrechen einer scharfen Wirtschaftskrise hinauszuzögern. Das gilt für alle an der Wirtschaft Beteiligten.

Staaten und Regierungen finanzierten ihre Importe und besonders ihre seit 1973 sprunghaft gestiegenen »Ölrechnungen« mit Milliarden-Krediten. Konzerne wie Chrysler, Massey-Ferguson oder AEG versuchten, auf Pump ihre ins Ungleichgewicht geratenen Bilanzen zu verschönern oder die Neuinvestitionen zu finanzieren, die die Konkurrenz ihnen aufzwang. Schließlich haben weltweit Millionen Lohnabhängige, deren Einkommen seit Mitte der siebziger Jahre stagnierte oder zurückging, ihren Lebensstandard durch Hypotheken und Ratenkäufe zu verteidigen versucht.

Diese Finanzierungmethode kann weder von privaten Haushalten noch von Ländern oder Unternehmern beliebig fortgesetzt werden. Das Ende der Verschuldung ist erreicht, wenn die Zahlungen für Zins und Tilgung den größten Teil der realen Einkommen (Löhne, Exporteinnahmen, Gewinne) auffressen oder diese gar übersteigen. Dann dienen neue Kredite nur noch zur Finanzierung alter Kreditkosten. Einigen Beispiele zur aktuellen Verschuldungslage:

In Lateinamerika stehen 1983 mindestens drei Länder am Rand des Staatsbankrotts: Brasilien, Mexiko und Argentinien. Insgesamt hat sich die Summe, mit der die lateinamerikanischen Staaten bei den internationalen Banken verschuldet sind, in nur drei Jahren verdoppelt. 1979 waren es noch 170 Milliarden Dollar, Anfang 1983 sind es 320 Milliarden. Diese Summe macht 40 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts aller lateinamerikanischen Länder aus oder das Dreifache des devisenbringenden Exports. Der Schuldendienst hierfür beträgt jährlich bereits 50 Prozent aller Exporterlöse.

Das »Ölland« Mexiko und das »Wirtschaftswunderland« Brasilien weisen jedes für sich eine größere Auslandsverschuldung aus als alle Ostblock-Länder zusammen. Oder: jedes kann das Dreifache der Schulden Polens vorweisen (Brasilien: 89 Milliarden Dollar, Mexiko: 80 Milliarden Dollar, RGW-Länder: knapp 80 Milliarden Dollar; jeweils Ende 1982) Vor drei Monaten konnten beide Länder ihren Schuldendienst nicht mehr bezahlen und mußten beim Weltwährungsfond (IWF) um Hilfe bitten. Brasilien benötigt 1983 rund zehn Milliarden Dollar neue Kredite, wenn der Zusammenbruch verhindert werden soll.

Argentinien hatte 1982 Auslandsschulden in Höhe von 43 Milliarden Dollar. 1980 mußte es bereits 125 Prozent seiner Exporterlöse für den Schuldendienst aufbringen, das heißt mit neuen Krediten die alten finanzieren. Der Falkland-Krieg führte zur faktischen Zahlungsunfähigkeit des Landes und zur Intervention des IWF. In der Silvesternacht 1982 gewährten die Banken einen neuen »Überbrückungskredit« von 1,1 Milliarden Dollar und sagten für das laufende Jahr weitere 1,5 Milliarden zu.

Länder wie Peru, Polen, Rumänien, Sudan oder Zaire waren 1982 ebenfalls Umschuldungskandidaten, auch sie mußten die Schuldendienste kreditfinanzieren. Aber die Beträge sind jeweils nicht so gewichtig. Ihre Brisanz liegt in der Aufaddierung und Verbindung mit den genannten Großschuldnern.

Zur Zahlungsunfähigkeit einzelner Länder kommt die Zahlungsunfähigkeit einer wachsenden Zahl von Konzernen, deren Gläubiger oft dieselben Banken sind wie die der bankrotten Länder. Internationale Großschuldner sind zum Beispiel der kanadische Energiemulti Dome Petroleum (7,4 Milliarden Dollar), die Landmaschinenhersteller Massey-Ferguson und International Harvester (4,2 Milliarden), der größte mexikanische Konzern Grupo Industrial Alpha (2 Milliarden), die spanische Unternehmensgruppe Union Explosivos Rio Tinto/ERT (eine Milliarde kurzfristiger Schulden) oder AEG (2,8 Milliarden Dollar Schulden weltweit).

Unter diesen Bedingungen ist klar, wie es zu einem internationalen Bankenkrach kommen könnte: Eine Großbank oder eine Reihe mittelgroßer Banken, bei denen sich verschiedene Einzelrisiken zu einem sogenannten Klumpenrisiko gehäuft haben, werden durch den zusätzlichen Ausfall eines Schuldners selbst zahlungsunfähig. Diese Konstellation wird immer wahrscheinlicher.

Im November 1982 meldete Japans Wirtschaftszeitung »Nihon Keizai Shimbun«, daß bereits 22 Länder bei japanischen Banken in Zahlungsverzug geraten sind. In den USA befaßte sich 1982 die Aufsichtsbehörde offiziell mit 302 Banken, die in Liquiditätsschwierigkeiten geraten waren, 37 US-Banken gingen bankrott - der bisherige Nachkriegsrekord lag 1976 bei 16 Bank-Pleiten.

Das Beispiel einer US-Provinzbank verdeutlicht den Mechanismus. Am 5. Juli 1982 mußte die Penn Square Bank in Oklahoma City ihre Tore schließen. Sie hatte ihr schnell wachsendes Kreditgeschäft mit Riesenkrediten von größeren US-Banken finanziert und war dann in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Ihre Hauptgeldgeber waren die inzwischen schwer angeschlagene Continental Illinois und die führende US-Bank Chase Manhattan. Sofort reagierten mehrere Großanleger und zogen ihre Guthaben bei den ins Spiel gebrachten Großbanken ab, um damit erst recht die Gefahr zu erhöhen. Aber der Fall ließ sich durch eine Stützungsaktion der US-Großbanken eindämmen.

Inzwischen sind in allen Industriezentren einzelne Großbanken bedroht. In den USA sind in diesem Jahr vor allem eine Reihe größerer Banken in Texas gefährdet, die am Öl-Boom in Mexiko mitverdienen wollten. Sie hatten große Kredite an in Zahlungsschwierigkeiten geratene mexikanische Privatkonzerne, insbesondere die Alpha-Gruppe, gegeben.

Japanische Großbanken haben sich stark im hochverschuldeten Venezuela und in Mexiko engagiert. Sie gewährten in den letzten beiden Jahren neun Milliarden Dollar der kurzfristigen und jetzt besonders gefährdeten Kredite, mit denen Mexiko die ständig größer werdenden Löcher zu stopfen versuchte.

In Westeuropa hat der Zusammenbruch der größten italienischen Privatbank, der mit dem Vatikan verbundenen Banco Ambrosiano, das Kreditsystem erschüttert. Im Bankrott verschwanden 1,6 Milliarden Dollar. In der Bundesrepublik ist das zweitgrößte Kreditinstitut, die Dresdner Bank, durch die Kombination von Verlusten im Polen-Geschäft und bei der AEG-Pleite mindestens angeschlagen.

Als Auslöser für einen internationalen Finanzkrach kann auch ein Bank-Crash in den OPEC-Ländern oder der Dritten Welt wirken. Ende 1982 geriet plötzlich die Hongkong and Shanghai Bank in den Strudel eines zusammenbrechenden Firmen-Imperiums, der Carrian Investments. Der Bankrott dieser Bank würde sofort auf Londoner und Tokioter Banken durchschlagen.

Schon im März 1980 hatte der Zusammenbruch von vier argentinischen Banken, darunter der größten des Landes, der Banco de Intercambio Regional, eine Welle industrieller Bankrotts ausgelöst. Davon waren wiederum 15 ausländische Bankinstitute betroffen, die beträchtliche Verluste hinnehmen mußten. Ähnliches könnte sich bei der größten Bank Venezuelas, der Banco de los Trabajadores, wiederholen, die jetzt vor dem Bankrott steht. Dann wären die Folgen auch für amerikanische und japanische Banken bedrohlich.

Ein internationaler Bankenkrach würde eine Weltwirtschaftskrise, den Zusammenbruch des Welthandels und überall sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit auslösen. Gerät eine internationale Großbank oder eine Gruppe wichtiger Regionalbanken ins Wanken, dann werden die Bankchefs international zunächst einen Wettlauf gegen die Zeit antreten. Binnen kürzester Frist - in wenigen Stunden - müssen die erforderlichen Dollar-Milliarden bereitgestellt werden, um die Krise aufzufangen. Die Mittel, die dafür bereitgehalten werden, sind begrenzt. Die Spitzenbanker, die nach langen Verhandlungen Ende 1982 eine Art Feuerwehrfonds (»Evidenzzentrale«) einrichteten, konnten sich auf gerade 20 Milliarden Dollar einigen. Der Fond kommt nur zum Einsatz, wenn alle beteiligten Spitzenbanker einer Stützungsaktion sofort zustimmen.

Gelingt das nicht, kommt es aufgrund der Verflechtung im internationalen Bankgeschäft und der Verknüpfung zwischen Finanz- und Industriekapital zu einer Kettenreaktion. Ein allgemeiner Run derjenigen, die bei den betroffenen Banken oder auch nur im betreffenden Land Gelder angelegt haben, setzt ein, um die Einlagen abzuheben oder auf andere Banken zu transferieren oder gänzlich aus Geld auszusteigen und in Gold, Diamanten, Grundstücke zu flüchten. Das verschärft die Finanzkrise und löst weitere Bankenkrachs aus. In kürzester Zeit geht eine Reihe von Konzernen mangels weiterer Kredite in Konkurs. Die Aktienkurse an den Börsen fallen, was neue Konkurse auslöst. Binnen weniger Monate würde sich die Arbeitslosigkeit vervielfachen.

Obwohl eine solche Katastrophe immer wahrscheinlicher wird, ist eine »vernünftige« oder »verantwortungsvolle« Kreditpolitik nicht in Sicht. Schlimmer noch.- Das Karussell kann ohne neue Gefahren gar nicht angehalten werden.

Der wichtigste Grund dafür: Ein Zurückdrehen oder auch nur der Stillstand der Kreditschraube würde die Krise in den betroffenen Ländern so verschärfen, daß die völlige Zahlungsunfähigkeit oder eine soziale Explosion drohen. Beides würde die internationalen Finanzmärkte erst recht erschüttern. Statt dessen wird der Weg der sogenannten Umschuldungen beschritten: Für fällige Zins- und Tilgungszahlungen werden neue Kredite eingeräumt. Die Gesamtverschuldung der beroffenen Länder und Konzerne steigt weiter.

Nun wird natürlich versucht, diese neuen Kredite an Bedingungen zu knüpfen, die eine »Sanierung« des Schuldners einleiten sollen. Im Falle von hochverschuldeten Ländern übernimmt der Internationale Währungsfonds (IWF) die Rolle des Kontrolleurs.

Der IWF ist eine Art internationaler Bank mit Feuerwehrfunktion, die von den Regierungen der hochindustrialisierten Länder verwaltet wird. Der IWF verbindet seine Kredite mit konkreten wirtschaftspolitischen Auflagen und gewährt die Gelder scheibchenweise (in »Tranchen«), wobei vor jeder Neuzuteilung geprüft wird, ob die Auflagen erfüllt wurden.

Die Kreditsummen, die der IWF gewährt, sind meist niedriger als die privater Banken. Entscheidend ist: *wenn* der IWF Geld bewilligt, sind auch die Privatbanken wieder zur Kreditvergabe bereit. Denn der IWF hat in den letzten drei Jahrzehnten mehrfach bewiesen, daß er zur Durchsetzung seiner Bedingungen auch über Leichen geht und für Kasse bei den Banken sorgt.

Die Kreditbedingungen des IWF laufen in der Regel auf die Kürzung der Staatsausgaben hinaus, insbesondere im sozialen Bereich, auf Entlassungen im öffentlichen Dienst, die Streichung von Subventionen für die Grundnahrungsmittel und die Abwertung der Währung (zur Reduzierung der Importe, Stärkung der Exporte und Öffnung des Landes für ausländisches Kapital). »Gesunde Staatsfinanzen« und »ausgeglichene Handelsbilanz« bedeuten im konkreten Fall immer Massenelend, Hungertote, oft Hungeraufstände.

Die durch den Abbau der Subventionen für Zucker verursachten Preissteigerungen haben zu blutigen Auseinandersetzungen geführt«, berichtete das »Handelsblatt« im letzten Oktober aus dem Sudan und sagte ganz richtig voraus: »Da der Sudan sich jedoch in einer Zwangslage befindet, wird er gezwungen sein, die verschärften IWF Bedingungen anzunehmen.« In Bolivien laufen entsprechende IWF-Bedingungen, die Ende 1982 für neue Kredite erlassen wurden, auf eine massive Senkung des allgemeinen Lebensstandards hinaus. Bergarbeiter, die unter schwersten Bedingungen malochen, werden in Zukunft ihr Tagwerk mit einer Ration von 1000 Kalorien - und entsprechend mehr Cocablättern gegen den Hungerschmerz- verrichten müssen.

Ähnlich werden die Folgen des bislang größten IWF-Kredits sein, der Anfang März dieses Jahres an Brasilien vergeben wurde. Von der Gesamtsumme von 5,5 Milliarden Dollar erhält das Land zunächst eine Milliarde mit der Auflage, in einem halben Jahr das Haushaltsdefizit zu halbieren. Die Landeswährung wurde um 25 Prozent abgewertet, weitere Haushaltskürzungen sollen später folgen. Das »Wall Street Journal« erwartet von diesen Maßnahmen einen »schweren Druck auf Brasiliens Wirtschaft« und eine verschärfte Krise. Der »Economist« prophezeite bereits Ende 1982, eine Umschuldung Brasiliens sei nur durch einen »scharfen Fall« des Lebensstandards machbar.

In Brasilien droht mehr. Zwei Jahrzehnte lang versuchten wechselnde Militärdiktaturen angesichts aufbrechender sozialer Gegensätze mit Folter und Todesschwadronen die Massen niederzuhalten. Bis 1982 hatte sich soviel sozialer Zündstoff angesammelt, daß die Militärs die Flucht nach vorn antraten und eine vorsichtige Demokratisierung einleiteten. Die neuen IWF-Auflagen können da wie Öl aufs Feuer wirken.

Ein zweiter Grund für das Ausbleiben einer »vernünftigen« Kreditpolitik liegt in der Natur der internationalen Finanzmärkte. Trotz aller Banker-Meetings, geheimen Absprachen und internationalen Verflechtungen bleibt die Finanzwelt Teil des Kapitalismus - und dessen Grundlagen sind Konkurrenz und Anarchie. Großbanken müssen wie Industriekonzerne zunächst maximalen Gewinn für ihre Kapitaleigner erzielen. Da die Risiken unterschiedlich verteilt sind, ist vorstellbar, daß im Fall eines Staatsbankrotts einzelne Großbanken oder die Banken einzelner Länder bei einer Rettungsaktion nicht mitziehen.

So waren 1980 die US-Banken zumindest zeitweise bereit, Polens Pleite in Kauf zu nehmen und die westeuropäischen Banken im Stich zu lassen. Schließlich sind US-Banken nur in geringem Maß Gläubiger der Volksrepublik Polen.

Mit welcher Gier die international arbeitenden Banken auf der Suche nach Gewinn in ungewisse Risiken laufen, zeigte 1982 der drohende Staatsbankrott des Sudan. 115 Banken aus aller Welt hatten der Bank of Sudan und einzelnen Ministerien des Landes, die völlig unabhängig voneinander Schulden machten, Kredite gegeben. Ein Umschuldungsabkommen aus dem Jahr 1981 mußte für nichtig erklärt werden, weil es auf einer irrigen Annahme über die Schuldnersumme basierte. 1982 wurden die sudanesischen Staatsschulden dann auf fünf Milliarden, später auf 6,2 Milliarden Dollar geschätzt. Zum Jahreswechsel war bereits von acht Milliarden die Rede.

Ein drittes Hindernis für die Stabilität der Finanzmärkte ist seit kurzem der Fall des Ölpreises. Es waren einmal die Öldollars, die für die Ausweitung der Finanzmärkte gesorgt hatten. Die OPEC-Länder hatten ihre Einnahmen aus dem Ölexport zu einem großen Teil bei den internationalen Banken angelegt, die auf diese Guthaben hin Kredite gaben. Die Anlage der Öldollars erfolgte jedoch kurzfristig, die OPEC-Länder können sehr rasch die Einlagen zurückziehen. Demgegenüber basieren viele langfristige Bankkredite auf solchen kurzfristigen Einlagen.

Der rückläufige Energieverbrauch und die dadurch sinkenden Einnahmen aus Ölexport könnten dieses Kartenhaus zum Einsturz bringen, wenn große Summen Öldollars von den Banken abgezogen werden. 1982 war das erste Jahr seit dem Ölboom, in dem die Leistungsbilanz der OPEC-Länder defizitär wurde. Das heißt: die Importe und die Rückführung von Öldollars waren größer als die Ölexporte und Neuanlagen von Öldollars in den Industrieländern. Daß daraus ein Trend wird, ist abzusehen. Einige ölfördernde Länder stehen bereits wie Mexiko und Venezuela vor dem Bankrott, andere sind Arena gewaltiger sozialer Widersprüche. Das OPEC-Land Nigeria jagte im Februar zwei Millionen ausländische Arbeiter über seine Grenzen.

Ganz offensichtlich gibt es kein »Zurück zu einer verantwortlichen Kreditpolitik«. Banker wie Politiker haben die Wahl zwischen der Pest der wachsenden Verschuldung und der Cholera der Notbremsung mit allen üblen Folgen. Was dem einzelnen Banker »unverantwortliche« Politik zu sein scheint, stellt für Wirtschaftspolitiker wie Helmut Schmidt die einzige Möglichkeit zur Verhinderung des Bankenkrachs und einer weltweiten Depression dar.

Die Appelle zu einer restriktiven Kreditpolitik klingen gerade aus den Zentralen der Industriestaaten immer unglaubwürdiger. Seit Beginn der Krise treten diese Länder selbst zunehmend als Großschuldner bei ausländischen Banken auf. Dänemark mußte letztes Jahr drei Milliarden Dollar bei internationalen Banken aufnehmen, dieses Jahr schon eine weitere Milliarde; Griechenland, Spanien und Schweden werden voraussichtlich als Großschuldner folgen.

Italiens Auslandsschuld wird inzwischen auf 50 Milliarden Dollar geschätzt. Der Schuldendienst fraß 1982 die gesamten Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft.

Frankreich ersuchte 1982 im Ausland um einen »Jumbo-Kredit« von vier Milliarden Dollar. Die internationalen Banker reagierten skeptisch (sicher auch aus politischen Gründen), zumal der französische Staat gar nicht als Kreditnehmer in Erscheinung trat, sondern staatseigene Firmen vorschickte, für die wiederum der Staat als Bürge auftrat. Die französische Auslandsschuld war bis dahin als Staatsgeheimnis behandelt worden. Auf Anfrage anläßlich des »Jumbo-Kredits« gab nun die französische Regierung eine Auslandsschuld von 15 Milliarden Franc an. Dann platzte im November 1982 die Bombe. Durch eine Indiskretion seitens US-Banken wurde bekannt, daß die Auslandsschuld bei 330 Milliarden Franc oder 45 Milliarden Dollar liegt und sich in zwei Jahren, seit Antritt der Mitterrand-Regierung, verdoppelt hatte.

Die Angst vor dem großen Krach wächst. »Don't rock the boat - Kippt das Boot nicht um!« ist denn auch die vorherrschende Haltung der maßgebenden internationalen Banken«, schrieb das »Handelsblatt«. Die internationalen Banker sitzen vielleicht nicht in *einem* Boot. Aber sie verfügen über ein bedeutend größeres Maß an geschichtlichem Klassenbewußtsein als große Teile der Arbeiterbewegung. Das »Handelsblatt« erzählt: »Mit einem Schuß von Sentimentalität erinnern sich amerikanische Chronisten an die 'guten, alten Zeiten', als man die Länder Lateinamerikas und der Karibik noch mit Kanonenbooten und einigen Kompanien Marinesoldaten zur Zahlung ihrer Auslandsschulden zwingen konnte.«

Die bürgerliche Gesellschaft mag sich das eigene Grab schaufeln - sich selber begraben wird sie nicht. Es ist Teil der inneren Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung - die Geschichte der zwanziger und dreißiger Jahre belegt es -, das Ziel der Wiederherstellung eines ausreichenden Profits erforderlichenfalls mit barbarischen Mitteln zu betreiben.

Dabei wäre es völlig falsch, die Logik des Profits mit einer rationalen Logik im Gesamtinteresse der Gesellschaft gleichzusetzen oder diese als einzig denkbare Logik zu akzeptieren. Die Massenarbeitslosigkeit belegt das beispielhaft: Laut Bundesanstalt für Arbeit betrugen 1982 die direkten Kosten der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik 45 Milliarden Mark (Unterstützungszahlungen plus Steuerausfall). Im selben Institut wird der entstandene Produktionsausfall zusätzlich au; 110 Milliarden Mark veranschlagt. Somit beliefen sich die Kosten der Arbeitslosigkeit für die Gesellschaft im vergangenen Jahr auf 155 Milliarden Mark, 1983 dürften es 200 Milliarden werden.

Es liegt auf der Hand, daß mit solchen Summen, die dem Fünffachen des Siemens-Konzernumsatzes entsprechen, gesellschaftliche Zukunftsinvestitionen von kaum vorstellbarem Ausmaß ermöglicht würden. Die Vollbeschäftigung wäre garantiert.

Der Investitionsstreik der Unternehmer, von dem im Wahlkampf am Rande die Rede war, der aber seit 1979 handfest praktiziert wird, kostet die Bundesrepublik jährlich sehr viel mehr als alle Lohnstreiks seit Kriegsende zusammen.

---

* Im RGW, dem »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe«, sind sechs osteuropäische Länder und die UdSSR wirtschaftlich zusammengeschlossen.

** Die Verschuldungsentwicklung 1976 bis 1981 in einigen OECD-Staaten (erste Zahl: Anstieg seit 76 in Prozent/zweite Zahl: Schuldensumme in Prozentzahlen zum Bruttosozialprodukt): Dänemark: 381/44, Österreich: 235/37, Japan: 206/46, Schweden: 198/6 1, Irland: 149/90, Belgien: 110/70, Frankreich: 104/16, Norwegen: 108/42, BRD: 82/34, Großbritannien: 80/59, Italien: 105/49, USA: 52/47. Quelle: Finanzbericht des Bundesministers für Finanzen, 1983.

Konkret 04/83, S. 60

Ernest Mandel

Krise - und was tun?

Konkret-Extra

Die lang andauernde Wirtschaftskrise hat das Interesse an der Krisentheorie - das heißt an den verschiedenen Versuchen, die Krise zu erklären - gesteigert. Zweck dieser Erklärungen ist meistens, die öffentliche Meinung, die Masse der Lohnabhängigen, die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die Behörden zu *beeinflussen,* um sie dazu zu bringen, verschiedene Varianten der Sparpolitik im Interesse des Besitzbürgertums und der Unternehmer als unvermeidlich oder sogar nützlich zu akzeptieren.

Die wichtigsten Varianten bürgerlicher Krisentheorien, die die öffentliche Diskussion beherrschen, geben folgenden Bösewichten die Hauptschuld an der Krise:

Die Ölscheichs - Die Krise sei durch den Ölschock des Jahres 1973 (und den zweiten Ölschock 1977) verursacht, der in allen westlichen Ländern zu großen Defiziten der Zahlungsbilanz und deshalb zwangsläufig zur Drosselung der öffentlichen und privaten Investitionen und Konsumausgaben geführt habe.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß bereits spätestens ab den Jahren 1970/71 sämtliche klassischen Zeichen der Krise anzutreffen waren: wachsende Überkapazitäten in den »strategischen« Wachstumszweigen der Industrie, sinkende Profitraten, stagnierende oder rückläufige Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität.

Die langfristige Inflation - Die Krise sei die Schuld der zu großzügigen Geld- und Kreditschöpfung der letzten Jahre.

Dem ist entgegenzuhalten, daß die »großzügige« Geld- und Kreditschöpfung mindestens 25 Jahre andauerte, bevor es zur Krise kam. Wäre es nicht richtiger festzuhalten, daß der lange Nachkriegswohlstand gerade durch diese »Großzügigkeit«, das heißt durch permanente Inflation, genährt und ermöglicht wurde? Man muß ferner festhalten, daß es auch während dieser langen Phase der Prosperität periodisch kleinere Wirtschaftskrisen gab.

Die »maßlosen« Gewerkschaften - Die Gewerkschaften hätten die Löhne und Sozialleistungen zu sehr gesteigert und sich deshalb selbst »aus dem Arbeitsmarkt vertrieben« (die Unternehmer gezwungen, Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen).

Dem ist entgegenzuhalten, daß der relative Lohnanteil am Volkseinkommen rückläufig war oder bestenfalls stagnierte, solange es nach dem Zweiten Weltkrieg - vor allem in der Bundesrepublik - Erwerbslosigkeit gab (das heißt bis Anfang der sechziger Jahre). Wenn dieser Lohnanteil nicht wenigstens in Zeiten der Vollbeschäftigung in bescheidener Weise das Verlorene nachholt, bleibt er permanent im Hintertreffen, erhält der einzelne Lohnabhängige permanent einen immer geringeren Teil des von ihm neugeschaffenen Wertes. Die kapitalistische Profitrate (und der durch sie letzten Endes bestimmte Investitionsumfang) ist nicht einfach eine Funktion der Lohnquote, sondern sie ergibt sich aus dem *Verhältnis* der Ausgaben für Maschinen, Gebäude, Rohstoffe und Energie einerseits und den Lohnkosten andererseits. Für den Rückgang der Profitrate waren hauptsächlich die gesteigerten Ausgaben für Maschinen und Rohstoffe verantwortlich.

Innerhalb der Massenorganisationen der Arbeiterbewegung gibt es eine Reihe nichtmarxistischer, »salonfähiger« Krisentheorien, die letzten Endes dieselbe gesellschaftliche Funktion erfüllen wie die bürgerlichen Krisentheorien: die Lohnabhängigen trotz schwerer Krise zum »Stillhalten« zu nötigen.

Die Japaner sind schuld - Die Krise sei verursacht durch die Kapitalflucht, die systematisch Arbeitsplätze in Übersee schaffe, weil dort die Löhne niedriger sind. Im gleichen Sinne sei die japanische Industrie durch gesteigerte Exporte nach Westeuropa und Nordamerika an der dortigen Krise schuld, weil die japanischen Sozialleistungen viel geringer sind als die im Westen und die japanischen Industriewaren deshalb billiger verkauft werden.

Dem ist entgegenzuhalten, daß es in Japan ebenfalls eine Wirtschaftskrise gibt, und daß der Warenexport des Westens in die Dritte Welt in den letzten Jahren gewaltig gestiegen ist. Man kann nachweisen, daß die beschleunigte Industrialisierung der Dritten Welt mehr Arbeitsplätze in der westlichen Maschinen-, Ausrüstungs-, Straßen- und Hafenbau-Industrie geschaffen als in der Textil-, Bekleidungs-, Schuh-, Spielzeug- oder Stahlindustrie aufgehoben hat.

Reagan ist schuld - Die Hochzinspolitik der USA habe die europäischen Regierungen gezwungen, ihrerseits die Kreditschraube anzuziehen, was zum Rückgang der Nachfrage und der Steigerung der Erwerbslosigkeit geführt habe.

Das stimmt. Nur muß man hinzufügen, daß Reagan die Krise verschärft, sie aber nicht verursacht hat. Die Krise hatte bereits vor Reagan angefangen.

Die marxistische Erklärung der Wirtschaftskrise kann in einer kurzen Formel zusammengefaßt werden. An der Krise ist der Kapitalismus schuld, das heißt, eine Gesellschaftsordnung, in der der Umfang des Einkommens und der Beschäftigung letzten Endes durch die erzielten und erwarteten Profite der Unternehmen bestimmt wird. In einer solcher Gesellschaftsordnung sind periodische Wirtschaftskrisen unvermeidlich.

Die heutige Wirtschaftskrise ist die 21. seit Schaffung des Weltmarktes für Industriegüter, seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts also. Die Regelmäßigkeit, mit der sich diese Wirtschaftskrisen wiederholen, beweist, daß sie systemimmanent sind. Sie verhindern zu wollen, ohne das System selbst anzugreifen, ist so sinnlos, wie Nierensteine entfernen zu wollen, ohne die Niere zu berühren.

Die in den gemäßigten Kreisen der Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren weitverbreitete Hoffnung, der Kapitalismus sei kein Kapitalismus mehr, sondern eine »gemischte« Wirtschaft, die, dank einer »wissenschaftlichen« Kredit- und Geldschöpfungspolitik, langfristig Vollbeschäftigung und Wachstum sichern könne, hat sich als Illusion erwiesen. Genauso illusionär ist es zu hoffen, neo-keynesianische Kreditausweitung würde den Aufschwung sichern. In einer Profitwirtschaft kann der Aufschwung nur gesichert werden, wenn gleichzeitig die Profitrate gesteigert wird und der Absatz sich erweitert. Was das erste erzeugt, verhindert das zweite; was das zweite erzeugt, untergräbt das erste. Das ist die Ursache der lange andauernden Depression, in der wir uns befinden.

Gewiß sind neo-keynesianische Maßnahmen - Geldschöpfung und Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen - »sympathischer« als »monetaristische« Maßnahmen à la Reagan und Thatcher, die Geld aus den Taschen der Armen auf die Bankkonten der Reichen umverteilen. Aber sie können den Aufschwung nicht sichern. Im Kapitalismus gibt es keinen für die Lohnabhängigen günstigen Ausweg aus der Krise.

Das bedeutet nicht, daß die Krise unvermeidlich und unlösbar ist, daß man durch die Sparpolitik hindurch muß. Man muß das nur, wenn man keine Alternative zum Kapitalismus sieht. Aber eine solche Alternative gibt es: eine sozialistische Wirtschaftspolitik der Bedarfsdeckung, die nicht mehr auf das Profitstreben des Kapitals, sondern auf die vorrangige Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Massen ausgerichtet ist. Bedürfnisse, die nicht (wie im Osten) autoritär durch den Staat, sondern unter einem System der geplanten Selbstverwaltung demokratisch durch die Masse der Werktätigen und der Verbraucher selbst bestimmt werden.

Erster Schritt in diese Richtung wäre die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Herabsetzung des Wochenlohns sowie die Sozialisierung des gesamten Kreditsektors und der Großindustrie. Das würde der Gesellschaft ermöglichen, das notwendige Investitionsvolumen zu sichern, das Vollbeschäftigung und planmäßige Erfüllung der unbefriedigten Bedürfnisse der breiten Bevölkerungsschichten gewährleisten kann.

Ernest Mandel, 59, marxistischer Wirtschaftstheoretiker und Mitglied des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale (Trotzkisten), ist Professor für Nationalökonomie in Brüssel.

Konkret 04/83, S. 62

Hermann Sülberg

Doppelleben

Familienvater und Frauenschreck - die Geschichte eines Exhibitionisten

Blaugrün gekachelte Station der Münchner Untergrundbahn abends, menschenleer, die Züge fahren nur noch alle zwanzig Minuten. Eine Frau wartet alleine auf einer Bank. Die Rolltreppe setzt sich in Bewegung, männliche Schritte, er steht vor ihr.

Nett und gepflegt scheint er, so wie er aussieht, so wie er angezogen ist. Aber er schaut so seltsam, er öffnet seine Hose, er beginnt zu onanieren. Ein Sittenstrolch, ein Frauenschreck, ein Unhold, ein Sex-Gangster, auf deutsch. Ein »Exhibitionist« im

offiziellen Sprachgebrauch.

Dieser hier heißt Manfred Schreiber*, ist Mitte zwanzig, Kaufmann, hat zwei kleine

der, lebt total unauffällig - auf diesen dunklen Punkt in seiner Lebensgeschichte.

Heute, ein Jahrzehnt später, ist er geschieden, hoch verschuldet, wechselte zehnmal den Arbeitsplatz, ist ein dutzendmal vorbestraft, saß insgesamt drei Jahre und sechs Monate hinter Gittern, weil er es immer wieder nicht lassen konnte, seine Hose zur falschen Zeit am falschen Ort zu öffnen.

Die junge Frau in der U-Bahn- Station hat er nicht vergessen: »Sie hätte mein Leben ändern können. Als ich fertig war und wie üblich wegrennen wollte, rief sie mich zurück, ich sollte mich doch mal neben sie setzen.« Sie fragte ihn, ob sie ihm helfen könne, bemerkte, daß er vielleicht krank sei. »Im Innersten war ich glücklich, endlich einen Menschen gefunden zu haben, der meine Lage verstand und der mir helfen wollte - aber ich habe kein Wort rausgekriegt und bin weggelaufen.«

So, wie es üblicherweise seine Opfer tun. Manche lachen auch nur und gehen weiter, andere schreien um Hilfe und nach der Polizei, wenige stürzen mit Schirm oder schwingender Handtasche auf ihn los. Einmal holte eine Frau eine Schere aus ihrer Tasche und drohte: »Ich schneid' Ihnen gleich Ihren Zipfel ab, damit diese Sauerei ein Ende hat.«

Angefangen hatte es bei Manfred Schreiber Ende der sechziger Jahre. Er war gerade Soldat bei der Bundeswehr, 22 Jahre alt, seine Frau hatte kurz zuvor das zweite Kind bekommen. Auf dem Fahrrad fuhr er durch den Englischen Garten in München, zwei fröhliche Mädchen kamen ihm entgegen. »Plötzlich verspürte ich den unwiderstehlichen Drang, mich selbst zu befriedigen, versteckte mich hinter einem Busch und hatte ein angenehmes Gefühl dabei, was ich vorher nicht gekannt hatte.« Die Mädchen hatten ihn gar nicht bemerkt, und zu Anfang war ihm das auch so recht, es genügte, wenn sie weit entfernt vorbeiliefen. Bis er dann immer öfter entdeckt wurde. Die meist Jugendlichen erschraken oder kicherten, rannten weg oder tuschelten mit ihrer Freundin darüber. »Das hat den Reiz für mich sehr erhöht, ich habe davon geträumt, daß sie über mich reden, sie das vielleicht sogar reizvoll und toll finden.«

Daß ihn mal jemand anzeigen könnte, darüber hat er immer erst anschließend nachgedacht. Obwohl er wußte, daß Exhibitionismus, der »Trieb, sich öffentlich zu entblößen« (Lexikon-Definition) strafbar ist. Paragraph 183 des Strafgesetzbuches: »Ein Mann, der eine andere Person durch eine exhibitionistische Handlung belästigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft.« Ob die Schöpfer dieses Paragraphen nichts gegen sich entblößende Frauen einzuwenden hatten, ist nicht bekannt. Als sicher gilt nur, daß diese Strafandrohung vielleicht Spaßvögel von ihrem Tun abhält, aber keine Exhibitionisten.

Manfred Schreiber plagte nach jedem Mal ein schlechtes Gewissen und er schwor sich, es nicht wieder zu tun. »Das ist wie ein automatischer Ablauf, das machst du nicht, das passiert mit dir, du siehst was, das bitzelt dich, du kriegst eine Erektion und machst das Hosentürl auf, deine ganze Persönlichkeit schrumpft auf diesen Punkt zusammen, da zählt nichts anderes mehr, das ist schrecklich.« Danach dachte er immer, wie andere Menschen auch: »Da muß man sich doch zusammenreißen können, das gibt's doch gar nicht. Aber da vergißt du alles, da ist dir alles egal, das merkst du gar nicht, das ist wie ein Anfall, da bist du wie im Trance-Zustand, oder wie im Vollrausch, totaler Blackout.«

Ungefähr ein halbes Jahr nach seinem ersten »Anfall« im Englischen Garten erschienen Polizeibeamte auf seiner Dienststelle bei der Bundeswehr, holten ihn ab zur Vernehmung. Die Eltern eines Mädchens hatten Anzeige erstattet. Einmal als Exhibitionist erkennungsdienstlich erfaßt und fotografiert, kamen die Anzeigen und Ermittlungsverfahren Schlag auf Schlag. Jedesmal, wenn in München ein dunkelhaariger Mann zwischen zwanzig und dreißig Jahren aufgetreten war, klingelten sie an seiner Haustür. Meistens kamen die Polizisten an seinen Arbeitsplatz, was schließlich auch zur Entlassung des Zeitsoldaten Schreiber führte. Der gelernte Hotelkaufmann versuchte sich dann in den verschiedensten Berufen, doch immer rechtzeitig vor Ende der Probezeit ließ ihn eine neue Vernehmung oder Verhaftung arbeitslos werden. Geldstrafen, Rechtsanwalts- und Verfahrenskosten verursachten hohe Schulden, und er führte ein regelrechtes Doppelleben: »Zuhause der brave Familienvater, draußen der Sittenstrolch, und natürlich konnte ich mit keinem darüber

reden, selbst meiner Frau konnte ich das jahrelang verheimlichen.« Als sie es endlich doch erfuhr, war die Reaktion nicht Reden und Hilfe, sondern Schweigen und Scheidung. Fünf Jahre ist das jetzt her.

Im Laufe der zehn Jahre, so schätzt Manfred Schreiber, hat er sich 400mal an ungeeigneter Stelle entblößt, etwa vierzig Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet, 15mal wurde er verurteilt.

Das einzige, was »zugunsten des Angeklagten berücksichtigt werden konnte, war, daß er durch sein offenes Geständnis es insbesondere den jugendlichen Zeugen ersparte, über ihre Erlebnisse vor Gericht nochmals berichten zu müssen.«

1977 kam Manfred Schreiber ins Gefängnis. Nach einem Dutzend von Urteilen auf Bewährung hielten die Richter nun »die Einwirkung des Strafvollzugs für unerläßlich, um den Angeklagten künftig von Straftaten abzuhalten.« Was sich, nach dreieinhalb Jahren hinter Gittern, schnell als frommer Wunsch herausstellte. Wenige Tage nach seiner Entlassung wurde Manfred Schreiber wieder erwischt. Die nächsten Richter glaubten da nicht mehr an den Sinn des Strafvollzugs, sondern daran, daß »die einzige Chance für den Angeklagten darin zu liegen scheint, daß er sich einer Heilbehandlung unterzieht.« Ein ungewöhnliches Urteil, denn vorher hatten auch die Richter gemeint, er solle sich doch einfach mal zusammenreißen.

Jedes Jahr werden rund 800 Männer nach dem Paragraphen 183 verurteilt; dazu kommt eine auch vom Statistischen Bundesamt nicht zu nennende Zahl von Entblößern, die wegen Beleidigung, Erregung öffentlichen Ärgernisses, oder, wenn es vor Personen unter 14 Jahren geschieht, wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern bestraft werden.

Über die Nutzlosigkeit solcher Verurteilungen sind sich alle Fachleute, von Juristen bis zu Sexualwissenschaftlern, einig. Schon 1968 stellte der Heidelberger Strafrechtsprofessor Dr. Ernst-Walter Hanack in einem Gutachten zur Revision des Sexualstrafrechts fest: »Wahrscheinlich werden es künftige Generationen einmal zu den Barbareien des geltenden Rechts zählen, daß es den Exhibitionisten mit den groben Mitteln der derzeitigen strafrechtlichen Sanktionen anfaßt.«

Sein Professoren-Kollege Jürgen Baumann, zu jener Zeit Mitverfasser eines Alternativentwurfes zum Strafgesetzbuch, meinte, daß »Geschehnisse wie Exhibitionismus unter der Schwelle des Strafrechts liegen. Diese Gesellschaft hat kein Recht nach einer Strafe zu rufen, wenn kein Opfer da ist. Es wird niemand geschädigt, wenn der berühmte Radfahrer seinen besonders zugeschnittenen Mantel auseinanderschlägt.«

Worüber schon seit Jahrzehnten heftig gestritten wird, besonders, wenn Kinder gewaltlose sexuelle Erlebnisse hatten. Von Fachleuten jedoch wird *eine* Erkenntnis dabei nicht mehr bestritten: Das Strafverfahren und die damit verbundene Vernehmung richten mehr Unheil an als die Tat selbst. Bei Kindern als »Opfer« eines Exhibitionisten scheint klar zu sein, daß sie den Vorfall nicht als einen Angriff auf ihre Person empfinden, sondern als das etwas absonderliche Verhalten eines Erwachsenen, das zwar ihre Neugier weckt, sie aber nicht verängstigt. Der Kinderpsychiater Professor Reinhart Lempp ist sicher: »Es ist nicht die Erwachsenensexualität, die das Kind bedroht, sondern es ist die Gewalt, vor der das Kind geschützt werden muß.«

Exhibitionisten sind aber gewaltlos. Sonst sind es keine Exhibitionisten, sondern Sexualverbrecher. »Was«, so gibt Manfred Schreiber zu, » für meine Opfer auf den ersten Blick ja nicht leicht festzustellen ist, wenn ich plötzlich mit offener Hose dastehe. Manche geraten da in irre Panik, obwohl kein Grund besteht, ich würde nie eine Frau angreifen, sondern eher davonlaufen. So schockiert sind hauptsächlich ältere Frauen, die denken, da ist Sexualität im Spiel, das ist was Schlimmes. Die Jüngeren, die Sexualaufklärung hatten, die reagieren gelangweilt, die kichern drüber, oder finden's einfach blöde und geschmacklos. Das ist bei meiner Tochter dasselbe, die würde wahrscheinlich nie schockiert heimkommen, die würde das vielleicht als etwas Eigenartiges bemerken, aber keine Angst kriegen.«

Nach dem immer noch als gründlichste Untersuchung über sexuelles Erleben geltenden »Kinsey-Report« ist mindestens schon jede dritte Frau derart belästigt worden. Manche fühlten sich beleidigt, empfanden Ekel, bekamen einen Schreck. Selbst jene, die in Verhandlungen gegen Manfred Schreiber zu Protokoll gaben, daß sie einen Schock hatten, gingen deshalb nicht zum Arzt, psychische Schäden wurden nicht registriert.

Über die Ursachen des Exhibitionismus gibt es keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse, dafür eine Menge Mythen, Mutmaßungen und Meinungen. Sicher ist, daß das Verhalten plötzlich wie aus heiterem Himmel auftritt, daß die Entblößer in allen sozialen Schichten. und Berufen zu finden und etwa zwei Drittel von ihnen verheiratet sind. Die einen halten dieses Benehmen schlicht für die Spitze des männlichen Größenwahns und der Frauenunterdrückung. Andere meinen, das seien die Überreste eines phallischen Imponierens, das auch die Paviane praktizieren, um ihre Konkurrenten in die Flucht zu schlagen. In jedem Menschen stecke das Sich-zur-Schau-Stellen, die Mehrheit halte sich nur an die kulturellen Tabus, in unseren Kreisen sei das Zeigen männlicher Genitalien total verpönt. Dafür gestatte die Männergesellschaft und ihre Paragraphen, aus purem Eigennutz, den Frauen weit mehr.

Seelenforscher glauben, daß sich der Exhibitionist unbewußt minderwertig fühlt und schwach, und deswegen immer wieder für sich den Beweis antreten muß, daß er mit seiner Männlichkeit anderen Leuten imponieren oder sie sogar erschrecken kann. Manche Sexualforscher und Psychiater vermuten, daß Exhibitionisten hin- und hergerissen sind zwischen Kontaktarmut und mangelndem Selbstwertgefühl, sexueller Schamhaftigkeit und Begierde, Schüchternheit und

Ehrgeiz, mangelnder Liebesfähigkeit und erhöhter Sexualspannung. Und all das werde dann »in einem Rausch von Machtgefühl und sexueller Wollust für einen Augenblick überwunden«. Aber eben nur für diesen kurzen Augenblick, dann fühle sich der starke Mann wieder wie ein armes Würstchen. In jedem Falle liege ihr Tun »außerhalb jeder freien, sittlichen Willensentscheidung und hat Krankheitswert«.

Es gibt Exhibitionisten, die tragen zur Gefahrenabwehr sogar eine Art »Keuschheitsgürtel« und lassen den Schlüssel tagsüber bei ihrer Frau. Manfred Schreiber versuchte eine Zeitlang, nicht mehr alleine auf die Straße zu gehen, wenigstens eines seiner Kinder mitzunehmen. Auch weil er häufiger zu Unrecht verdächtigt wurde, führte er ein Alibi-Buch, schrieb auf, wann er wo gewesen war, wen er besonders auffällig begrüßt hatte, um eventuell Zeugen nennen zu können. Zeitweise versuchte er es auch mit selbstgebastelten Verhaltenstricks: »Statt ans Hosentürl zu fassen und es aufzumachen schnell eine Zigarette anstecken - aber das hilft nicht viel, das vergißt du bald wieder.«

In seiner Verzweiflung wendete er sich schließlich an ein Beratungszentrum für Selbstmordgefährdete, wo ihm ein Therapeut vermittelt wurde. Die Behandlung begann mit einer Antiandrogen-Kur. Das Hormonpräparat »Cyproteronazetat« dämpft die Triebstärke. Nach dem Motto: ein gerissenes Segel läßt sich bei Windstille besser reparieren als bei Sturm. Diese »chemische Kastration« darf jedoch nur kurzfristig und zu dem Zweck eingesetzt werden, eine psychotherapeutische Behandlung zu beginnen. Manfred Schreiber: »Das Zeug macht dich praktisch impotent und ließ meine Brustdrüsen anschwellen, aber es hatte den Vorteil, daß ich in Ruhe eine Therapie beginnen konnte, nicht während der Behandlung wieder verhaftet wurde.«

In der Therapie geht es nun nicht einfach darum, ihm den Exhibitionismus abzugewöhnen, sondern die Ursache zu finden, nach Punkten in seiner Persönlichkeit zu suchen, die solche unkontrollierten Ausbrüche möglich machen. »Da kamen ganz alte Sachen hoch, zu Hause war Sexualität total tabu. Alles, was ich machte, war nie gut genug, ich lernte nie, eigene Fehler einzugestehen, sondern nur zu vertuschen. Bestätigung und Anerkennung kriegte ich nur, wenn ich alles total aufbauschte. Sexualität wurde für mich der einzige Bereich, wo ich den starken Mann spielen konnte, denn das konnte keiner kontrollieren.« Und Manfred Schreiber versucht während der Therapie zu ergründen, in welchen Situationen er exhibierte: »Immer, wenn es mir beschissen ging, wenn ich dachte, ich bin die letzte Flasche, wenn ich mich einsam fühlte, wenn alles ausweglos schien, da kam es mir dann blitzartig hoch, das ist eigentlich die einzige Stärke, die du noch hast, hier kannst du noch was darstellen, alles andere ist so mickrig, so nichtssagend, so unsinnig und blöd. Und wenn dann Mädchen rumliefen, die lachen konnten, die locker waren, da wollte ich auch so sein, dabei sein.« Wie die Mehrzahl der Exhibitionisten gehört Manfred Schreiber zu denen, die nicht erschrecken, sondern die bewundert werden möchten, denen eine positive Reaktion in Form von »tuscheln und kichern« am liebsten ist.

In der Therapie soll er nun lernen, daß er Aufmerksamkeit und Bestätigung auch auf andere Weise erhalten kann, daß er seine Schwächen und Fehler akzeptiert und sich dennoch nicht wertlos fühlt, daß er weder sich noch sonstwem beweisen muß, daß er ein Mordskerl wäre.

Eine Therapie, die so nur Manfred Schreiber helfen kann. Doch auch für alle anderen Exhibitionisten gilt: Die beste Therapie ist das richtige Verhalten der Opfer, und eine angemessene Reaktion des Staates. Fast alle wissenschaftlichen Arbeiten über Exhibitionismus schließen mit dem Verdacht, daß diese Sorte »Sittenstrolch« wohl weniger »wegen eines verletzten Schamgefühls der Allgemeinheit, als wegen des bloßen Ärgers über die Schamlosigkeit des Täters, also aus moralisierenden Aspekten« bestraft werden. Im Klartext: Wenn der Täter krank ist, darf er nicht bestraft werden, der Paragraph 183 muß weg. Die »Opfer« sind lediglich »Belästigte«, eine Bestrafung mit einem Bußgeld wie für Verkehrsüberschreitungen genügt, um Spaßvögel davon abzuhalten, sich auf dem Marktplatz zur Schau zu stellen.

Alle Experten sind sicher, daß es gut wäre, wenn dem Exhibitionisten »eine wohlwollend neutrale Reaktion entgegengebracht würde, das könnte sogar weitere Handlungen des Entblößers verhindern, weil dann die für eine Exhibition erforderlichen äußeren Bedingungen nicht mehr gegeben sind.« »Wenn jemand gelassen reagiert, da ist ruck-zuck die Luft raus, da ist es sofort reizlos«, weiß Manfred Schreiber, »oder wenn die Frau sagt, 'verschwinde doch' - da fällt alles zusammen, da kann ich einpacken und gehen, da wird mir die Unsinnigkeit meines Tuns schnell klar, das führt einfach zu nichts. Da habe ich schon öfter gedacht, hätte ich mich ihr normal genähert, hätte ich vielleicht einen netten Menschen kennengelernt. So habe ich einen mehr

verloren.«

---

*Name geändert

Konkret 04/83, S. 66

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

Horst Tomayer telefonierte als FDP-Unternehmer mit dem Siegburger CDU-Unternehmer Wolfgang Wierig

*Baureinigung Schmadder, Hamburg, ich wollt mal Herrn Wierig sprechn*Ja, guten Tach.*Sie wern sich denken könn', warum ich anruf?*

Nee.

Na, wir ham ja in Hamburg in der Innung alle von Ihrer Wahlempfehlung gelesen, und das hat uns ziemlich imponiert, und das wolltn wir Ihnen auch mal sagn.

Ach, das is aber nett.

Passn Sie mal auf, ham Sie nochmal son Brief, den Sie uns schickn könn'? Den wolln wir nämtlich maln büschn ausführlicher diskutiern bei uns.

Jaaa, da möcht ich mir mal Ihre Adresse aufschreiben.

Was is denn nu draus gewordn, wenn wir mal absehn, daß Sie mit Ihrm Papier gaans schön im Aufwind warn? Jetzt sauffn ja die Pferde wieder!

Ja, jetzt sauffn die Pferde wieder, das ham wir also hingekriecht damit, also war die Reaktion bundesweit sehr gut damit, zuerstmal etwas abwertend, daß man saachte, da versucht einer zu erpressen, und wie die den Brief richtich gelesen hatten, kamen viele Leute, auch Arbeiter, ans Nachdenken, und ham dann deswegen auch sicher die richtige Partei gewählt.

Aber da war doch auch noch so'n sozialdemokratischer Funktionär, der gesaacht hat, das wär die Wahlempfehlung für Ihre Leute, das wär, wie saacht er..

Unzucht mit Abhängige - den hab ich bei der Staatsanwaltschaft schon angezeicht...

Den linkn Vogel wern Sie doch wohl mal vorn Kadi ziehn ?

... Und der andre hat mir ja vorgeworfen, ich wäre Nachfolger von'n Nazis, wo wir also Leute, also Verwandte in KaZetts verloren haben.

Das is ja wohln dicker Hund.

Und den hab ich ja wohl auch bei der Staatsanwaltschaft angezeicht, und der hat also auch schon einen Widerruf in der Zeitung, einen Tag vor der Wahl, bringen müssen.

Schaun Sie, wir haben ja jetzt im Dezember zweiundachzich gewählt in der Bürgerschaft, schlecht, wissen Sie ja wohl, die Roten wieder absolute Mehrheit, und wir von der Efdepe, wir warn ja wohl wieder im Regen und dunkel war es auch. Nun is das so, daß wir diskutiert haben über Ihre Empfehlung, hier in meinem Hamburger Bezirk Eimsbüttel. Und da hat sich ja nu wirklich die große Mehrheit gewundert, daß Sie da nur zur Stimmabgabe für die CDU aufrufen...

Jaa...

Cedeuh is ja gar keine Frage. Erststimme klaar, aber Zweitstimme:

Ham wir alle gewählt...

Zweitstimme Efdepee?

Ham wir alle hier gewählt, ham wir auch gewählt.

Zweitstimme Efdepee?

Natürlich!!!

Ja, dann is das ja nur gut!

Das ham die ganzen Unternehmer hier gemacht. Wir haben alle die Erststimme unserm CDU-Kandidaten gegeben, das waren mit Sicherheit hier in Siegburg allein hundert Stimmen, die von den Unternehmern kamen, die nur auf die Efdepee gingen. An und für sich war das ganz gut, daß das Schreiben so weit - ich wollt es ja gar nicht so weit publizieren - aber es is ja nun rundgegangen in aller Welt praktisch, und am Wahlabend sagte ja noch der Glotz von der Espedee, naja, sie ham die Wahl ja auch deshalb verloren, weil die mittelständischen Unternehmer für die CDU hingeh... äh votiert haben, und das stimmt auch, denn deshalb hat er die Wahl verloren.

Ja, was soll man sonst anders machen???

Ja, genau, denn ich hab es sogar hernach noch an meine Unternehmerkollegen geschrieben gehabt, ich hab das Schreiben also an Siegburger Unternehmer verschickt, hab geschrieben, die sollen also die Stimme der Koalition geben. Weil ich CDU-Mitglied bin, wollte ich also nicht ganz deutlich ausschreiben, Mensch, Leute, wählt doch mit der Zweitstimme Efdepee, damit die nun ja reinkommt.

Richtich! Schaun Sie, ich saach mir, Espedee - Grüne, da kannst auch wählen zwischen Galgen und Strick.

Ja, ja, ja, genau. Ich muß Ihnen doch dazu sagen, also hier meine Leute, wir haben also hier gut hundert Leute, und in Berlin noch mal vierzig, die Berliner kann ich nicht so sagen, die stehn also etwas mehr links, aber die hier in unserm Betrieb, die stehn also ziemlich in der Mitte und sagen: 'nö, also wir lassen uns hier von der Gewerkschaft gar nich aufheizen.'

Das müssen wir durchsetzen, im gesetzlichen Rahmen, das is klar, aber dafür haben wir ja auch unsere Advokaten, da müssen die wohl mal ran, Lücken ausschnüffeln, wo wir tätich werden können...

Ich hab also meine Sache vorher mit zwei meiner Schwäger, sind Juristen, ich hatte den Brief vorher abgestimmt, und heute war die Kriminalpolizei mit sechs, Mann von der Staatsanwaltschaft hier...

Dassjawollndingg!!

Jaja, und die ham also alle meine Mitarbeiter befragt, zur Beweisförderung, zum Schluß kam der Leiter der Kommission zu mir, und sagte 'Hörnse mal...'

Das iß ja wohl mal Wahlschnüffelei.

Nee, passense auf, und wissense was der gesagt hat? 'Sie ham so'n gutes Betriebsklima hier, kann ich bei Ihnen demnächst anfangen?' Wir haben echt geblödelt hier... Aber stelln Sie sich vor, der Staatsanwalt ist gegen mich tätig geworden.

Das ja'n dicker Hund

Aber das Verfahren ist natürlich jetzt abgeschlossen, nä...

Kommt nix mehr naach?

Nä. nä, ohne lebenslängliche Zuchthausstrafe. Mit sechs Mann standen die heut morgen hier. Müßtn sofort die im Betrieb hier, in der Verwaltung, die zwanzig Leute, wegen Wahlnötigung. Wir uns von unserm Chef beeinflussen lassen? Nie! Wir sagen dem glatt ins Gesicht, daß wir Espedee wählen - kein bißchen Schwierichkeiten. Das hat also sehr gut hingehauen.

Ham Sie denn irgendwelche Kosten gehabt in der ganzen Sache?

Nee, höchstens Aufträge gekriecht, ne ganze Menge schon, ich schätze, daß wir in unserm Betrieb in den letzten vierzehn Tagen für drei Millionen Aufträge aus der mittelständischen Industrie gekricht haben, nur aufgrund unserer Anrufe, nur aufgrund unseres Wahlbriefes, der veröffentlicht wurde, und dann hatten wir bei irgendwelchen Firmen Angebote abgegeben, wo wir oft da gar nichts von gehört hätten, und die sagten, Mensch, mit euch kann man arbeiten, ihr habt ja wohl mal aufn Putz gehauen, hier, den Auftrag kriecht Ihr per Fernschreiber zugeschickt, oder das oder das. Das hat sich für uns wunderbar ausgewirkt. Das war ne tolle Reklame.

Was macht Ihr Umsatz?

Wir machen dreißig Millionen ungefähr.

Ja, dann schicken Sie mir doch mal Ihre Wahlempfehlung zu, damit wir das hier bei uns im Bezirk nochmal n' büschen diskutieren können.

Geht heute raus.

Fein.

Danke fürn Anruf.

Tschühs.

Dieses Gespräch ist authentisch. Horst Tomayer stenografierte die Antworten mit.

Konkret 04/83, S. 68

Kulturnotizen

Der weiße Fleck

Der »Frankfurter Rundschau« geht es gut. So gut, daß sie sogar Anzeigen ablehnen kann. Nicht alle, aber zum Beispiel einige der Berliner Versandbuchhandlung Wohlthat. Die wollte für das rororo-Buch »Mephisto« werben. Ihre Anzeige wurde mit dem Hinweis, das Buch sei ja verboten, abgelehnt. Auch für das Kiepenheuer & Witsch-Buch »Gesunde Geschäfte« durften die Berliner nicht werben. Dem Anzeigenleiter der »FR«, Artur Wagner, mißfiel diesmal die Werbeaussage »Die Pharmakonzerne gefährden oftmals die Gesundheit der Patienten«.

Die »Anpreisung« der »Gebrauchsanleitung zum Selbstmord« von Guillon/Bonniec wurde Wohlthat aus moralischen Gründen verwehrt. Anzeigenleiter Wagner sah darin »eine Gefährdung psychisch kranker Menschen, die nicht im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sind«. Das wäre »genau das gleiche, wenn man auf die Rehabilitierung Drogensüchtiger oder Alkoholiker verzichten wollte und ihnen statt dessen Hasch und Schnaps verabreichen wollte.« Nun, die »Frankfurter Rundschau« wird ihre Leserstruktur besser kennen als Außenstehende.

Manchmal lehnt Herr Wagner Anzeigen nicht sofort ab. Viermal durfte Wohlthat für das Buch »Geisel Europa« werben. Dann kam am 6. März die Wende, und aus seiner Anzeigen- wurde eine Staatsschutzabteilung: Herr Wagner wollte nicht mehr, daß sich die »FR«-Leser ein Buch kaufen, das die Stationierung der Atomraketen in der Bundesrepublik beschreibt. Am 12. März erschien auf dem vorgesehenen Platz für das Buch ein weißer Fleck.

Nena subversiv

Jetzt ist der CDU-Mann Friedrich Wilhelm Räuker schon seit drei Jahren Intendant des N R, und immer noch werden da Schlager von Gitte und Nena gesendet. Das hat nun endlich den Chef der Kieler Industrie- und Handelskammer Hendrik Genth zu der Bitte an den Intendanten veranlaßt, »mir den Text des Schlagers zugänglich zu machen, den die Sängerin Gitte im Rahmen der Schlagerparade zum Beispiel am 12.1. 1983 im 2. Programm vorgetragen hat. Der Refrain dieses Liedes lautet: Ich will alles, und zwar sofort'. Das Lied enthält darüber hinaus Passagen wie 'Nie mehr bescheiden und stumm' oder 'Ich will nie mehr zufrieden sein'. Ein endgültiges Urteil erlaubt sicher nur das Studium des gesamten Textes ... « Und den zu beschaffen, war dem NDR keine Mühe zu gering. Zunächst leitete Räuker den Handelskammer-Brief an seinen Stellvertreter Plog (SPD) weiter. Der beauftragte den Programmdirektor Olaf von Wrangel (wieder CDU), den Vorgang weiter zu bearbeiten, und der delegierte ihn an seinen Abteilungsleiter Wolfgang Knauer (auch CDU). Knauer wiederum beauftragte einen Musikredakteur, und der spannte eine studentische Hilfskraft ein. Als Hendrik Genth den Gitte-Text nun endlich erhalten hatte, mußte er feststellen, daß der »gar nicht so schlimm ist, wie ich ursprünglich gedacht habe«. So jedenfalls der Handelskammer-Chef in einem Telefongespräch mit KONKRET, in dem er auch gleich noch nach einem anderen NDR-Hit gefragt wurde, nach Nenas »99 Luftballons«. Genth: »Das Lied ist etwas primitiv und subversiv. Und es ärgert hier in meiner Umgebung eine ganze Menge von Leuten ganz fürchterlich. Meine arme Frau, als Tochter eines Generals, findet das Lied natürlich ganz schrecklich ... « Um der Kieler Industrie- und Handelskammer Briefporto und dem NDR personalintensive Beschaffungsarbeiten zu ersparen, hier die wesentlichen Textauszüge: »99 Kriegsminister,/ Streichholz und Benzinkanister,/ hielten sich für schlaue Leute,/ witterten schon fette Beute,/ riefen Krieg und wollten Macht./ Mann, wer hätte das gedacht,/ daß es einmal so weit kommt/ wegen 99 Luftballons«.

Fernweh ade

Schon wieder stirbt eine Zeitschrift, zumindest in ihrer bisherigen Form: Schon nach vier Ausgaben mußte Mitte März die Redaktion des alternativen Reiseblatts »Fernweh« aufgeben. Der Verlag allerdings - und das hinter ihm stehende Münchner Billig-Reisebüro Travel Overland - möchte die Zeitschrift noch nicht ganz begraben. Mit einer neuen Redaktion, die das zweimonatige »Fernweh« sehr viel billiger als bisher produzieren soll (schwarz/weiß-Druck und schlechteres Papier), soll es »irgendwann im Sommer« weitergehen - so Geschäftsführer Sümmermann, der allerdings auch über die personelle Zusammensetzung der neuen Mannschaft noch nichts Konkretes sagen kann. Die bisherigen »Fernweh«-Macher Michael Cannain und Horst Moser (Grafik) hängen jedoch an ihrem alten Konzept, für das sich zuletzt immerhin rund 25.000 Käufer fanden. Jetzt suchen die beiden einen neuen Verlag für ihre Mischung aus unkonventioneller Reisereportage und Alltags-Fluchthilfe.

Rechtsradikaler Verleger Jahr

Das Oberlandesgericht Hamburg hat jetzt ein Urteil bestätigt, in dem Günter Wallraff erlaubt worden war, in seinem »Bild-Handbuch« (Konkret Literatur Verlag) vom »rechtsradikalen Verleger Alexander Jahr« zu sprechen. Schon die erste Instanz sah darin eine Tatsachenbehauptung - angesichts der Tatsache, daß in Jahrs Verlag allein neun von insgesamt 70 NS- und kriegsverherrlichenden Publikationen erschienen sind, die die Bundesprüfstelle auf den Index setzen ließ (unter anderem Schallplatten der Reihe »Der Führer spricht«). Alexander Jahr, der auch Mitglied des Aufsichtsrats von Gruner + Jahr (»Stern«, »Brigitte«) ist, mußte in ähnlichen Angelegenheiten schon etliche Prozesse führen. Jetzt endlich hat er einen verloren.

Zitat

»Was in ihnen (in den Feuilletons westdeutscher Blätter) aufbereitet wird, das ist die sterile Kopf- und Zopfwelt einer von Feminismus und ähnlichen Gesinnungsdiktaturen genormten Kultur, aus der längst alles getilgt wurde, was Männern einmal Spaß gemacht hat. Abenteuer, Leidenschaft, Exzeß, Sünde, Todessehnsucht, Killerinstinkt, Gier, Haß, Rausch - in der kleinen gezähmten Welt des institutionalisierten westdeutschen Kulturbetriebs müßten solche archaischen Formen menschlichen Verhaltens so heillos wirken wie ein Barrakudaschwarm in einem Forellenteich.«

Der Schriftsteller Jörg Fauser im Westberliner Stadtmagazin »Tip«

Konkret 04/83, S. 70

Wolfgang Barthel

Frei auf Zeit

Die Vorstellung, bis zu seiner Pensionierung noch rund 500 Geschichten schreiben zu müssen, machte den Journalisten Wolfgang Barthel krank. Jetzt schippert er durch die griechische Inselwelt. Für KONKRET setzte er sich wieder an die Schreibmaschine und erzählt, warum er ausstieg, wie er sich in der zeit verändert hat und weshalb er zurückkehren will.

So nach dem fünften Glas Retsina juxen wir gelegentlich darüber, ein Schild am Kai aufzustellen. Aufschrift: »Ja, wir haben das Schiff von Hamburg hier runtergebracht. Die Fahrt nach Griechenland hat drei Monate gedauert. Wir wollen insgesamt zweieinhalb Jahre unterwegs sein. «

In Zakynthos und auf Kreta, auf Siphnos und am Peleponnes sind Griechen wie Touristen gleichermaßen neugierig, stellen immer dieselben Fragen. Unter den vielen gleichförmigen Kunststoffyachten in den Häfen fällt die »Mar-Len« allerdings auch aus dem Rahmen: Ein ehemaliger Krabbenkutter aus Friedrichskoog an der Nordsee, für die Wohnbedürfnisse von zwei Personen umgebaut, mit dunklen Holzmasten und rotbraunen Gaffelsegeln auf Nostalgie getrimmt und in den traditionellen Hamburger Kutterfarben gestrichen - schwarzer Rumpf, weiße Brust und ein umlaufender gelber Streifen. Ein deutsches Exemplar der gängigen Antiquitätenwelle in griechischen Gewässern.

Vor knapp zwei Jahren bin ich ausgestiegen. Im passenden Midlifecrisis-Alter von 39 Jahren, aus einer sicheren und gutbezahlten Existenz als Journalist und ohne zu wissen, ob ich später wieder eine vergleichbare Arbeit finden werde oder überhaupt suchen will. Mit der Beschreibung solch modischer Typen verdienen meine Ex-Kollegen jetzt Geld.

Die Aussteiger-Serien in den Zeitungen und Illustrierten haben wohl auch die deutschen Urlauber gelesen, die oft sehnsuchtsvoll am Ufer stehen oder bei uns an Bord hocken und seufzen: »Ach, könnte ich doch auch ... « Das beschränkt sich nicht nur auf jüngere Rucksack-Touristen. Auch der 42jährige Oberregierungsrat aus Hamburg oder der 50jährige Bäckermeister aus dem Westfälischen haben plötzlich einen träumerischen Blick in den Augen.

Es liest sich ja auch so schön: Frust bei der Arbeit (wem macht es schon Spaß, jeden Morgen ins Büro oder in die Fabrik zu dackeln), Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen (wer kann mit den Verhältnissen in Deutschland schon zufrieden sein). Also werden eines Tages die Ersparnisse, so welche vorhanden sind, vom Bankkonto geholt und sich auf den Weg in eine bessere Zukunft gemacht. Mit mehr Eigenverantwortung, mehr Selbsterfüllung und großer innerer Zufriedenheit, wofür der fehlende Geschirrspüler und die auch sonst kargeren Lebensumstände eben in Kauf genommen werden müssen. Ist das so?

Bei mir war das anders. Meine Arbeit hat mir bis zum letzten Tag Spaß gemacht. Was in der Bundesrepublik passierte, stimmte mich zwar nicht froh, aber in meinem Beruf konnte ich wenigstens gegenhalten - nicht viel, aber welcher einzelne erreicht schon viel, wenn er nicht gerade Krupp oder von Brauchitsch heißt. Der Frust hielt sich also, verglichen mit dem der meisten anderen, in Grenzen.

Aber so ein Job verändert auch, schleichend und allmählich. Ich spürte das bei Ereignissen, die so alltäglich sind, daß sie im normalen Redaktionsalltag überhaupt nicht auffallen. Zwei Beispiele: Da kommt eine junge Frau ins Büro, erzählt, sie hätte ihr Lehrerinnen-Referendariat hinter sich und würde jetzt nicht eingestellt werden. Irgendwann einmal habe sie eine Demo angemeldet, eine Zeitlang in einem Komitee gegen den Abbau der Menschenrechte mitgearbeitet - Berufsverbot. So ein Fall wäre 1973 oder 1974 eine Geschichte gewesen. Wir haben Dutzende von solchen Ungerechtigkeiten beschrieben und vielleicht etwas zur Liberalisierung der Berufsverbote-Praxis beigetragen. Aber sechs Jahre lang die gleiche Geschichte in immer nur leicht abgewandelter Form vor dem Leser auszubreiten, ist für ein Blatt, das sich jede Woche neu am Kiosk verkaufen und deshalb auch immer Neues bieten will, einfach nicht drin. Also: Ich behalte die Unterlagen da, vertröste die Frau auf eine Sammelgeschichte, die wir sicher irgendwann mal wieder schreiben werden, und schicke sie fort.

Ein paar Tage später kommt ein junger Mann. Sie hätten eine Fete gefeiert, es sei vielleicht auch ein bißchen laut zugegangen. Irgendein Nachbar hätte die Polizei gerufen und - wohl aus Ärger über den Lärm - erzählt, der eine Party-Teilnehmer sähe aus wie Christian Klar. Plötzlich. sei die Tür eingetreten worden, ein halbes Dutzend schwer bewaffneter MEK-Bullen sei mit gezogenen und entsicherten Maschinenpistolen hereingestürzt. Dem Kommando: »Alles an die Wand« folgten entwürdigende Durchsuchungen, Personalfeststellungen, Fingerabdrücke. Nach zwei Stunden seien die Beamten abgezogen, ohne sich auch nur zu entschuldigen. Wieder muß ich jemanden vertrösten. Solche Eingriffe in das Leben friedlicher Bürger sind mittlerweile so an der Tagesordnung, daß wir damit jede Woche Seiten füllen könnten - und über das Alltägliche wird nicht berichtet.

Zwei Schicksale, wo ich nicht das Betroffensein des einzelnen sehe, sondern das Interesse des Verlages und die Zwänge eines Blattes, das sich am Markt verkaufen will. Im Laufe der Jahre habe ich diese Notwendigkeiten so weit verinnerlicht,

daß ich in den meisten Fällen blind entscheiden konnte, ob etwas eine »Geschichte« war oder nicht. Nur in Zweifelsfällen trug ich sie dem Ressortleiter oder auf der täglichen Nachrichtenkonferenz vor.

Aber solche Entscheidungsprozesse deformieren gleichzeitig die Fähigkeit des einzelnen Redakteurs, mitzuleiden und mitzuempfinden. Ich merkte das oft erst dann, wenn ich über die Fälle wie den MEK-Überfall mit Freunden sprach - die gingen immer viel schneller und höher. in die Luft. Wenn sie mich dann fragten, warum ich nichts darüber geschrieben hätte, wenn ich mich dann verteidigte und von den Zwängen der täglichen Arbeit sprach, fragte ich mich gleichzeitig oft: Was passiert da eigentlich mit dir?

Das war der eine Grund, mal für eine Zeitlang auszusteigen.

Der zweite war viel simpler. Ich habe im Jahr so ungefähr zwanzig Geschichten geschrieben. Das war sicher im Vergleich zur Schichtarbeit am Hochofen oder zu einem durchschnittlichen Büroalltag einigermaßen spannend. Aber doch auch viel Routine: Allein die Vorstellung, bis zur Pensionierung mit 65 Jahren noch 500 Geschichten schreiben zu müssen, nach der nächsten noch 499, dann 498 und immer so weiter wie das Lied von den zehn kleinen Negerlein, nur eben viel länger, machte mich ganz krank.

Der Entschluß, irgendwann einmal für eine Zeitlang wegzugehen und Zeit zum Nachdenken zu suchen, wurde natürlich auch durch den Kutter sehr gefördert. Über das Reiseziel brauchten Eva und ich nicht lange zu grübeln: Griechenland - viele Inseln, kleine Häfen, einsame Buchten, oft sogar noch klares Wasser, freundliche Menschen. Wir hätten in zweieinhalb Jahren auch um die Welt segeln können. Nur wären wir dann oft 30 oder 40 Tage auf See gewesen, bloß um den nächsten Hafen zu erreichen. Keine Kafeneions, keine Tavernen, keine Menschen - für uns war das nichts.

Also Ägäis. Die vier Monate vor der Abfahrt schlauchten am meisten. Kündigen, Wohnungen auflösen, Impfungen, Versicherungen, Krankenkasse, Schiff grundüberholen und ausrüsten - sieben Tage in der Woche und oft bis 23 Uhr, denn der normale Job lief daneben ja weiter. Als wir dann endlich, am 27. Juni 1981, morgens um halb neun in Hamburg-Finkenwerder ablegten, waren wir eher reif für zwei Monate totalen Gammelurlaub als für die 5000 Kilometer nach Griechenland.

Seitdem sind wir also unterwegs. Zuerst geht es den Rhein und die Mosel aufwärts, dann über den Canal de l'Est zur Saone und ab Lyon die Rhone abwärts. Das allein ist ein Sechs-Wochen-Trip mit 180 Schleusen, von denen die meisten noch per Hand auf- und zugekurbelt werden müssen. Eine Strecke, wo wir oft stundenlang kein Haus sehen, dafür aber Fischreiher, Eisvögel, Adler, Libellen und Schmetterlinge - Lebewesen, die wir als typische Großstadtbewohner sonst kaum je zu Gesicht bekommen haben.

Das Mittelmeer ist nicht nur viel blauer als die Nord- oder Ostsee, es ist wie eine Erlösung, ein neuer Lebensabschnitt. Endlich unbegrenzte Sonne, endlich mal die Ruhe des Segelns nach 40 Tagen Maschinenlärm, endlich auch Weite und Einsamkeit.

Zumindest mit der Einsamkeit ist es nichts. Die Franzosen haben Urlaub, und die ganze Nation scheint auf dem Wasser unterwegs zu sein. Oft müssen **wir Schlangenlinien** zwischen kleinen Jollen und millionenschweren Luxusyachten steuern. Kunststück, durchschnittlich alle drei Meilen liegt ein Yachthafen, und die bieten Platz für 600 bis 2000 Boote. Wir ziehen das Ankern in Buchten vor, denn für eine Nacht am Kai müßten wir umgerechnet zwischen 30 und 60 Mark bezahlen, und das verträgt unsere Kasse nicht. Nur sind leider auch die Buchten so überfüllt wie eine deutsche Badeanstalt bei 30 Grad im Schatten.

Also schnell weiter nach Italien. Da ist alles ganz anders. Die Häfen sind noch natürlich gewachsen, wir liegen mitten in der Stadt, und die Gebühren sind minimal. Dazu gibt es überall frische Pasta zu kaufen; und Wein und Dieselkraftstoff, die hauptsächlich an Bord benötigten Flüssigkeiten, kosten plötzlich nur noch die Hälfte.

Je weiter südlich wir kommen, desto geringer wird der Schiffsverkehr. An der italienischen Stiefelsohle sehen wir pro Tag höchstens mal ein Fischerboot oder einen Frachter in der Ferne. Auf der 135 Seemeilen langen Strecke zwischen Reggio in der Straße von Messina und Crotone am Golf von Tarent gibt es mit Catanzaro Marina nur einen kleinen Hafen, dessen von Südstürmen eingedrückte Kaimauer kaum noch Schutz bietet und vor den Gefahren dieses Seegebietes warnt.

Doch wir kommen ohne schwere Stürme durch. Am 23. September taucht die Korfu vorgelagerte Insel Othonoi im Dunst auf, nachmittags lassen wir erstmal in einer griechischen Bucht den Anker fallen. Griechenland! Der Wirt des Kafeneions ist mit der Bezahlung in Lire einverstanden, Drachmen haben wir noch nicht, und so gibt es den ersten griechischen Kaffee, den ersten Metaxa und die ersten griechischen Fische. So richtig glücklich sind wir trotzdem noch nicht - die Fahrt war für zwei Personen verdammt hart. Aussteigen kann ganz schön anstrengend sein.

Von nun an lassen wir es ruhiger angehen. Bleiben ein paar Tage in Korfu, eine Woche auf Paxos, fünf Tage in Ithaki. Die deutschen Aussteiger, die sich dort in der Sarakiniko-Bucht einen verkarsteten Felsen gekauft haben, um mit je 10.000 Mark Einstand alternative Lebensformen zu entwickeln, deprimieren uns. Die meisten wohnen immer noch in primitiven Zelten und dröhnen in der Sonne vor sich hin. Es gibt kaum Ansätze, durch Eigenarbeit die finanzielle Zukunft zu sichern.

Viele, so erzählt man uns, sind bereits entmutigt wieder abgereist. Cliquen haben sich gebildet - die mit Geld in der Hinterhand sitzen im Dorf Vathy am Hafen beim Bier, die anderen müssen auf dem Felsen zurückbleiben und von dem leben, was die Gemeinschaftsküche täglich zusammenkocht. 70 Drachmen (knapp drei Mark) kostet die Verpflegung pro Person und Tag, dafür gibt es kaum jemals mehr als Reis, Nudeln, Tomaten und Zwiebeln. Der Gemeinschaftsanspruch ist schon lange zum Teufel. So aussteigen? Nein danke.

Von der Insel Kythira am südlichen Peloponnes, dem neuesten Geheimtip der Rucksack-Touristen für das angeblich noch unverfälschte griechische Leben, wagen wir den Sprung nach Kreta.

Dort in Iraklion wollen wir den Winter verbringen. Zwar läßt sich auch im November und Dezember noch problemlos segeln, aber wir entdecken plötzlich, wie müde wir sind. Es waren einfach zu viele Häfen in zu kurzer Zeit, zu viele Reize, die wir nicht mehr verarbeiten können. Immer häufiger müssen wir bei Fragen wie dieser passen: »Wie hieß doch noch der Hafen, wo uns Fischer den riesigen Krebs für den Kochtopf geschenkt haben?« Die Härte der Reisevorbereitungen, danach das ständige Fahren, garniert mit den täglichen Kleinigkeiten wie Kochen, Einkaufen, Abwaschen oder Wäsche waschen, hatten uns allzu sehr geschlaucht. Wir können einfach nicht mehr weiter.

Wochenlang rühren wir uns kaum von Bord: viel schlafen, lesen, Briefe schreiben. Erst allmählich starten wir zu Entdeckungsreisen über die inzwischen ziemlich touristenleere Insel. Und langsam finden wir auch Zeit und Ruhe, über uns selbst und unsere Veränderungen nachzudenken.

Vor allem haben sich unsere Ansprüche reduziert. In Hamburg brauchten wir jeder 2000 Mark zum Leben, hier kommen wir zusammen mit 1000 bis 1200 Mark aus. In Hamburg gingen wir häufig und nicht immer gerade billig essen, hier kochen wir überwiegend selbst. In Hamburg tranken wir meist französische Weine besserer Qualität, hier kaufen wir Wein vom Faß für umgerechnet 1,50 Mark pro Liter.

Wir lernen auch wieder, uns über kleine Dinge zu freuen. Ein Paket Schwarzbrot, das wir in einem Supermarkt entdecken. Briefe aus der Heimat, die uns bisher mangels fester Adresse nicht erreichen konnten. Ein paar Fische, die uns ein Fischer bringt. Griechische Freunde, die uns an Bord besuchen oder zu sich nach Hause einladen. Oder einfach, bei einem dieser Freunde mal wieder richtig duschen zu können.

Heute schreckt mich der Gedanke an die Zukunft nicht mehr, irgendetwas wird schon kommen. Ich bin viel gelassener geworden. Vor unserem Start hätte ich nicht eine Stunde lang einfach stillsitzen und nichts tun können, ich hätte zu einem Buch oder zum Telefon gegriffen oder wäre in die Kneipe gegangen. Hier hocke ich endlos im Ruderhaus, blicke auf den Hafen und denke an nichts. Oder ich feile stundenlang an einem Stück Holz für das Schiff herum; denn auszuwechseln gibt es auf einem Boot, das 35 Jahre auf dem Buckel hat, ja immer etwas.

Daneben entwickelt sich unsere bisher größte Krise: Immer häufigere Streitereien, ein Weihnachtsfest mit Tränen - winzige Anlässe eskalieren zu folgenschweren Katastrophen. Die Ursachen sind uns schnell klar. Eva und ich hatten vorher nie zusammen gewohnt, jetzt sind wir auf engstem Raum zusammengepfercht, fast 24 Stunden am Tag zusammen und, schlimmer noch, aufeinander angewiesen. Während der Fahrt war das alles nie zum Ausbruch gekommen, die ganze Reise und der Streß der täglich anfallenden Notwendigkeiten hatten für Konflikte einfach keine Zeit gelassen.

Jetzt holen wir das alles nach. Da wir auf den paar Metern Schiff einander kaum ausweichen können, wir uns dem anderen und den Problemen einfach stellen müssen, sind die Auseinandersetzungen auch besonders heftig. Es dauert Monate, bis wir unser Verhältnis wieder in Ordnung gebracht haben.

im April laufen wir zu den Kykladen aus, vor dem großen Touristenrummel und auch bevor der jährliche Sommerwind Meltemi von Juli bis September die Seefahrt allzu ungemütlich macht. Jetzt können wir uns Zeit lassen. Eine Woche sind wir bei Antonios auf Santorin, einem ehemaligen Münchner, der vor 15 Jahren eingewandert ist und seinen Lebensunterhalt mit naiven Hinterglas-Malereien verdient. Den hatte ich vor sieben Jahren beim klassischen Inselspringen kennengelernt. 14 Tage liegen wir in der Pharos-Bucht auf Siphnos, wo der einstige Athener Mathematik-Professor Mitsos, 45, mit ein paar Freunden in Zelten am Strand haust und nächtelang auf seiner Bouzouki am Lagerfeuer spielt. Griechische Aussteiger.

Noch geht es ruhig zu in der Pharos-Bucht, allenfalls zwei Dutzend Rucksacktouristen schlafen weit verteilt an den drei Stränden oder in den Felsen. Im Juli und August sieht es da anders aus. Hunderte suchen dann, so wird uns erzählt, in Pharos das ursprüngliche griechische Leben und müssen vor den paar Tavernen Schlange stehen, um überhaupt etwas zu essen zu bekommen.

Menschenleer ist auch noch die Manganari-Bucht auf Ios - kein Weg führt zu ihr, und die Kaiki, die Fähre, die im Sommer täglich die Touristen dorthin schaufelt, verkehrt noch nicht. Im Sommer schlafen da um die 200 Leute am Strand und scheißen die dahinter liegenden Büsche voll, bei 200 Leuten rechnerisch mindestens 6000 Haufen im Monat.

Natürlich ist ein eigenes Schiff da ideal. Noch immer findet man Buchten, zu denen kein Bus und keine Kaiki fährt. Zu dem Dörfchen Gerakas am Südpeloponnes beispielsweise verkehrt kein Bus, kommt das Fährschiff nur einmal

wöchentlich. Zum abendlichen Umtrunk am Kai treffen sich ausschließlich Fischer und Bauern der Gegend. Auch da bleiben wir insgesamt gut eine Woche - genauso haben wir uns das Leben in Griechenland vorgestellt. Aber für immer?

So schön es ist, dieses privilegierte Rausspringen aus dem Berufsleben, so wenig kann ich mir dieses Leben auf Dauer vorstellen. Manchmal treffen wir Segler wie Bernd oder Marianne, die schon seit fünf Jahren unterwegs sind und immer noch nicht genug davon haben. Wir treffen aber auch den Holländer Henk, der seit drei Jahren segelt und inzwischen sein Boot so satt hat, daß er am liebsten sofort aufhören würde, wenn er nur einen Käufer für das Schiff fände. Wir treffen Manfred aus Geesthacht, der von seinem gesicherten Beamten-Dasein so die Nase voll hatte, daß er die Eigentumswohnung verkaufte und seitdem mit Frau und Kind per Wohnmobil unterwegs ist. Was später aus ihm werden soll, weiß er nicht. Aber das ängstigt ihn auch nicht: »Diese zwei Jahre, die wir rumfahren wollen, die kann mir keiner nehmen. Das ist mir das Risiko wert.«

Ist es uns auch. Es kommt inzwischen schon mal vor, daß wir darüber sprechen, was im Herbst 1983 sein wird, wenn unser Geld ausgegeben ist und wir wieder nach Hause müssen. Wir könnten natürlich hier arbeiten und Geld verdienen, um den Zeitpunkt der Rückkehr möglichst weit hinauszuschieben. Wir könnten den Kutter verkaufen und versuchen, mit dem Geld hier eine Existenz aufzubauen. Aber so weit, daß ich mich ganz von Deutschland und den Entwicklungen dort lösen kann, bin ich noch nicht. Ich will mich noch engagieren. Und ich will mit der Rückkehr auch nicht allzu lange warten, weil ich glaube, daß dann die Anpassungsschwierigkeiten nur noch größer werden.

Also doch nur ein Ausstieg auf Zeit. Nur?

Konkret 04/83, S. 78

Fatima Igramhan

Eine Vorschau

Ein paar Monate nach ihrem »Atomic Salon«, einer Kollektiv-Ausstellung zur Atom- und Kriegsgefahr (KONKRET 9/82), macht sich die New Yorker Feldman Fine arts Galerie schon wieder unbeliebt. Nicht weil der Wein bei der letzten Vernissage in weißen Styropor-Bechern serviert wurde, sondern weil Etiketten mit solchen Sätzen draufklebten: »Vieles, was dich umbringt, siehst und schmeckst du nicht« oder »Wenn du als nutzlos eingestuft bist, mußt du verhungern«.

Die Plastik-Becher mit den Parolen sind bereits Teil der neuen Ausstellung. Sie stammen von der amerikanischen Konzept-Künstlerin Jenny Holzer (die in der Bundesrepublik auch durch ihre Wandsprüche bei der letzten Documenta bekannt wurde) und gehören zu den fast hundert Exponaten, die Galerist Ronald Feldman und Carrie Rickey von der Zeitschrift »Village Voice« zum Thema »1984« zusammengetragen haben.

Die Organisatoren der Ausstellung wissen: »Kunst ist in New York nur eine Industrie wie jede andere auch - ausschließlich für den Profit.« Carrie Rickey wundert sich deshalb auch nicht mehr sonderlich, wenn weder die »New York Times« noch andere wichtige Magazine ein Wort über diese Schau verloren haben: »Das nenne ich Selbstzensur der Kritiker. Sie kuschen vor der Kunstpolitik der Museen und Sammler, die ihre Kunst von jeder linken politischen Aussage frei halten wollen.«

Dabei versammelt die Galerie in ihren beiden riesigen Fabriketagen im New Yorker Stadtteil Soho nicht nur hierzulande unbekannte Avantgarde-Künstler, sondern auch »moderne Klassiker« wie Roy Lichtenstein und George Segal, die zu Höchstpreisen gehandelt werden.

Daneben - wie schon im »Atomic Salon« - beteiligen sich auch wieder der Kunstlehrer Tim Rollins und seine fünfzehn Schüler aus dem Getto von South Bronx an der Ausstellung. Sie haben ein sechs mal zwei Meter großes Wandbild geklebt, besprüht und bemalt und haben es »Ignoranz ist Stärke« genannt. Auf den 184 Seiten der Taschenbuchausgabe von George Orwells berühmtem Roman haben sie ihre eigene Vision von Zukunft 1984 dargestellt: Angst, Wucher, Schreie, Kontrolle, Panzer, Roboter, Ruinen...

»Bevor ich mich von einem Computer terrorisieren lasse, sterbe ich lieber im Feuer der Atombombe«, sagt der vierzehnjährige Puertorikaner Luis, und sein jüngerer Freund, der auch an dem Bild mitgearbeitet hat, meint: »Klar, es gibt Krieg. Daran kommen wir nicht vorbei. Aber wir hier unten in der Bronx überleben das auch noch.«

Auch der Bildhauer John Ahearn arbeitet in der Bronx (seine Skulpturen werden in der Bundesrepublik demnächst von der Kölner Galerie Zwirner vorgestellt). Ahearns Gips- und Fiberglas-Figur »Andrea« dominiert die ganze 1984-Ausstellung: Der resignierte Blick einer schwarzen Getto-Bewohnerin verfolgt den Besucher durch die ganze Galerie.

»Alle meine Porträts«, sagt Ahearn, dessen Galerie-Tür in der Bronx für seine Nachbarn stets offen ist, »sind Abbilder von Menschen, denen ich hier oben im Niemandsland begegne. Im Grunde ist für diese Leute schon seit Jahren 1984. Ihre Leben sind von unsichtbaren, grausamen Mächten, von korrupten politischen Apparaten kontrolliert. Sie können nur reagieren, kaum agieren. Und sie können sich kaum wehren, denn für Kranke, Alte und vor allem für rassische Minoritäten wie Schwarze oder Puertorikaner gibt es keine Lobby in New York.«

Das bekannteste Stück der Ausstellung war Anfang des Jahres bereits auf dem Titel der Zeitschrift »Time« zu sehen: der Heimcomputer der Firma Apple, der neue Hausgenosse von zehn Millionen Amerikanern, der »Mann des Jahres 1982«. Der Bildhauer George Segal, der mit ähnlichen Environments schon in den sechziger Jahren zu Ruhm kam, hat die neue US-Kleinfamilie mit seinen Gipsfiguren nachgebaut: Vater hockt vor dem Apple-Luxusmodell und bastelt an der Kostenaufstellung seiner Firma, und Mutti bestellt sich mit dem Billig-Computer einen Kleiderschnitt beim Versandhaus »Big Brother«. Die neue Technik ändert eben am alten Rollenbild gar nichts.

Segals Kritik ist konservativ: »Der Computer verspricht, wie früher das Fernsehen, ein Paradies. Aber in Wirklichkeit bringt er nur Ärger. Meine Skulptur zeigt ein Paar, das verzweifelt versucht, in diesen modernen Zeiten zu überleben.« Segal würde wahrscheinlich auch seiner Kollegin Jenny Holzer widersprechen, die sich »mehr solcher Gruppenausstellungen mit politischem Inhalt« wünscht; er hat Angst, »seine künstlerischen Qualitäten zu verlieren, wenn man zu sehr politisiert«.

Die Ausstellung »1984 - A Preview« zeigt, gerade auch mit ihren dezidiert politischen Exponaten, daß Segals Sorge unbegründet ist.

Konkret 04/83, S. 82

Johannes Kaiser

Unbekannter Kino-Multi

Die Pariser Firma Gaumont, ohne die in Westeuropa kaum noch ein großer Kinofilm produziert werden kann, wird zum multinationalen Medienkonzern.

Die 1895 gegründete Pariser Filmfirma - die älteste der Welt - ist der letzte Kinoriese des Kontinents und die einzige Gesellschaft, die die Konkurrenz mit Hollywood aufnehmen kann. Aber während die amerikanischen Studios größten Wert auf Schlagzeilen legen, ist der Name Gaumont beim Kinogänger so gut wie unbekannt.

Dabei sind die französischen Filmemacher fast alle fest in Gaumonts Hand, und selbst wenn jemand einen unabhängigen Produzenten findet, wendet sich dieser häufig an Gaumont mit der Bitte um Beteiligung. Italien bietet dasselbe Bild, denn mit der Opera Film Produzione ist der landesgrößte Produzent eine Gaumont-Filiale. Fellini, Antonioni, Bertolucci, Rosi, die Gebrüder Taviani - alle drehen auf Gaumonts Rechnung. Ob Bunuel, Saura oder Bergmann - Paris ist mit von der Partie. Seit der neue deutsche Film internationales Renommee errungen hat, bemühten und bemühen sich die Franzosen um Fassbinder, Herzog, Geissendörfer, Syberberg, Trotta und Schroeter. Die umstrittene »Danton«Verfilmung von Andrzej Wajda, die erste Auslandsproduktion des sowjetischen Regisseurs Andrej Tarkowski in Italien, Volker Schlöndorffs Projekt »Swann's Welt« von Proust auf die Leinwand zu bringen - stets ist Gaumont beteiligt.

Fast könnte man meinen, daß der europäische Film in Gaumont endlich den kapitalstarken Mäzen gefunden hat, wenn nicht einige Unstimmigkeiten das Bild trübten.

In Dutzenden von Fällen haben die für die Produktion verantwortlichen Gaumont-Manager Toscan du Plantier und Manuel Schlumberger (Angehöriger einer alteingesessenen Industriedynastie, die auch an Radio Luxemburg beteiligt ist) Filmprojekte abgelehnt, weil ihnen der Regisseur nicht paßte. So kam zum Beispiel Rainer Werner Fassbinder an »Querelle«, denn Werner Schroeter, der zuerst vorgesehen war, fand in den Augen des Coproduzenten Gaumont keine Gnade. Gaumont setzt auf Namen, die kommerziellen Erfolg versprechen. Und je berühmter, desto höher fällt das Budget aus. Das wird auch offen zugegeben, schließlich ist man ein Wirtschaftsunternehmen und kalkuliert marktgerecht. So ist auch erklärlich, warum sich Gaumont für die Gebrüder Taviani erst interessierte als ihr »Padre Padrone« in Cannes die Goldene Palme gewonnen hatte, und Margarethe von Trotta erst unter Vertrag genommen wurde, als die »Bleierne Zeit« in Venedig den Goldenen Löwen erhalten hatte.

Bisweilen hat Gaumont auch andere Besetzungswünsche als die Regisseure, doch selbst, wenn auch die erfüllt werden, kann es bei der Abnahme noch zu Schwierigkeiten kommen. Das mußte zum Beispiel Dieter Schidor erfahren, Fassbinder-Produzent und Partner der Gaumont bei »Querelle«. Die erste Drei-Stunden-Fassung gefiel durchaus nicht. Man wies Schidor wie Fassbinder darauf hin, daß der Film in dieser Version nur in ganz kleinem Rahmen gebracht werden könnte. Wenn er jedoch groß gestartet werden sollte, dann müßte er auf die normale Kinozeit gekürzt werden. Fassbinder beugte sich und strich. Er wußte, daß Gaumont sonst seinen Film in die Filmkunsttheater abgeschoben hätte. So trimmt der Konzern seine Ware auf eine Geschmackslinie, die Gaumonts Produzenten für verkäuflich halten. Für Experimente bleibt da wenig Platz.

»Wenn wir ablehnen«, sagt Gaumont-Präsident Nicolas Seydoux lächelnd, »gibt es keinen anderen mehr«. Das ist vielleicht übertrieben, dennoch beherrscht die Gesellschaft ihren Markt souverän. Und sie kann sich der Unterstützung der sozialistischen Regierung sicher sein. Denn die Gaumont ist stärkster Verbündeter in Kulturminister Jack Langs Kampf gegen den Kulturimperialismus der USA. Daß in Frankreich heute wieder (wie zuletzt 1968) jährlich 200 Millionen Kinokarten verkauft werden und daß sich bereits jeder zweite Besucher einen französischen Film ansieht, ist das Verdienst von Gaumont. Und der Verdienst.

Den Sozialisten hat Gaumont viel zu verdanken: Jack Lang ließ einen Gesetzentwurf der alten Regierung, nach dem sich das Unternehmen von gut der Hälfte seiner Kinos hätte trennen müssen, stillschweigend wieder in der Schublade verschwinden. Damit ist Gaumont gerettet, denn den Grundstock der Konzern-Macht bildet jener nunmehr unangetastete Kinobesitz.

Allein in Frankreich gehören der Gesellschaft über 550 Lichtspielhäuser. Sie ist damit landesweit der größte Saaleigentümer, kontrolliert den nationalen Kinosektor, bestimmt weitgehend, was Frankreichs Kinobesucher vorgesetzt bekommen. Resultat: bestimmte anspruchsvolle Werke, wie zum Beispiel Güney's »Die Herde«oder Fassbinders »Die Ehe der Maria Braun«, laufen zwar in Paris, aber nie in der Provinz. Dorthin werden fast nur die erfolgssicheren Unterhaltungsstreifen geschickt. Ein künstlerisches Risiko will Gaumont nicht eingehen, statt dessen wird der Kitsch kultiviert.

Dabei blockiert sogar der eine Geschäftszweig den anderen: So klagt René Bonnell, zuständig für den Vertrieb, darüber, daß er für Filme wie Comencini's »Eugenio« keine Säle findet, nicht einmal unter Gaumonts eigenen Kinos.

Nun beschränkt sich Gaumonts Kinobesitz aber nicht nur auf Frankreich. Auch in Italien gehört ihr eine gutgehende Kinokette, die 1981 über 4 Millionen Besucher lockte. Auch in New York ist Gaumont an einer Reihe von Sälen beteiligt, ebenso wie in Sao Paulo und Rio de Janeiro. Und stimmen die Gerüchte, so ist auch bald in der Bundesrepublik damit zu rechnen, daß Gaumont als Kinopartner auftritt.

Seine internationalen Vorführstätten bestückt der Gaumont-Verleih und -Vertrieb. Entweder werden diese Säle mit alleinproduzierten oder mitfinanzierten Filmen beliefert, oder man kauft die Aufführungsrechte von anderen Produzenten. So hat die Gaumont zum Beispiel für Frankreich den amerikanischen Kassenschlager »E. T.« erworben. 40 bis 50 Filme pro Jahr füllen die Vertriebsliste. Natürlich wurde diese Verleihaktivität auch internationalisiert. In Italien kümmert sich Gaumont spa darum. In Belgien hat Gaumont ebenfalls eine gutgehende Filiale, und in Brasilien ist die Firma zur wichtigsten Verleihgesellschaft des Landes geworden. In der Branche spricht man jetzt auch von Gaumont-Verhandlungen mit der deutschen Beta-Film.

Nicht ganz so glänzend war wohl bislang das US-Geschäft. Der Anteil europäischer Filme am US-Markt beträgt nur 2 Prozent. Das soll geändert werden, und zwar durch eine neugegründete gemeinsame Vertriebsorganisation mit der Filmgesellschaft Columbia. Die Tochter heißt in branchenüblichem Optimismus Triumph.

Zuwachsraten von 20 Prozent weist dagegen Gaumonts Accessoires-Industrie auf: Poster, T-Shirts, Aufkleber usw. Vermarktet werden auch die Filmmusiken sowie Varieté-Schlager und Klassik. Die drei Musik-Verlage Gaumont Editions Musicales, Gaumont Musique und Editions Costallat-Erato kaufen und verkaufen Musikrechte und Titel, produzieren Platten und vertreiben sie. Die Umsätze lagen 1981 über 25 Millionen Francs.

Auch um Bücher kümmert sich der Konzern. Ihm angeschlossen ist die Editions Jean-Pierre Ramsay mit 17 Millionen Francs Umsatz. An Frankreichs größtem Buchverlag, der Gallimard, hält Gaumont Beteiligungen. Außerdem reserviert Gallimard die Verfilmungsrechte aller seiner Bücher exklusiv für Gaumont. Mit Italiens großem Buchverlag Feltrinelli wird derzeit wegen einer Beteiligung verhandelt. Außerdem hat der Pariser Trust gerade eine Mehrheitsbeteiligung an dem französischen Nachrichtenmagazin »Le Point« erworben, mit 300.000 Auflage eines der größten Wochenblätter Frankreichs. Und schließlich besitzt der Medienkonzern noch Freizeitcenter, Diskotheken und Boutiquen.

Auch in den Videomarkt ist die Firma eingestiegen, hat hierfür zusammen mit Columbia und RCA in den USA eine Tochterfirma gegründet und sich in Frankreich mit Gallimard zu Edivisuel zusammengeschlossen. Über 300 Titel wurden bereits auf Kassette kopiert. Wie mit den Kinos will Gaumont auch beim Video noch am Vertrieb verdienen. Eine gemeinsame Tochter von Gaumont und der größten französischen Werbeagentur Publicis wird in Frankreich in den nächsten zwei Jahren 250 Videotheken eröffnen.

Angesichts der Tatsache, daß die Sozialisten gerade beschlossen haben, Frankreich an die Glasfaserstrippe zu hängen, verspricht auch das noch defizitäre Kabelprogramm, das Télé-France in New York betreibt, eine lohnende Anlage. Hier kann man ausprobieren, was später Frankreichs Fernsehzuschauern über die Glasfaserkanäle serviert bekommen sollen. Da Frankreichs Sozialisten fest entschlossen sind, die Kabelprogramme nicht mit ausländischen Billig-Serien füllen zu lassen, bleibt als einziger potenter Programmpartner nur Gaumont. Und natürlich hat der Konzern auch bereits eine Fernsehproduktionsfirma. Allerdings sperren sich die drei nationalen Fernsehanstalten noch gegen eine Zusammenarbeit, worüber der Verband der französischen Filmschaffenden, das BLIC, sehr erbost ist. Doch auch hier hat Jack Lang seine Unterstützung schon zugesagt.

Anders als ihre französischen Kollegen haben die deutschen Regisseure ein durchaus zwiespältiges Verhältnis zu dem Pariser Medien-Multi. Einerseits ermöglicht die Gaumont Produktionen, die anders nie zustande kämen, andererseits haben sie sich unkontrollierten Konzerninteressen zu unterwerfen. So hatte die Gaumont zum Beispiel im letzten Jahr verhindert, daß Hans W. Geissendörfers »Zauberberg« auf der Berlinale gezeigt wurde. Gegen den Willen des deutschen Regisseurs wollte der französische Geldgeber »seinen« Film erst in Cannes präsentieren. Als dann, wenige Wochen später, für die Gaumont ein anderer Streifen Festival-Priorität bekam, fiel der »Zauberberg« ganz unter den Tisch. Und »Querelle«-Produzent Dieter Schidor sagt-. »Ich kenne niemanden, keinen Verleih, keinen Produzenten, der mächtiger ist als die Gaumont«.

Konkret 04/83, S. 83

Wolf Donner, Margarete von Trotta

Eine Hexenjagd

Fast einhellig und ungewöhnlich scharf und aggressiv hat die deutsche Kritik den neuen Film der Regisseurin Margarete von Trotta, »Heller Wahn«, verrissen.

Deutsche Kritiker haben den Film »Heller Wahn« von Margarete von Trotta nahezu unisono verrissen, mit ungewöhnlicher Schärfe und Aggressivität. Die Geschichte einer Frauenfreundschaft, von den dazugehörigen Männern mit Eifersucht und Intrigen beantwortet, ist in den Rezensionen ein »Rührstück der Frauenbewegung« (»Zeit«), eine »Totgeburt« (»Frankfurter Rundschau«), ein »Desaster« und »Rückfall in den Dilettantismus« (FAZ). Vier Vorwürfe kehren in fast allen Besprechungen des Films wieder:

1. Die Figuren »reden, wie sie angezogen sind: von der Stange weg (der jeweiligen Mode)« (FR).

2. Die Schauspieler sind reine Chargen, sie »spielen derart klischeehaft, daß es nur komisch ist« (»Zeit«).

3. Die »luxuriösen Interieurs« (»taz«) sind die typische Kulisse für ein »Intellektuellenzirkelchen« (»FAZ«).

4. »Heller Wahn« ist ein lebensferner »Thesenfilm« (»Zeit«) mit Bildern »von einer geradezu entsetzlichen Plattheit, Vordergründigkeit« (FAZ), mit Männern »wie auf dem Reißbrett konstruiert« (»Süddeutsche Zeitung«) und Frauen, die »schematisch als Goldmarie und Pechmarie des arrivierten Bildungsbürgertums« (»taz«) erscheinen.

Am stärksten erregt die Rezensenten das Bild der beiden Ehemänner in Margarete von Trottas Film. Zwei Kritikerinnen schimpfen gedämpft. Barbara von Ihering, »Spiegel«: »Im Gruselkabinett menschlicher Schwächen bewegen sich bei der Trotta fast ausschließlich Männer... Die Rolle der Männer ist erbarmungswürdig, die Anklage gegen die unerbittlich.« Christa Schmidt, »taz«: »Nachdem nun die Schwanz-ab-Phase ausgelaufen ist, laufen die Frauen mit Schießeisen Amok?«

Die männlichen Kritiker gehen weiter, reden plötzlich von sich als Männer, als Angegriffene, als spürbar Verletzte. Werner Mathes, »Tip«: »Offenbar gibt's im deutschen Film leider immer noch einen Bonus dafür, wenn wer ohne Schwanz auf die Welt gekommen ist. Aber warum müssen da immer noch die Männer mitspielen?« Peter Buchka, »SZ«: Daß die Männer »barbarisch die Zuchtrute ihrer Ermahnungen schwingen... So läppisch vor der starken Weiblichkeit kneifen, das will mir im Film ganz und gar nicht einleuchten.« Ulrich Greiner, »Zeit«: »Die Männer sind allesamt eitel, egozentrisch, autoritär, unsensibel. Die Frauen hingegen sind phantasie- und liebevoll, empfindsam und solidarisch. Es ist infolgedessen für einen Mann, der noch Rudimente von Selbstbewußtsein besitzt, nicht möglich, diesen Film gerecht zu beurteilen.«

KONKRET sprach mit der Regisseurin Margarete von Trotta.

KONKRET: Die Männer schlagen zurück, manche mit Schaum vorm Mund. Auch hier eine »Wende«, das Ende der Emanzipation?

von Trotta: Ein Kritiker hat das so zu einer Freundin von mir gesagt: »Wir müssen uns jetzt mal anfangen zu wehren, wir als Männer.« In diesem Sinne sind ja die Kritiken auch geschrieben. Ich glaube, Frauen werden solange geduldet, wie sie im Frauengetto bleiben. Aber sowie man uns international beachtet, werden wir bestraft. Es ist eine reine Bestrafungsaktion.

KONKRET: Auch eine Strafe für den Erfolg der »Bleiernen Zeit«?

von Trotta: Ja, besonders für den Erfolg im Ausland. Werner Herzog hat mir das vorausgesagt: »Egal wie gut oder schlecht dein Film ist, du wirst jetzt in Deutschland getunkt.« Die Kritiker waren nach der »Bleiernen Zeit« von vornherein abwehrbereit und kamen außerdem mit dem Rezept im Kopf nach Berlin, der deutsche Film nach Fassbinder sei tot. Ich wußte also ungefähr, was kommt. Nur daß die Hexenjagd so vehement und so sexistisch ausfiel, das hat mich entsetzt.

KONKRET: Männerfreundschaften sind ein jahrtausendealtes literarisches Motiv und ein jahrzehntealter Kinomythos. Daß Frauen da nur Nebenrollen spielten, regte bisher niemanden auf.

von Trotta: Eben weil die Männerfreundschaft ein Topos seit der griechischen Mythologie ist. Und weil es Vergleichbares zwischen Frauen nicht gibt, besonders nicht im Film. Ich möchte der bisherigen Tradition gern einen Mythos der Frauenfreundschaft entgegensetzen. Aber das sieht die Kritik gar nicht.

KONKRET: Das heißt, die Geschichte von »Heller Wahn« als Männerfilm mit zwei oder drei Frauen im Hintergrund wäre anstandslos akzeptiert worden? Wim Wenders zum Beispiel macht ja nur Filme über Männer und begründet das einfach damit, das kenne er besser...

von Trotta: Und in einem Interview neulich hat er gesagt, ich sei die einzige, die ein Gegenmodell zu etablieren versuche. Aber man darf das offenbar nicht, schon gar nicht als Frau. Seit meinem ersten Film habe ich geantwortet: 'Warum stellt ihr

nicht Wenders oder Herzog die gleichen Fragen wie mir?'

KONKRET: Wehrt sich die Kritik nicht auch gegen das Konterfei des eigenen Milieus in diesem Film?

von Trotta: Das ist nicht der einzige, aber ein wesentlicher Grund der Attacken. Ich kenne diese Herren ja seit Jahren und habe z. B. beobachten können, wie sie mit ihren Frauen umgehen: Meist stehen die drei Meter entfernt, werden nirgends einbezogen und warten bescheiden, bis die Männer fertig sind mit Reden.

KONKRET: Ich habe auch Einwände gegen den Film, aber mich irritiert das gnadenlose Schlachtfest meiner Kollegen. Was provoziert diese Wut, was ist da passiert?

von Trotta: Ich weiß es selber nicht. Ich glaube, die Abwehr von vornherein hindert diese Kritiker daran, genau hinzusehen und den Film mitzuempfinden, die sehen nur, was sie sehen wollen, Klischees, und sie sind nicht bereit, wahrzunehmen, was unter der Oberfläche stattfindet. Das aber ist für mich das wichtigste: das Schweigen, die kleinen Nuancen. Ein Kritiker hat vor der Premiere gesagt: »Ich habe die Inhaltsangabe gelesen und weiß schon, daß der Film mich nicht interessiert.« Wie soll der dann einsteigen und entdecken, was hinter dem reinen Inhalt im Film passiert!

KONKRET: Gibt es schon Reaktionen vom Ausland?

von Trotta: In den italienischen Zeitungen steht das Gegenteil von dem, was hier geschrieben wird: der Film sei ganz und gar nicht gescheitert, aber man habe ihn in Berlin mit auf mich gerichteten Gewehren erwartet. Ich komme gerade aus Holland, da ist es ähnlich. Auch wenn sie Probleme mit dem Film haben, hat mich da doch keiner so beschimpft wie hier.

KONKRET: Welche Vorwürfe schmerzen besonders?

von Trotta: Es ist die Tonart generell. Aus diesen haßerfüllten Kritiken kann ich nichts lernen. Ich frage mich, was die eigentlich wollen: mich verändern, mich zum Schweigen bringen? Besonders den Vorwurf der Klischeefiguren finde ich ungerecht.

KONKRET: Gibt es Vorwürfe gegen den Film, die Sie akzeptieren?

von Trotta: Da die Kritiker bei allen meinen Filmen vieles gar nicht erkannt haben, frage ich mich jetzt, ob es nicht ein generelles Unvermögen von mir ist, das, was ich empfinde und was mir allein wichtig ist, sichtbar zu machen und an die Oberfläche zu bringen; das, was sich nur im Schweigen, in der Andeutung abspielt.

KONKRET: Wie werden Sie persönlich mit dieser Pauschalverdammung fertig? Arbeiten Sie weiter am Rosa-Luxemburg-Projekt?

von Trotta: Natürlich werde ich lieber geliebt als angegriffen, das ist menschlich. Gleichzeitig bin ich aber eine Kämpferin. Je mehr man mich angreift, desto stärker werde ich auch. Ich schreibe weiter an dem neuen Drehbuch.

Konkret 04/83, S. 89

»Ich bin kein Kamera-Voyeur«

Ein deutscher Fotograf erregt seit einiger Zeit viel Aufsehen in New York: Miron Zownir. Jetzt werden die Arbeiten des »teutonischen Phänomenografen« (so die Zeitschrift »Village Voice«) zum ersten Mal auch bei uns ausgestellt - im »Großstadtdschungel«, einer Ausstellung des Kunstvereins München.

Vor gut zwei Jahren ist Miron Zownir, der 29jährige deutsche Fotograf ukrainischer Abstammung, von Westberlin nach New York gezogen. »Hier ist es von Vorteil«, sagt er, »wenn man im Aussehen und in der Arbeit zu weit geht - in Deutschland ist das ein absoluter Nachteil.«

Zownir kostet den Vorteil weidlich aus. Lederdress, Glatze und dunkles Augen-Make-up sind zu seinem Markenzeichen geworden: »Wenn ich so rumlaufe, kriege ich Respekt, mehr Distanz zu den gaffenden Fratzen auf der Straße«. Aber die Distanz zu seinen Foto-Motiven verringert sich. Die Arbeiten seiner letzten Ausstellung im »Lucky Strike-Club« in Manhattan zeigen tragische Menschen - den kraushaarigen Transvestiten in Spitzen-Dessous, der sich auf dem Klo eine Spritze in den Arm setzt, den zahnlosen schwarzen Stricher, der wahnsinnig lachend seinen Hintern in die Kamera streckt, eine Drei-Zentner-Frau, verschnürt wie ein Fleischpaket, auf einem eisernen Bettgestell. »Meine Bilder sind eine Attacke auf eine Moral, die Sex als Ware nur appetitlich serviert zuläßt.« Obwohl es natürlich keine Schnappschüsse sind, legt Zownir, der sich das Fotografieren selbst beigebracht hat, großen Wert auf die Authentizität seiner Fotos: »Ich erlaube den Leuten vor der Kamera, sich voll auszuleben. Sie spüren, wie ich sie akzeptiere, mich mit ihnen identifiziere. Ich bin ihr Psychoanalytiker. Ich bin kein Voyeur, der mit Teleobjektiven Sensationsfotos schießt, ich habe die Grenzen der konventionellen Fotografie überschritten.«

Dennoch - oder deshalb - kann Zownir von seiner Arbeit nicht leben. Anfragen von Sexmagazinen, die seine Fotos abdrucken wollten, hat er bisher immer abgelehnt: »Ich respektiere die Menschen auf meinen Fotos und will sie nicht ausbeuten.« Da beutet er sich lieber selber aus, und seine Freundin dazu. »Als mal wieder die Miete fällig war«, erzählt Zownir, »haben wir einfach eine Hostessen-Agentur angerufen. Die schickten uns zu einem Mann, so um die vierzig, ins Waldorf-Astoria. Der wollte uns ficken sehen, sonst nichts. Dafür zahlte er 400 Dollar die Stunde - es war wunderbar einfach.«

Konkret 04/83, S. 90

Max Frisch, Jan-Philipp Sendker

Die Poesie wühlt um

Max Frisch, dessen politisches Engagement nicht zuletzt auf seine Freundschaft mit Bert Brecht zurückgeht, hat sich immer auch in die Tagespolitik eingemischt. Doch seit einiger zeit hört man hierzu kaum noch etwas von dem 71jährigen Schweizer Schriftsteller. KONKRET-Mitarbeiter Jan-Philipp Sendker hat mit Max Frisch gesprochen.

KONKRET: Nachrüstung und wachsende Kriegsgefahr: Stichworte aus der politischen Diskussion in Europa, vor allem der Bundesrepublik. Der Schriftsteller Max Frisch schweigt dazu.

Frisch: Nein. Der Eindruck entsteht, weil ich seit drei, vier Jahren in Amerika lebe, genauer in New York, und das nicht nur, weil New York schön und interessant ist. Dort werden die Entscheidungen gemacht, die wir als Europäer dann ausbaden müssen: Ist Europa nur noch ein Schlachtfeld oder nicht. Ich war dort auch bei diesem großen Friedensmarsch im Central Park, habe gewissen Kontakt mit dem Anti-Nuklear Movement; ich bin dort jetzt mehr engagiert als bei uns. Ich unterstütze voll und ganz die Friedensbewegung, was aber nicht heißt, daß ich für ein sofortiges, totales Waffenstrecken bin, aber für einen Abbau dieser Waffen. Dazu gehört auch die Friedensforschung, die Untersuchung der möglichen Gründe für einen Krieg. Zum Beispiel ist einer der möglichen Gründe für einen Krieg, daß die USA die Sowjetunion durch die Rüstung ökonomisch kaputt machen will. Also zu Tode rüsten. Das ist an und für sich schon ein Krieg, bevor geschossen wird. Das muß gestoppt werden, denn das Risiko ist sehr groß, daß die Russen in die Bedrängnis kommen, daß sie schießen müssen, wenn sie nicht ökonomisch kaputt gemacht werden wollen. Also die Erforschung der Gründe, die zu einem Konflikt führen, das gehört zur Friedensbewegung. Die Friedensbewegung in Amerika ist naiver, weniger ideologisch als die der Bundesrepublik. Aber wenn sie so einen Marsch sehen von 700.000 Menschen, sehr gemischt, mit viel mehr Fun, weniger organisiert, fragen Sie sich: Mein Gott, was bewirkt das? Aber auf lange Sicht bewirkt es eben doch etwas!

KONKRET: Daran glauben Sie noch?

Frisch: Ja. Das bewirkt etwas. Wenn es ein totales Schweigen wäre, wäre ich noch verzweifelter.

KONKRET: Und wie schlägt sich dieses Engagement literarisch nieder?

Frisch: Mehr und mehr bin ich dazu gekommen, das politische Engagement in der Literatur und das politische Engagement als Staatsbürger zu trennen. Ich glaube auch weniger an die Wirkung einer direkt politischen Äußerung in der Literatur, sondern die politische Wirkung ist die: daß es Literatur gibt, die nicht einen Parteizweck erfüllt, aber eine Irritation ist. Die Literatur spricht immer eine andere Sprache als die Herrschaftssprache, welche Herrschaft es auch sei, und ist dadurch eine Irritation.

Es kann also sein, um ein Beispiel aus der jüngeren Zeit zu nennen, daß ich ein Buch schreibe, wie »Der Mensch erscheint im Holozän«, wo man nur schwer eine politische Position findet. Aber zur gleichen Zeit, als Staatsbürger, habe ich Reden gehalten vor den Gewerkschaften, vor dem Parteitag der SPD. Das politische Engagement muß also nicht in jedem Gedicht sein. Aber natürlich steht die literarische Produktion unweigerlich vor dem Hintergrund eines politischen Bewußtseins.

KONKRET: Sie haben mal gesagt: Ich schreibe nicht, um die Welt zu verändern.

Frisch: Ich wüßte nicht, wo dieser Satz steht, ich glaube nicht, daß ich ihn so gesagt habe, oder man müßte wirklich wissen, in welchem Kontext.

KONKRET: Es ist schon einige Jahre her, in einem »Zeit«-Interview.

Frisch: Sicher habe ich einmal gesagt, daß ich die Aufgabe des Schriftstellers (ich kann das allerdings nicht für die anderen sagen) darin sehe, Fragen zu stellen, auf die ich keine Antwort weiß. Später bin ich dazu gekommen, daß die Poesie, die Kunst, die Aufgabe hat, zu irritieren. In jedem System ist sie subversiv, im positiven Sinn: Sie wühlt um. Sie wühlt um, und damit trägt sie zu einer Veränderung bei. Aber sie gibt nicht das Programm. Jede Literatur, die diesen Namen verdient, konfrontiert oder unterwühlt die Herrschaftssprache. Kein Schriftsteller könnte je so schreiben, wie Helmut Kohl spricht; deshalb desavouiert er diese Sprache, diesen Zuckerguß.

KONKRET: Sie irritieren nun nicht nur die Herrschaft, mit dem, was sie schreiben.

Frisch: Natürlich. Ich wende mich ja nicht an ein Gouvernement oder an eine Partei, sondern eigentlich an den einzelnen Leser als Partner. Wobei ich ihm nicht sage, wie es ist; er kann ja antworten, es ist ein Dialog. Aber ich versuche, ihn zu vitalisieren, damit er nicht hinnimmt, was die Herrschaftsklasse ihm sagt.

KONKRET: Die Erfahrungen, die Sie als Architekt und im Städtebau gemacht haben, waren sehr wichtig für Ihr politisches Engagement. Es ging und geht da natürlich in erster Linie um das Problem des Privateigentums an Wohnraum - eine Frage, die jetzt in den Häuserkämpfen wieder sehr akut geworden ist.

Frisch: Sicher, solange wir noch Privateigentum an Grund und Boden haben, können wir nicht wirklich Städteplanung und Städtebau betreiben.

KONKRET: Da stellt sich dann ja sehr schnell, wie bei den Hausbesetzungen, die Gewaltfrage. Die einen sagen, eine Hausbesetzung sei Gewalt, die Besetzer sagen es sei Notwehr; Gewalt sei die Spekulation mit der Wohnungsnot.

Frisch: Das ist es natürlich. Und auch die Banken üben natürlich Gewalt aus. Und wenn das deutsche Großkapital bei einem SPD-Wahlsieg mit einem Investitionsstreik droht, ist das auch Gewalt. Diese ganze Diskussion um Gewalt und Gegengewalt ist ja nicht neu, die ist ja schon während der 68er-Revolte sehr ausführlich geführt worden.

KONKRET: Wie ist denn, nicht nur in diesem Zusammenhang, Ihre Haltung zu diesen neuen Protestbewegungen, zu den Grünen?

Frisch: Es ist nicht nur gut, daß das alternative Element jetzt da ist, es ist dringend notwendig. Ich war immer der Meinung, daß die verschiedenen etablierten Möglichkeiten, die uns bisher angeboten wurden, an der Realität vorbeigingen. Jetzt erkennen wir, wie festgefahren die drei Parteien sind, und daß sich FDP, SPD und Union so furchtbar nicht voneinander unterscheiden. Die Grüne Bewegung, kombiniert mit der Friedensbewegung, bringt eine Irritation in die Demokratie.

KONKRET: »Erfahrungen mache ich nur noch beim Schreiben.« Ein Satz von Ihnen, der mich sehr erschreckt hat.

Frisch: Das ist ein sehr ironischer Satz von einem alten Mann. Indem ich schreibe, merke ich, was an dem Satz nicht stimmt, warum er mir vorkommt wie ein Satz von einem anderen. Und ich merke, daß eine kleine Abweichung zwischen diesem Satz und meinem Empfinden ist. Also werde ich mir dieser Abweichung bewußt und suche mein eigentliches Empfinden, mache eine Selbsterfahrung. Es ist natürlich auch eine gewisse Koketterie dabei.

KONKRET: Günter Grass sagte neulich in einem Interview, er könne sich heute nicht hinsetzen und Literatur schreiben, wenn er nicht sicher sei, ob es in vier oder fünf Jahren überhaupt noch Menschen gibt, die das lesen können. Haben Sie auch diese Zukunftsangst?

Frisch: Oh ja. Vor hundert Jahren war doch noch jeder Schriftsteller davon überzeugt, daß seine Werke auch in zweihundert Jahren noch gelesen würden. Sogar Brecht spricht noch an die Nachgeborenen. Heute müßte einer schon ein ziemlicher Idylliker sein, wenn er sagt: Was ich hier jetzt schreibe, werdet ihr nicht verstehen, aber in achtzig Jahren wird man das verstehen. Wird noch gelesen, auch wenn der große Holocaust nicht kommt? Wird nicht vielleicht der Buchstabe überhaupt abgeschafft? Wir sind heute viel mehr auf das Jetzt ausgerichtet. Wir schreiben für die Zeitgenossen. Das ist natürlich eine Einengung, es fehlt an einer Transzendenz.

KONKRET: Wie wirken sich denn die technischen Entwicklungen, vor allem die Computerisierung, bei Ihnen aus? Lähmend oder sehen Sie darin auch positive Möglichkeiten?

Frisch: Es lähmt mich nicht, aber es beunruhigt mich natürlich. Man sieht ja nicht, wohin das führt; auch die Eingeweihten sehen es nicht. Nehmen wir als politisches Beispiel die Datenspeicherung durch den Computer. Das ist etwas, das vor fünfzig Jahren nicht denkbar war. Jeder Husten ist gespeichert, als wenn das irgendeinen Knochen interessiert.

KONKRET: Ich denke nur, wer schreibt, muß sich damit beschäftigen, wie die Mikrochips die Welt verändern, wie sie die meisten Arbeitsplätze, die Freizeitgewohnheiten und also auch die Menschen verändern, und das nicht in zwanzig Jahren, sondern jetzt.

Frisch: Diese Entwicklung hat ja eigentlich niemand gewollt, ja noch nicht mal die Polizei oder die Staatssicherheit. Aber die Technik bietet Dinge an, die genutzt werden müssen wie sie sind. Als simples Beispiel so: Da gibt es eine Stadt mit einem Fluß dazwischen, und die Bewohner sagen: das mit der Fähre ist so umständlich, laßt uns eine Brücke bauen. Das ist ein Bedarf, der technologisch erfüllt wird. Mit den Computern ist es, als wenn man sagt, hier ist ein Fluß, und hier haben wir Brücken, ja, da müssen wir auch über diese Brücken hin und her gehen. Vorher wollten wir gar nicht so oft ans andere Ufer, aber jetzt müssen wir die Brücken benutzen. Plötzlich, durch die Elektronik, hieß es: Wenn wir es nicht benutzen, benutzt es der andere; so sind wir im Schlepptau. Im Schlepptau der Technologie. Das ist die Kulturkrise.

KONKRET: Und wie trägt Literatur dazu bei, die zu bewältigen?

Frisch: Wenn eine Gesellschaft keine Literatur mehr hätte, wäre das eine irrsinnige politische Verarmung. Dann hätten wir keine Gegensprache mehr, sondern nur noch die Sprache der Technologen, der Manager und der Regierenden, der Habenden, der Bänker. Die sagen dann, wie es ist, und die Sprache hat natürlich einen unendlichen Einfluß auf unser Denken.

KONKRET: Und wie erklären Sie sich, daß bei den verkauften Büchern in der Bundesrepublik der Anteil der Literatur immer weniger wird?

Frisch: Ich kann es nicht erklären. Aber ich selbst lese schon fast mehr Sachbücher als Literatur. Denn eigentlich müßten wir 48 Stunden am Tag in der Schule sitzen, um die technischen Entwicklungen begreifen zu können. Da bleibt keine Zeit

mehr, die »Wahlverwandtschaften« zu lesen. Es ist eine sehr ernsthafte, eine wirkliche Krise der Kultur, eine Krise der Entwicklung. Es liegt offensichtlich in der menschlichen Natur, daß der Mensch macht, was er machen kann. Wir können die Welt zerstören, laßt es uns doch mal versuchen. Wo sind die Hemmungen? Wir sind überrollt von dem Können und nicht von dem Wollen.

Konkret 04/83, S. 96

Erich Kuby

B□ cherBotschaft des Hasses

Jedes Jahr bestellte sich Hitler pers□ nlich viele hundert Eintrittskarten zu den Bayreuther Festspielen. Kann Richard Wagner was daf□ r? Die Dokumentation □ Bayreuth im Dritten Reich□ , durch die erstmals seit Jahrzehnten auch wieder Wagners antisemitische □ Urschriften□ zug□ nglich sind, gibt eine Antwort.

Man kann es nicht oft genug sagen: Hätte er, der Meister von Bayreuth, Richard Wagner, sich auf seinen Hauptberuf als Opernkomponist (und Textdichter) beschränkt, so brauchte auf seinen Charakter allenfalls in einer Biographie eingegangen zu werden (was ja auch geschehen ist), in einem politischen Kontext aber hätte dieser Mann hundert Jahre nach seinem Tod gewiß nichts mehr verloren. Doch weil dem eben nicht so ist, der Meister auch ein politischer Führer sein wollte und von seinen Erben nachdrücklich dazu gemacht worden ist, konnte (und mußte) im Jubiläumsjahr außer all den Verherrlichungsartikeln auch über Bayreuth im Dritten Reich geschrieben werden: Der Hamburger Schriftsteller Berndt W. Wessling hat eine Dokumentation über Richard Wagners politische Erbe herausgegeben.

Die Wagnerianer werden diese Dokumente, die sie ernsthaft nie zur Kenntnis genommen haben, auch jetzt nicht lesen; sollte es dem einen oder anderen doch einfallen, wird er wie üblich sagen: was haben Rassismus und Volksverhetzung, sollten sie tatsächlich von Bayreuth aus betrieben worden sein, mit dem »Tristan« und den »Meistersingern« zu tun? Ich, wird so ein Opernfreund sagen, fahre nach Bayreuth und höre mir den »Ring« an, basta. Das ist nicht anders als nach Salzburg zu fahren, um Mozart zu hören.

Es ist ganz und gar anders!

»Du gabst uns neu ein Heldengeschlecht,/Deutscher Liebe, deutschem Manne recht./ Deutsche Liebe führtest du auf den Thron,/Du Königssohn,/ Dein Kampfbild machte die Sehnen stark/ Bis tief ins Mark./ Deutsch bist, deutsch! An Deinem Wesen/ Woll'n wir genesen!«

Ich kenne keinen anderen Komponisten, der so angedichtet worden ist. Er, Wagner, wurde es, weil er der Prophet einer politischen Gesinnung war, über die Joseph Goebbels im »Stürmer« geschrieben hat (Juli 1938): »Wie deutsch und edel dagegen Wagner: Niemals hat er die arischen Tonfolgen aufgehoben. Niemals! Und wer das behauptet - ich kenne diese Verräter -, der ist der jüdischen, stinkenden, perversen Lüge über unseren Meister anheimgefallen, der beschneidet sich selbst, um den Beschnittenen nach dem Maule zu reden! «

So zu lesen auf Seite 57 des hier angezeigten Buches. Und dergleichen viel! Es wurde auch im offiziellen »Festspielführer« solcher Unflat gedruckt, die Arier pilgerten nach Bayreuth, um die arischen Tonfolgen im Parsifal einzuschlürfen! (Wenn ich wüßte, was das ist!) Juden war selbstverständlich dieser Genuß verboten.

1983 ist das gewiß nicht mehr der Fall. Dem freundlichen, sprudelnden, tüchtigen Enkel Wolfgang, derzeitiger Herr über die ehemalige Familienfirma, aus der eine Stiftung geworden ist, liegt nichts ferner als die schandbaren Ideen seiner Großeltern noch einmal aufzuwärmen. Aber...

Ich habe kürzlich im »Zeit-Magazin« einen Beitrag zum hundertsten Todestag des Meisters veröffentlicht, der gewiß kritisch war, weil ich den Zusammenhang zwischen dem künstlerischen Werk und der von Bayreuth ausgehenden politischen Propaganda sehe, der aber nichts weniger als böse und gehässig war. Böse und gehässig waren die Briefe - ein ganzer Stapel -, mit denen die doch meist gebildeten Wagnerianer im Gossenjargon über mich hergefallen sind. Formulierungen wie: »Mir ist die Zeit zu schade, der Verfasser soll sich selbst ohrfeigen« waren noch die freundlichsten. Das heißt, der schmutzige Ungeist der Intoleranz, über den man das wichtigste Material in dem Buch Wesslings vereinigt findet, ist im Umkreis von »Tristan« und »Parsifal« so lebendig wie eh und je.

Ich gehe nicht so weit wie ein äußerst scharfsinniger Fundamentalkritiker Wagnerscher Werke, der gerade im »Parsifal« Antisemitismus entdeckt - ohne bestreiten zu wollen, daß daran etwas sein mag. Die Wagner-Opern, aufgeführt in New York oder Tokio, halte ich nicht im mindesten für eine Demonstration »arischer Tonordnungen«. Aber in unserem lieben Westdeutschland, keineswegs nur in Bayreuth, besteht eben insofern eine Querverbindung, eine Kausalkette zwischen dem künstlerischen Schaffen und dem politischen Gift, das Wagner ab 1848 ausgespieen hat, als das Prestige der Werke zugleich das Fundament für das Ansehen des Hetzers und seiner ihm darin noch überlegenen Erben waren.

Insofern sind die Wagnerschen Heilslehren, Nationalismus und Rassismus, ein künstlerisch verpackter Dreck, der gleich einer vulkanischen Eruption von »Wahnfried« aus über das deutsche Bürgertum, vor allem über das Großbürgertum, niedergegangen ist. Auch die stilistische Verpackung war dazu angetan, den Inhalt guten Gewissens zu konsumieren: »Den Zugang zur Erkenntnis der Welt und zu Gott sucht der Deutsche in dem eigenen Innern; dort muß ihm das Wesen der Dinge aufgehen.... von dort aus wird er dann das Gesetz seines Handelns empfangen.« (Adolf Rapp, »Wagner als Führer deutscher Art«, Bayreuther Festspielführer 1930 (!), bei Wessling abgedruckt).

Je verblasener, je schwammiger im Bayreuther Kreis über Deutschland und deutsches Wesen geredet und geschrieben worden ist, desto wirkungsvoller war die derart betriebene Hetze gegen alles »Undeutsche«. (Hier eine Abschweifung: diese aus der Zeitgeschichte zu erhärtende Erkenntnis trägt dazu bei, daß mir vor der verschwommenen Phraseologie des neuen Bundeskanzlers - der gewiß mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun haben will - regelrecht graust. Dieses beim ersten Hinhören so treuherzig wirkende Gerede weckt Emotionen, die den Verstand vernebeln.)

Bei Wagner klang das unheilvolle Geschwätz so: »Wir haben uns das unwillkürlich Abstoßende, welches die Persönlichkeit und das Wesen der Juden für uns hat, zu erklären, um diese instinktmäßige Abneigung zu rechtfertigen ... Noch jetzt belügen wir uns ... absichtlich, wenn wir es für verpönt und unsittlich halten zu müssen glauben, unseren natürlichen Widerwillen gegen jüdisches Wesen öffentlich kundzugeben.«

Unseren »natürlichen Widerwillen« gegen die Juden öffentlich kundzutun, ist derzeit wenig opportun. Aber wie steht es mit unserem »natürlichen Widerwillen« gegen die Türken? Der Schritt vom lieb umplauderten »Vaterland« (das seine Konzerne ins Ausland verlagert oder dorthin verkauft) bis zum »natürlichen Widerwillen« gegen alles Fremde ist, wie gehabt, winzig klein. »Bayreuth im Dritten Reich« ist ein Beitrag zur Zeitgeschichte, außerdem aber möchte ich es empfehlen als erleuchtenden Kommentar zur Gegenwart.

Bernd W. Wessling (Hg.), »Bayreuth im Dritten Reich«, Beltz-Verlag, 336 Seiten, 29,80 Mark

Konkret 04/83, S. 97

Gabriele Kreis

B□ cher: Alle bleiben a□ f der Strecke

Die □ sterreichische Schriftstellerin Elfriede Jelinek hat einen ne□ en Roman □ er□ ffentlicht: □ Die Kla□ ierspielerin□ .

Erika Kohut ist 36. Zweimal 18 Jahre. Achtzehnjährige ekeln sie an. Einmal steckt sie einer - einer für alle - Glassplitter in die Manteltasche. Schneiden soll sie sich!, denn Strafe muß sein. Das hat Erika von der Mutter gelernt und lernt es immer noch. Nach allem greifen sie, junge Dinger in kurzen Röcken! Gewöhnlich. - Erika ist ungewöhnlich: Ihre Röcke bedecken die Knie, und wenn die greift, dann in die Tasten. Erika Kohut ist Elfriede Jelineks »Klavierspielerin«; eine, die brav nachspielt, was andere aufs Notenblatt schreiben.

Ihr Leben: Ein Leben für die Musik, ein Leben nach Noten, immer und in vieler Beziehung, auch außer halb des Konservatoriums, an dem sie unterrichtet - auf Lebenszeit und mit Pensionsberechtigung. Außerhalb nämlich diktiert die Mutter, was geschieht. Ginge es nach ihr, wäre Erika heute Virtuosin, berühmt und geachtet. Geübt hat sie genug, ein ganzes Leben lang. Doch andere halten den Platz besetzt, der der Tochter zusteht. Wer sie hört bei den seltenen privaten Kammerkonzerten, kann sich davon überzeugen: Erika Kohut ist der Star des Abends. Außer ihr tritt niemand auf. Niemand könnte neben ihr bestehen. Die Mutter beklatscht begeistert die begabte Brut am Flügel. Ihr Werk, ihr Besitz, ihre Altersversorgung. Erika badet im Beifall, mutterseelenallein, einmalig, kostbar und kalt.

Auf den Gipfeln des eingebildeten Erfolges weht ein eisiger Wind. Der Abendrock aus schwarzem Samt und die weiße Seidenbluse wärmen kaum. Zu Haus hat Erika andere Kleider, versteckt im Schrank, erobert auf den Feldzügen durchs Leben, erlesen bunt die Stoffe, raffiniert die Schnitte, allererste Qualität, gerade richtig für Erika! Und ungetragen für alle Zeiten. Denn was ihr steht, bestimmt die Mutter. Zum Beispiel die festen Haferlschuhe: Die zieht sie an, wenn sie nachts durch Wiens feuchte Prater-Wiesen wandert, um Prostituierte bei der Arbeit zu beobachten. Lust empfindet sie dabei nicht, aber angenehm ist ihr das Gefühl der Erleichterung, daß der Mann sie nicht entdeckt beim Urinieren. Das muß sie oft, und gern dann, wenn es spannend wird bei anderen.

Die Mutter ahnt nichts von Erikas Exkursionen. Ihre Tochter als Zuschauerin einer Peep-Show, den Burburry-Mantel über die Schulter gehängt, das Gesicht in das spermaverklebte Tempotaschentuch gepreßt, das sie auf dem Boden der Sperrholz-Box gefunden hat... Niemals! Nur verspäten darf sie sich nicht, womöglich bei einem Mann! Gewohnt, ihren Schatz um 8 Uhr abends zu verschließen, gerät die Mutter außer sich, wenn er nicht da ist zur rechten Zeit. Dann setzt es Prügel, Kleider werden zerschnitten, Haare büschelweise ausgerissen - bis zur süßen Versöhnung, bei der Erika Küsse auf den welken Körper der Mutter herunterregnen läßt bis zum schütteren Schamhaar wie sonst nie und auf niemanden.

Auch nicht auf ihren Schüler Walter Klemmer, 10 Jahre jünger als sie, der sie begehrt, weil sie seine Lehrerin ist und er nicht immer Schüler bleiben will.

Erika ist in Gefahr: Eine, die auf Überleben getrimmt ist, soll plötzlich leben. Eine, die immer und überall nur Zuschauerin ist, soll plötzlich agieren. Eine, die auf Befehl einmalig ist von Kindheit an, soll plötzlich zu zweit sein.

Die Gefahr ist der Mann. Die Mutter will er ablösen, die alte Ordnung zerstören. Klavierspielen , kann er, jetzt will er Liebe bei Erika lernen, bevor er als Meister bei anderen Frauen glänzt. Walter Klemmer traut sich einiges zu. Meisterschüler der Musik, der Liebhaber des Wildwasserpaddelns, blonde Haare, festes Fleisch - da die alternde Frau, Lehrerin, Versagerin, Voyeurin, schlaffes Bindegewebe, glanzloser Blick, zu kleine Brust, zu großer Arsch...

Ins Monströse vergrößert erzählt Elfriede Jelinek eine ganz alltägliche Geschichte: die Zurichtung einer Frau aufs Leben - oder - wie Frigidität entsteht, und warum es weiblichen Masochismus gibt. Und auch, was Liebe mit Macht zu tun hat und Haß mit Hingabe. Die Lektionen sind bekannt: Erst die Arbeit, dann das Vergnügen; Schmerz ist der Preis der Lust; wer nicht hören will, muß fühlen.

Erika Kohut fühlt schon längst nichts mehr. Der mütterliche Drill hat sie stumpf ger macht, der Dienst an der Musik gab ihr den Rest. Die Stecknadeln und Rasierklingen, die sie sich - perverser Wiederbelebungsversuch! - ins Fleisch bohrt, spürt sie nicht. Sie übergibt sie Walter Klemmer, gleichsam als Insignien der Macht, die sie ihm einräumt über sich. Klemmer als Mann versagt - natürlich, das hatte er nicht erwartet! -, Klemmer als Schüler funktioniert - und empfiehlt sich; seine Lehrerin wird wieder selbst zum Messer greifen müssen.

Nur: So schnell wird aus einer Masochistin keine Sadistin. - Elfriede Jelinek weiß es, und - klug! - beklagt sie es nicht, wie sie nichts beklagt in diesem Text, weder die mißlungene Kindheit noch das »ungelebte Frauenleben«, weder die Dummheit des Mannes noch das Unverständnis der Mutter. Keiner kommt zu kurz bei ihr, und jeder hat seine große Szene, und alle bleiben auf der Strecke. Ihr Blick ist unerbittlich scharf, ohne Moral und unparteiisch; ein Blick, der im Alltäglichen das Abseitige entdeckt und im Abseitigen das Alltägliche, die Bilder dazu stimmen, abgründig, verwegen und groß.

Ein Buch, gut für einen Skandal, und dabei viel besser! - Frauenfeindlich!, hör ich die Frauen rufen. Männerfeindlich!, rufen die Männer. Pornographisch!, die Pornographen.

Elfriede Jelinek, Die Klavierspielerin«, Rowohlt Verlag, 352 Seiten, 36 Mark

Konkret 04/83, S. 98

August Kühn

Bücher: Der Befehl kam nicht von oben

Fünfzig Jahre nach dem 10. Mai 1933 veröffentlicht der Frankfurter Historiker Ulrich Walberer eine Aufsatzsammlung zum Thema Bücherverbrennung. Immer noch gibt es neue - und sehr aktuelle -Forschungsergebnisse über die Barbarei, die Heine vorausgesehen hat: »Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.«

Hexenjagd, Pranger, Scheiterhaufen... Sind diese Begriffe heute verschwunden? »Ausgemerzt«? Auch so ein Wort, das nur nebenbei. Nein, quälend aktuell ist solcher Sprachgebrauch. Mir fallen da Worte von bundesdeutschen Politikern ein, solche, die in allerjüngster Zeit geäußert wurden: » ... zur kulturellen Entartung, die große Kultur ist zugunsten von Afterkulturproduktion vernachlässigt worden« (Franz Josef Strauß). Heiner Geißler drohte den Journalisten, die die CDU benachteiligen »die stellen wir an den Pranger«. Man merkt die inzwischen eingetretene Kultivierung der Sprache.

Vor fünfzig Jahren, für den 10. Mai 1933, gab die Führung der »Deutschen Studentenschaft« (DSt) die schriftliche Anweisung an ihre Mitglieder heraus: »Wir werden an allen Hochschulen einen Schandpfahl errichten. Einen klobigen Baumstamm, etwas über mannshoch, auf Hochschulgebiet. An den Schandpfahl werden wir die Erzeugnisse derer nageln, die nicht unseres Geistes sind ... «.

Anmerken muß man dabei, daß die DSt nicht eine Gliederung der Nazi-Partei war, sondern 1933 noch mit dem NS-Studentenbund konkurrierte.

Der Befehl zur Bücherverbrennung kam nicht, wie so oft behauptet wird, von oben, vom Reichspropagandaministerium. Stellvertretend für das gesunde Volksempfinden, schlug die geistige Elite des Volkskörpers zu: Studenten, Professoren, Schriftsteller. Das Volk schaute dem völkischen Spektakel zu, rief Hurra und klatschte in die Hände, sofern sie nicht zum bekannten Gruß erhoben waren. Auch das Börsenblatt des Deutschen Buchhandels protestierte nicht - im Gegenteil: es veröffentlichte ohne Kommentar die Listen der verfemten Schriftsteller. Mir fällt da die Bespitzelung eines Lehrers in Ulm durch den Schuldirektor ein, von der in diesen Tagen berichtet wurde. Dem Lehrer für Deutsch und Geschichte wurde angelastet, daß er bei seinem vorbereitenden Unterrichtsmaterial den Roman »Der Untertan« von Heinrich Mann hatte -ja, noch 1983 kann das Lesen und noch mehr das Weitergeben eines der prominentesten Literatur-Exilanten als belastendes, den Betreffenden von der Beamtung ausschließendes Indiz gewertet werden. Wie sagte der Ex-Ministerpräsident des Ländle? »Was damals Recht und Gesetz war, das kann doch heute nicht Unrecht sein.«

Auch Ulrich Walberer hat mit der Auswahl der Aufsätze deutlich gemacht, wie 1945 eben keine Zäsur stattfand, sondern vielmehr ein schleichender Übergang, der die meisten Exil-Schriftsteller im Exil beließ, ja ' ihnen sogar dieses Exil zum Vorwurf gemacht hat. Die verbrannten Autoren kritisierten ja in ihren Werken die Republik von Weimar, die man gerade bemüht war, neu zu installieren, als hätte es nie 1933 und die zwölf Jahre danach gegeben. Also mußte man Tucholsky, Ossietzky, Mühsam, Heinrich Mann, um nur einige zu nennen, auch als Kritiker dieser Restauration empfinden. Und man reagierte recht genau nach dem Muster von vor 1933. Was Wunder, daß wir uns im Bereich der Literatur und ihrer Behandlung durch die Funktionsträger in der BRD wieder der Barbarei nähern.

Ulrich Walberer (Hg), »10. Mai 1933«, Fischer Taschenbuch, 318 Seiten, 9,80 Mark

Konkret 04/83, S. 99

Armgard Seegers

Bücher: Latzhosen-Kitsch

Früher hat die 28jährige ehemalige Sekretärin aus Obernkirchen bei Hannover ihre Gedichte nur verschenkt. Seit zweieinhalb Jahren werden die »Verschenktexte« von Kristiane Allert-Wybranietz auch verkauft - bisher mehr als 350.000 mal. Mit ihren beiden Büchern »Trotz alledem« und »Liebe Grüße« ist sie zur Zeit gleich zweimal in der »Spiegel«-Bestsellerliste vertreten.

Sie schreibt: Die falsche »Liebe ist wie Pulverkaffee, der nie mit Wasser in Berührung kommt«, und dreihundertfünfzigtausend Menschen fühlen sich durch solche oder ähnliche Zeilen verstanden und betroffen. Schon im Vorwort wünscht sich Kristiane Allert-Wybranietz, daß »die Leser mit den Texten etwas anfangen und sie nachvollziehen können.« Ich hab mich allerdings noch nie wie Pulverkaffee mit oder ohne Wasser gefühlt. Dennoch ist Kristiane Allert-Wybranietz mit ihrer neuen deutschen Lyrik zur Bestsellerautorin avanciert, mit Verkaufszahlen, wie sie sonst kaum von Simmel oder Lenz erreicht werden. 230.000 mal wurde »Trotz alledem« seit 1980 verkauft, inzwischen gibt es die zwölfte Auflage. »Liebe Grüße«, erst 1982 erschienen, gibt es bereits in der vierten Auflage; denn schon 120.000 Exemplare sind verkauft.

Herausgegeben werden die Bücher vom Lucy Körner Verlag, einem kleinen, alternativen Familienunternehmen, das pro Jahr nur ein Buch produziert (KONKRET 12/82). Lange Zeit wurden, zumal es auch kaum Werbung für sie gab, diese Titel nur außerhalb der Sortimentsbuchhandlungen verkauft. Die etablierten Buchhändler orderten erst, nachdem die diese »Verschenktexte« endlich auch auf der »Spiegel«-Bestsellerliste fanden.

Für zwölf Mark beglückt sich die sprachlose Jugend bei Hausbesuchen mit Lyrik, die sie in früheren Zeiten noch eigenhändig ins Poesiealbum geschrieben hätte, mit einer glitzernden Oblate dabei. Deren Stelle nehmen in den Büchern von Kristiane Allert-Wybranietz heute die Zeichnungen zweier Poonies ein, und die Blumen, Bäume, menschenleere Wiesen und Flußlandschaften zeigen Hippie-hippie shake. Vor fünfzehn Jahren malte man sich Blumen auf Hosen und Taschen, und dazu sang man »All you need is love«. Heute kriegt man selber den Mund nicht mehr auf und will sich wohl stattdessen verstohlen mitteilen, daß man das echt eben genauso empfindet, daß man sich da unheimlich gut verstanden fühlt, du, daß man das ganz toll nachvollziehen kann, daß man das alles als genauso schlimm begreift, und daß man auch ganz doll erschrocken darüber ist, wie wenig man selber dagegen unternimmt, daß das alles so brutal ist. Die Texte der Allert-Wybranietz sind nach einem einfachen Muster konstruiert. Ihre Metaphorik leitet sich aus doppeldeutig genommenen Redewendungen oder aus Vergleichen mit Gegenständen, Regeln des Alltags her. »Viele Menschen hinterlassen den Eindruck 'Betreten verboten'«, Menschen sind wie Bilder, »aber Bilder kann man links hängen lassen«, »Immer mehr legen ihre Gefühle in die Tiefkühltruhe. Ob sie glauben, dadurch die Haltbarkeit zu verlängern?«, eine »Scheinfreundschaft« ist wie ein Gutschein, aber: »ab heute bleibt mein Schalter geschlossen«. Und daß alle Rosen Dornen haben, ist Bestandteil einer uralten Kitschphilosophie, die bei Allert-Wybranietz nur durch das Wort »Fleurop« modernisiert wird. Die Texte drehen sich um Freundschaft und Liebe, um Gefühle und Beziehungen. Es wabert und wogt aus allen Richtungen. »Jeder ist eine Kerze« - aber man soll sich von den Normen nicht ausblasen lassen. »Jeder ist eine Blüte« - die Angst hat, sich zu öffnen. »Jeder ist ein Stückchen Gold« - aber man soll sich nicht prägen lassen. Die Was-will-uns-dieAutorin-damit-sagen-Weisheiten stehen manchmal am Schluß: »Wer läßt die Marionetten tanzen?«, »Muß Liebe so enden?«, Fragen, die auch dem pubertärsten Gemüt aus der Seele zu quellen scheinen. Wer mag schon immer über sowas Doofes wie Lehrstellenknappheit, atomare Bedrohung oder Umweltzerstörung nachdenken? Lieber lauscht man gemeinsam dem poetischen Balsam einer verquasten Strophe aus der »Trilogie für einen, der nicht mehr fühlen kann«: *»Das Eis, auf dem unsere Beziehung lebte, ist nun aufgebrochen. Ich habe es aufgehackt, um mich bald wieder fröhlich in dem Wasser tummeln zu können, das du mir abdrehtest. Einmal schon habe ich das kleine Loch im Eis wieder zufrieren lassen, weil von dir ein Sonnenstrahl auszugehen schien. Jetzt ist der Frost endgültig vorbei!«* Eine kalte Beziehung lebt natürlich auf dem Eis. Was macht Eis? Es bricht auf. Nein, sie hackt es auf, weil er es ihr - was macht man mit Wasser? - abgedreht hat. Aber jetzt: Nicht er, nein, plötzlich ist sie die Kälteverursacherin, denn sie kann es wieder zufrieren lassen - obwohl es ihr doch im Wasser so gut gefiel -, *weil* von ihm ein Sonnenstrahl ausging. Ja, was will denn die Frau eigentlich?

Ein anderes Mal hat sie die Steine geschleppt, mit denen sie »bis heute zugemauert war«, das nenn ich eigene Doofheit. Oder »zwei Glasmurmeln ... das sind wir, das ist unsere Gemeinschaft, aus der wir trinken«. Wohl bekomm's.

Aber wo das große Ganze so schön fließt und trägt, wo die Tränenseligkeit längst alles Denken außer Kraft gesetzt hat, ist ohnehin alles egal. Früher wäre da vielleicht noch der Ratschlag: »ab in die Encounter-Group« hilfreich gewesen, denn da hätte man mit seinen Gefühlen erst mal richtig die Sau rauslassen können. Aber das wollen die ja gerade alle nicht, die sich diese Gedichte schenken. Da gelten eben nur noch vertagte Wünsche, papierne Gefühle, pseudoaufgebrachte Empörung. Kristiane Allert-Wybranietz fühlt, und eine Hunderttausendschaft von Lesern empfindet. Paßt bloß auf, daß ihr nicht alle mal von so 'ner großen Gefühlswoge hinterrücks erschlagen werdet.

Kristiane Allert-Wybranietz, »Trotz alledem« und »Liebe Grüße«, beide im Verlag Lucy Körner, je 62 Seiten, 12 Mark und 12,80 Mark

Konkret 04/83, S. 101

Karl Unger

Bücher: Kein Kultbuch

»Seiltänze«, ein Bilderbuch aus dem Berliner Stadtteil Kreuzberg, sagt auch eine Menge über andere Städte.

Was habe ich mit Kreuzberg zu schaffen? Ich kenne es nicht, und Kultgegenstände, denn das hat die Szene aus diesem Stadtteil gemacht, sind mir ein Greuel. Die ersten Sätze des Buches, sie stammen vom Baustadtrat Orlowsky, erwecken Übelkeit: »Kennst Du Kreuzberg? Du kennst es nicht.« Eine Plattheit, verpackt in morschem Relativismus. Und danach »eine Art Liebeserklärung« von P. P. Zahl. Auch an P. P. Zahls Geliebten ist mein Interesse gering, ich beschäftige mich lieber mit den meinen.

Das war ein falscher Anfang. Ich hätte mit einem Foto beginnen müssen, gleichgültig welchem. Vielleicht mit dem, wo zwei türkische Jungen auf einem Müllplatz hinter einem Sofa kauern und ihre - täuschend echten - Spielzeugpistolen gegen einen nicht sichtbaren Feind richten. Da fangen die Gedanken an zu rotieren, da läuft ein ganzer Film ab im Kopf: Über die Gewalt in unseren Städten, über die Hoffnungslosigkeit der Jugend, zumal der Ausländer.

Oder vielleicht mit dem Foto jener alten Frau, mit dem von Verletzungen gezeichneten Gesicht, die sich aus dem Fenster beugt, um die Menschen auf der Straße zu beobachten - aufmerksam zwar, aber ohne Freude. » Wenn *Du sonntagsvormittags die Treppe im Vorderhaus runtergehst, öffnet sich manchmal die Tür bei einer alten Frau um einen Spalt. Die sagt dann mit ganz leiser Stimme: Ach bitte können Sie mir etwas einkaufen? Ein bißchen Brot und ein bißchen Mehl vielleicht? Oder können Sie mir vielleicht auch noch ein paar Pflaumen mitbringen? Ist doch Pflaumenzeit jetzt.«*

Fotos: Das Gleisdreieck - ein Bericht vom allmählichen Verfall der Industriekultur und von der Natur, die sich Lebensräume zurückerkämpft. Sozialbeton und Häuserschluchten - die einen so unbehausbar wie der Mond, die anderen nahezu wohnlich, wegen der Fassaden der Gründerzeithäuser. Zerstörung - Das Zerbrechen eines Hauses unter den Schlägen der Rammkugel und das freundlich einsatzbereite Gesicht der Bullen, wenn sie Schlagstock und Schild in ihren Händen halten. Das Motto für viele der Aufnahmen könnte Ernst Blochs Satz sein: »Wir frieren, es ist kalt unter uns zu leben.«

Aber das ist nur die halbe Wahrheit. »Gefühl und Härte« haben die Punks an eine Kneipenwand geschrieben. Und vom Gefühl, vom Suchen und Finden der Wärme, vom freundlichen Umgang der Menschen miteinander ist in diesen Bildern viel zu sehen.

»Meine beiden Ratten heißen Prince Charles und Lady Di. Neulich sagte mir ein Bulle, einmal ficken, wieviel willst du dafür haben. Als ihm Lady Di dann in den Finger beißt, sage ich, das ist Lady Di, die findet alle Bullen voll Panne. Meine Mutter hat sie mir geschenkt, damit ich nicht alleine bin in dieser bösen Welt.«

Das ist kein Kultbuch über Kreuzberg. Man erfährt viel über diesen Stadtteil und man erfährt noch mehr über die (Un)Wirtlichkeit der Städte und die, die sich darauf eingelassen und sich da eingerichtet haben, mißtrauisch zwar, aber zufrieden am Ende.

»Seiltänze«, ein Fotobuch von Wolfgang Krolow mit Texten von Rolf Hosfeld und Peter-Paul Zahl, LitPol-Verlag, 212 Seiten, 36 Mark

Konkret 04/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Als Wilhelm II. seinen Weltkrieg verloren hatte, verkaufte er die kaiserlichen Erinnerungen zum Preis von 200.000 Dollar an die amerikanischen Sieger. Am 14. März 1983 machte sich auch auf Helmut I., Prinz von Mogadischu, in den USA zum Honorar von 100.000 Mark fünf Vorträge über die richtig erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu halten:

Die Weltwirtschaft ist unser Schicksal. Was jetzt not tut, ist amerikanische Führung.

Der Kahn geht unter. Was jetzt not tut, ist ein ordentliches Leck. Aber keine Angst um den Chefsteward der 1. Klasse:

Zwischen den Vorträgen wohnen die Schmidts in der Villa von US-Außenminister Shultz bei San Franzisco.

Der Kommentar dazu ist nicht nur gratis, sondern auch ganz umsonst:

Aus Anlaß des 100. Todestages von Marx betonte Vogel, die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu dem Philosophen seien nicht frei von Konflikten und Auseinandersetzungen gewesen. Aber Marx habe ohne Zweifel die SPD nachhaltig beeinflußt. Zur Würdigung dieses »großen Mannes« gehöre auch die Feststellung, daß die sozialdemokratische Entwicklung über seine Antworten hinausgeführt habe,

was schon daraus hervorgeht, daß weder im »Kapital« noch im »Kommunistischen Manifest« auch nur ein Satz auf die Notwendigkeit hinweist, das Monopolkapital zur Führung der Weltwirtschaft anzuhalten (obwohl andererseits einige orthodoxe Interpreten in dem Appell an die Proletarier, sich zu vereinigen, einen frühen Hinweis auf die spätere Zusammenrottung der Schmidts und Shultzes aller Länder entdeckt haben wollen). Daheim, hinterm Deich und jenseits solch philosophischer Flutkatastrophen, führt derweil ein Schüler des Weltökonomen im Norddeutschen Rundfunk die sozialdemokratische Entwicklung noch weiter über Marx hinaus. Man müsse jetzt »der Arbeitslosigkeit Herr werden«, »durch die Krisenklippen steuern«, die Uhr zeige längst »die berühmten Fünf vor Zwölf« - Zeit für das Gespenst, das Wolfgang Bombosch heißt, sich zum Umgehen fertigzumachen:

Das verleiht politischem Handeln auf wirtschaftlichem Gebiet zur Zeit zwangsläufig den Charakter einer vergeblichen Sisyphusarbeit.

Die Arbeit des Sisyphos war an und für sich vergeblich, aber die Sozialdemokratie ist auch über die Antworten der griechischen Mythologie weit hinaus. Immer wieder wälzt sie keinen Stein auf den Berg, und immer wieder läßt sie diesen über die Krisenklippen doch in die Talsohle rollen. Man nennt das vergebliche Sisyphusarbeit beziehungsweise einen jener Konflikte, von denen die Beziehung der SPD zu Marx nicht frei ist. Leichter haben es Leute, die sich nicht dem Godesberger Masochismus verschrieben haben und nicht nur keinen Stein, sondern diesen auch auf keinen Berg wälzen:

Kann die Regierung Kohl/Genscher zaubern ? Gewiß nicht. Aber für die Wirtschaft ist nichts wichtiger als Vertrauen. Schon in der Bibel steht: Der Glaube versetzt Berge...

Also spricht der Apostel Paul C Martin in der »Bild«-Zeitung. In der Bibel steht aber auch (Ezechiel 7,5): »Siehe, es kommt ein Unglück über das andere.« Und bei Matthäus 13,12: »Denn der da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe; wer aber nichts hat, von dem wird auch genommen, was er hat.« Und mir zum Trost, Matthäus 18,16: »Wer aber Ärgernis gibt einem dieser Kleinen, die an mich glauben, dem wäre besser, daß ein Mühlstein an seinen Hals gehängt und er ersäuft würde im Meer, wo es am tiefsten ist.« To whom it may Konzern. Damit, lieber Holger, auch die Gewaltfrage bei mir mal geklärt ist.

Im Wahlsieg der schleswig-holsteinischen CDU erkennt Wilfried Hertz-Eichenrode

den dritten Beweis eines furorehaften Aufbruchs. Die Bundesrepublik Deutschland kehrt zu Normalität und Stabilität zurück.

Mit furor (lateinisch: Wut, Raserei) und furore (italienisch: rasender Beifall) in die Normalität und Stabilität, mit Gelassenheit und Zurückhaltung in die Revolution - und mit teutonischem Gebrüll in die offenen Klischees, die alle benachbarten Kulturvölker für die Deutschen bereithalten. Wenn der Hausvater dann noch Dr. Müller-Lüdenscheid heißt oder Wilfried Hertz-Eichenrode, ist es fast schon eine französische Boulevardkomödie.

Damit aber keiner sage, wir seien alle so, beginnt Friedrich Karl Fromme seinen Leitartikel zum selben Anlaß in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« ganz anders:

Die Häufigkeit des Wählens hat letzthin zugenommen in der Bundesrepublik. Aber jetzt wird das erst einmal nachlassen, nachdem die Schleswig-Holstein- Wahl vorüber ist. Im Herbst wird zwar noch eine neue Bürgerschaft in Bremen gewählt

und wohl im Frühherbst ein neuer hessischer Landtag,

aber die zugenommene Häufigkeit wird nachlassen, auch wenn die nachgelassene Häufigkeit erst einmal zunehmen wird. Es wäre doch gelacht, wenn sich mit solcher Ausgewogenheit das Bild nicht korrigieren ließe, das sich der Rest der Welt von den Deutschen gemacht hat. Aus und vorbei mit dem Volk der Richter und Henker! Versuchen wir's mal als Volk nicht ganz dichter Denker.

Immer gut für ein besonders kerniges deutsches Wort ist Frommes Kollege Ernst-Otto Maetzke:

In Wirklichkeit geht es darum, daß die Parteien schon die Achtzehnjährigen als Wähler ebenso umschmeicheln, umwerben - um nicht zu sagen: bestechen - müssen wie alle anderen Wählergruppen. Aber zu meinen, daß aus bestochenen jungen Leuten ordentliche Bürger würden, ginge in die Irre.

Mich kann er freilich nicht meinen. Nie, nicht einmal im Traum, habe ich dergleichen von Möllemann gemeint. Großes Ehrenwort!

Deutsche Geschichte im »Spiegel«, zwei Tage nach der Bundestagswahl:

SPD-Chef Willy Brandt blieb gelassen. Das Wahlergebnis entsprach exakt seiner Voraussage.

Willy Brandt in KONKRET, zwei Wochen vor der Bundestagswahl:

Nach dem, was ich übersehen kann, und nach den Untersuchungen, die hier vorliegen, bin ich zu dem Ergebnis gekommen, die ganz überwiegende Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Grünen es nicht schaffen können.

Eine exakte Voraussage. Der »Spiegel« blieb gelassen. Seine Geschichte entsprach exakt der Voraussage Brandts vom Tag nach der Wahl.

Ich habe neulich schon darüber geklagt, wie sehr die Einsprengsel von Wirklichkeit die Entwicklung des Journalismus zu einer gegenstandslosen Kunst immer wieder behindern. Umso mehr fühle ich mich verpflichtet, den aufreibenden Bemühungen einiger Avantgardisten, das Reich der schnöden Tatsächlichkeit aus ihrem Werk zu verbannen, aufmunternde Beachtung zu schenken:

Aber wo der Mensch fehlt, hilft auch die Kunst der Aushilfen nicht weiter.

Dieses erdentbundene Wort von Adelbert Weinstein, des großen Alten und Blöden aus der Militärredaktion der »FAZ«, will auch der alternativen Jugend von der »TAZ« den Weg weisen:

Im Gegensatz um »Stand der Dinge« bin ich bei Goddard nicht eingeschlafen, was vielleicht aber auch einfach daran lag, daß die Vorstellung schon um 18.30 Uhr begann. Oder auch daran, daß die Konditionierung auf den Sinn, auf die Suche nach einem roten Faden, dieses Mal nicht durchgeschlagen ist.

Zwar fehlt hier noch die Gradlinigkeit eines Weinstein, aber formale Mängel sollten nicht täuschen: die inhaltliche Idiotie tritt schon kraftvoll hervor. An einen echten Theo darf man dabei freilich nicht denken. Der war jetzt in Moskau, wo er in Ermangelung von Forsythien am Potomac dieses beobachtete:

Arbatow geht auf die Sechzig zu, *ein fülliger Mann mit glatten, klugen Ohren...*

Wenn du denkst, du siehst, dann riechste nur, du hörst - aber wo hat Picasso nicht überall Nasen hingemalt?